(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 20.30 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter die neuen Trainee-Kräfte der Stadtverwaltung, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass sich am 15.04.2018 die Bürgerbewegung pro Köln mit sofortiger Wirkung aufgelöst hat.

(Beifall)

Die Ratsmitglieder Markus Wiener und Judith Wolter sind seitdem parteilos und arbeiten seit dem 16.04.2018 als Ratsgruppe Rot-Weiß zusammen.

(Lachen)

Ich bitte Sie, das in Zukunft zu beachten.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Herr Tritschler und Frau Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Krupp, Frau von Wengersky und Frau Akbayir.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die FDP-Fraktion hat am 30.04.2018 fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerke-Geschäftsführung und ihre Folgen“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Ergänzend teile ich mit, dass die AfD-Fraktion mich darüber informiert hat, dass sie gestern Abend ihren Antrag auf Aktuelle Stunde nicht in „Session“ einstellen konnte. Tatsächlich lag zu diesem Zeitpunkt eine Störung in „Session“, unserem Sitzungsmanagement-Programm, vor.

Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnung legt fest, dass der Antragsteller für die fristgerechte Zustellung des Antrags auf Durchführung einer Aktuellen Stunde verantwortlich ist. Es ist ausdrücklich geregelt, dass die Zustellung fristwahrend auch per Fax oder per E-Mail erfolgen kann. Das ist § 5 Absatz 3 Satz 4 unserer Geschäftsordnung zu entnehmen.

Es wäre also ausreichend gewesen, den Antragstext per Mail oder sogar handschriftlich per Fax an das Büro der Oberbürgermeisterin und an die Fraktionen zu übermitteln. Die Übermittlung an das Sitzungsmanagement-Programm hätte heute Morgen nachgeholt werden können. Die fehlende Zustellung, insbesondere an die Fraktionen, kann nach der Geschäftsordnung nicht geheilt werden. Sie geht zulasten des Antragstellers, sodass der Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde in der heutigen Sitzung nicht berücksichtigt werden kann.

Ich komme jetzt zu den Zusetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.8, 4.9 und 4.10, die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.14 sowie die nachträglich eingegangenen Anträge zu Gremienbesetzungen unter TOP 17.3, 17.4, 17.5 und 17.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 16.1 und 17.2.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Keine.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Heute ist ein Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP zum Thema „Weitere Varianten für die Ost-West-Achse“ eingegangen; das ist TOP 3.1.7. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Mir erschließt sich nicht, warum ein Antrag dringlich sein soll, bei dem es um Planungen geht, die garantiert nicht in den nächsten beiden Jahren beginnen werden. Warum dazu heute ein Wünsch-dir-was-Antrag zu völlig verschiedenen Varianten beraten werden soll, erschließt sich mir nicht. Von daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem Kollegen gern ein bisschen auf die Sprünge helfen. Herr Weisenstein, Sie haben möglicherweise mitbekommen, dass wir zurzeit eine Bürgerbeteiligung zur Ost-West-Achse haben

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE.])

- das stimmt nicht; ich war da - und wir im Herbst eine Entscheidung dazu treffen müssen. Deswegen ist es sehr dringlich, weitere Varianten jetzt zu prüfen, damit die entsprechenden Daten im Herbst vorliegen und uns als Entscheidungsgrundlage dienen. Deswegen bitte ich der Dringlichkeit zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von den LINKEN und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Herrn Wiener, also Ratsgruppe Rot-Weiß, sowie der Ratsgruppe GUT. Mehrheitlich so beschlossen. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, weiterhin liegt unter TOP 3.1.8 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie der Ratsgruppen BUNT und GUT vor. Der ebenfalls heute eingegangene Antrag hat das Thema „Kölner Innogy-Standort sichern - Arbeitsplätze in Köln erhalten!“. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist dieser Antrag ebenfalls in die Tagesordnung aufgenommen.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Die Anträge unter TOP 3.1.4 und TOP 3.1.6 sowie der Dringlichkeitsantrag unter TOP 3.1.7, über den wir eben abgestimmt haben, beziehen sich auf die Ost-West-Achse. Ich schlage deshalb vor, sie unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 gemeinsam zu beraten. Gleichzeitig schlage ich vor, dass die Redezeit für diese drei Anträge auf insgesamt sieben Minuten pro Gruppierung verlängert wird.

Weiterhin möchte ich vorschlagen, dass wir den Dringlichkeitsantrag unter TOP 3.1.8 zu Beginn der Anträge, also vor TOP 3.1.1, beraten.

Bevor wir über die Tagesordnung abstimmen, noch folgender Hinweis: Die Verwaltung zieht den Tagesordnungspunkt 23.3 im nichtöffentlichen Teil zurück.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1 Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. „Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen“
AN/0665/2018

Bitte erlauben Sie mir vor Einstieg in die Debatte und ehe ich der Antragstellerin das Wort erteile, den aktuellen Sachstand kurz zu skizzieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was heute Gegenstand der Aktuellen Stunde ist, was in der Öffentlichkeit und in der Presse Empörung hervorgerufen hat, darf eine Oberbürgermeisterin nicht sprachlos machen - obwohl man angesichts dessen, was geschehen ist, eigentlich nur sprachlos sein kann: „Chaostage“ oder „Klüngelalarm in Köln“, wie es große deutsche Tageszeitungen nannten. Mich persönlich hat das an Zeiten erinnert, von denen ich dachte, dass Köln sie längst hinter sich gelassen hätte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, fristgemäß wurde zur Sitzung des Aufsichtsrats der SWK am 17. April eingeladen. Beratungsunterlagen gab es jedoch nicht. Da sich auf der Tagesordnung jedoch der Punkt „Geschäftsführungsangelegenheiten, Besetzung der Geschäftsführung“ befand und ich wegen der Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages in Augsburg nicht an der Sitzung teilnehmen konnte, habe ich schriftlich kurz vor der Sitzung Widerspruch gegen mögliche Beschlussfassungen eingelegt - nicht um eine Formalie zu rügen, wie es oft verstanden und dargestellt wurde, sondern um meinen Anspruch auf rechtliches Gehör geltend zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Erst nach diesem Widerspruch wurden mir Unterlagen zugeleitet. Daraus war zu entnehmen, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt einen Vorschlag zur zukünftigen Neustrukturierung der Organisation der SWK-Geschäftsführung ging und dies gleichzeitig mit konkreten Personalvorschlägen verbunden war. Im Bewusstsein meiner Sorgfaltspflicht als Aufsichtsratsmitglied habe ich an meinem Widerspruch festgehalten. Darum konnte die Tischvorlage nicht beschlossen werden.

In den Tagen darauf habe ich intern und auch in der Öffentlichkeit für ein transparentes Verfahren geworben, das zunächst die Sachfrage in den Mittelpunkt rückt, ob die vorgesehene strukturelle Erweiterung der Geschäftsführung überhaupt notwendig und sinnvoll ist.

Ich habe dann einen entsprechenden Antrag zur Sondersitzung des Aufsichtsrates am 30. April eingebracht. Um größtmögliche Transparenz herzustellen, waren mir drei Punkte besonders wichtig: erstens die Übertragung der Kompetenzen vom Ständigen Ausschuss an den Aufsichtsrat, zweitens die Entkopplung der Entscheidung über die Sachfrage von einer möglichen Personalfrage und drittens die Analyse der Notwendigkeit einer möglichen Erweiterung der Geschäftsführung durch ein externes Gutachten.

Ich finde es gut und angemessen, dass der Aufsichtsrat allen Punkten und damit meinem Antrag in Gänze einstimmig und einmütig gefolgt ist. Diese Transparenz sind wir den Kölnerinnen und Kölnern schuldig gewesen und auch unserer Stadt insgesamt, die immer wieder unter solchen Vorgängen zu leiden hat.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/ Die Grünen, der LINKEN und der FDP)

Daher habe ich die Kämmerin beauftragt, den Public Corporate Governance Kodex zu überarbeiten, die Verantwortlichkeiten der städtischen Vertreter in Aufsichtsratsgremien darzulegen und sie darin zu unterstützen, ihre Rechte und auch Pflichten als Aufsichtsratsmitglieder in den Gremien wahrnehmen zu können.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/ Die Grünen, der LINKEN und der FDP)

Das kann aber nicht Schlusspunkt unserer heutigen Diskussion sein, sondern das ist der Beginn einer Debatte, wie ein solcher Vorgang ein für alle Mal verhindert werden kann.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte noch eine Bemerkung: Die Stadtwerke sind für die Daseinsvorsorge da und keine Fundgrube für hochdotierte Jobs. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/ Die Grünen, der LINKEN und der FDP)

Ich erteile nun als Erstes Herrn Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Ansehen unserer Stadt hat gelitten in den letzten drei Wochen. Ich denke, auch das Ansehen einiger unserer Kollegen hat gelitten in den letzten Wochen, wahrscheinlich irreparabel. Die Oberbürgermeisterin hat die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitiert, die am Montag unter der Überschrift „Kölner Chaostage“ den Finger in alte Wunden gelegt hat. Man könnte meinen, wir befinden uns in einer Zeitmaschine, zurückversetzt in die 2000er-Jahre.

Was ist geschehen? Am 16. April 2018 veröffentlicht die CDU Köln eine Pressemeldung zum Horitzky-Skandal, der inzwischen schon in den Hintergrund geraten ist, aber auch Anlass für eine Aktuelle Stunde hätte sein können. Ich zitiere:

> Der Vorstand der Kölner CDU erwartet von jedem Vorstandsmitglied, dass es sich seiner besonderen Verantwortung bewusst ist, die ein politisches Ehrenamt mit sich bringt.

Ich zitiere weiter:

> Wir fordern daher von Frau Horitzky, dass sie deswegen die Konsequenzen zieht, und erwarten, dass sie von ihrem Vorstandsamt zurücktritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Unterzeichner dieser Pressemeldung geht nur einen Tag später in ein Hinterzimmer - ich sage bewusst: in ein Klüngelzimmer - dieser Stadt, um einen Deal auszuhandeln. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Die Spitzenkandidatin der Grünen für die Bundestagswahl sagte: Transparenz ist in der DNA unserer Partei eintätowiert, ist Bestandteil der DNA unserer Partei. - Zwei Vertreter dieser Partei gehen ebenfalls am 17. April 2018 in ein Hinterzimmer, um einen Deal auszuklüngeln, der bar jeder Transparenz ist. Das kann ich nicht durchgehen lassen.

Der Fraktionsvorsitzende einer in diesem Rat vertretenen Partei gibt am 17. April - er kann

mich gleich korrigieren, wenn das Datum nicht genau stimmt; aber ich meine, es wäre der 17. April gewesen - ein Interview vor der Landespresse und sagt: Ich stehe für Düsseldorf nicht mehr zur Verfügung. Ich bin enttäuscht von den Hinterzimmerdeals der alten Herren meiner Partei. Ich stehe für Hinterzimmerdeals nicht zur Verfügung. - Vier Stunden später möchte er sich kraft eines Hinterzimmerdeals zum zweitmächtigsten Mann der Kölner Stadtwerke krönen lassen. Das kann nicht hingenommen werden, Herr Börschel.

(Beifall bei der FDP)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in Mithaftung genommen, nicht nur die, die im Viererausschuss sitzen. Wir werden sicherlich gleich von den direkt und indirekt Angesprochenen hören, warum das geschehen ist und was man besser machen will. Wir werden hören: Das war eine notwendige, sachlich gute Entscheidung. Ich sage Ihnen: Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Wir werden gleich hören: Wir brauchen einen schärferen Public Corporate Governance Kodex für unsere Unternehmen. Ich kann Ihnen sagen: Wir brauchen keinen schärferen Public Corporate Governance Kodex. Ich zitiere aus diesem Kodex, in dem es unter 3.6.2 heißt:

> Für die Neubesetzung der Positionen im Geschäftsleitungsorgan soll eine Ausschreibung unter Beteiligung eines unabhängigen Personalberaters durchgeführt werden. Die für Bestellung und Anstellung jeweils zuständigen Gesellschaftsorgane stellen ein geeignetes Verfahren sicher.

Wir haben diese Regeln. Wir brauchen keine schärferen Regeln. Aber: Wir können von Ihnen erwarten, dass Sie die Regeln anwenden - und das haben Sie bewusst nicht getan;

(Beifall bei der FDP)

denn Sie sind keine Anfänger, Herr Börschel, Herr Frank, Frau Jahn, Herr Petelkau; Sie sind politische Profis. Sie wittern doch zehn Meter gegen den Wind, welche politische Stimmung sich am anderen Ende eines Raumes auftut. Sie haben das in Kauf genommen nach dem Motto: Na wenn schon, ich zieh‘ das durch. Ist noch immer gut gegangen. - Das war Ihre Einstellung. Das war Ihre Hoffnung. Aber das ist kraft der Oberbürgermeisterin Gott sei Dank nicht erfolgt. Die Wünsche nach einer Schärfung des Public Corporate Governance Kodex sind daher Nebelkerzen, die wir nicht durchgehen lassen wollen.

Zwei Punkte noch; dann bin ich durch. Wir werden nachher hören: Wir müssen Vertrauen schaffen. Ich zitiere aus einer Pressemeldung der Grünen vom 30. April - Zitat Frau Jahn -:

> Darüber hinaus setze ich mich dafür ein, dass wir Grüne dafür Sorge tragen werden, dass die Compliance-Regeln der Stadt Köln geschärft werden. Bei der Besetzung der Vorstands- und Geschäftsführerposition wird es keinerlei Ausnahmen bezüglich formloser Verfahren geben.

Zitat Ende.

Jetzt zitiere ich aus einer Pressemeldung der CDU vom gleichen Tag. Da heißt es - passen Sie genau auf! -:

> Des Weiteren setze ich mich dafür ein, dass die Compliance-Regeln der Stadt Köln geschärft werden. Bei der Besetzung von Vorstands- und Geschäftsführerpositionen soll es keine Ausnahmen hinsichtlich formloser Verfahren mehr geben.

Das war abgesprochen. Das ist unecht. Das ist keine echte Reue. Das ist schon wieder eine Abstimmung, die erfolgt, um den Schaden zu minimieren. Das schafft kein Vertrauen.

(Beifall bei der FDP)

Last but not least: Es ist unstreitig, dass ein Deal geschlossen wurde. Von einem Personaltableau war die Rede. Dementiert; Herr Frank schüttelt den Kopf. Entweder wurde Herr Börschel in ein Amt gehoben ohne Gegenleistung, dann hätten Herr Frank, Frau Jahn und Herr Petelkau schlecht verhandelt, oder aber es gab ein Personaltableau -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, die Redezeit ist abgelaufen.

Volker Görzel (FDP): - ich bin sofort fertig -, dann haben wir einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie es aussieht und welche Rechnungen noch offen sind. Sie haben jetzt die Gelegenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel hat das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich möchte ich nach den vielen Gesprächen mit der Presse, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit heute nutzen, persönlich Stellung zu nehmen. Ich denke, das ist richtig und angemessen, hier vor den Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerschaft in Köln.

Ich möchte sagen: Auch wenn ich operativ nicht eingebunden war, hätte ich auf einer formellen Ausschreibung bestehen sollen. Das habe ich nicht getan. Das war ein Fehler, und zwar nicht juristisch, sondern politisch und nach Transparenzkriterien. Diesen Fehler und den daraus entstandenen Vertrauensverlust bedaure ich außerordentlich.

Es ist gut, dass sich bereits in der letzten Woche alle Akteure darauf verständigt haben, das bisherige Verfahren nicht irgendwie reparieren zu wollen, sondern es zu stoppen und in einem geordneten neuen Verfahren verloren gegangenes Vertrauen wieder zu erarbeiten.

Ich danke meiner Fraktion für den Rückhalt, den ich verspüre. Ich will mich bei dieser Gelegenheit aber ausdrücklich auch bei den Fraktionen und den führenden Vertretern unserer Stadtverwaltung bedanken, die in dieser Situation öffentlich mir als Person gegenüber Wertschätzung und Respekt geäußert haben. Wer die Härte des politischen Geschäfts kennt, weiß, wie hoch das einzuschätzen ist.

Ich möchte mich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtwerke-Konzerns wenden. Sie sind durch die Debatten und Vorgänge in den letzten Wochen in ein falsches Licht gerückt worden. Das tut mir sehr leid; denn letztlich geht es doch darum: Wie stärken wir optimal die Daseinsvorsorge? Wie sorgen wir dafür, dass insbesondere die Menschen, die darauf angewiesen sind, mit qualitätsvoller Dienstleistung versorgt zu werden, die so vom freien Markt nicht bereitgestellt würde? Diese über 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtwerke-Konzerns arbeiten täglich hart für die Daseinsvorsorge und damit für alle Kölnerinnen und Kölner. Sie haben unseren Dank und Respekt für ihre Arbeit verdient und nicht diese öffentlichen Debatten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Oberbürgermeisterin hat heute wie schon in den vergangenen Tagen mit Recht darauf hingewiesen, dass die Republik wieder einmal auf Köln geschaut hat und dass wir es jetzt den Kölnerinnen und Kölnern schuldig sind, unbedingt Transparenz herzustellen. Ich stimme ihr voll und ganz zu und werde meinen Teil dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu sind meines Erachtens drei Schritte notwendig:

Erstens die Erkenntnis: Ja, wir haben in diesem Verfahren Fehler gemacht. Dieses Vorgehen ist berechtigterweise in der breiten Öffentlichkeit und in der Presse auf erhebliche Kritik gestoßen. Es war falsch, das durchaus sinnvolle Ziel, die Ausweitung der Geschäftsführung, zugleich mit der personellen Besetzung zu verknüpfen. Genau dies entsprach nicht den vom Rat der Stadt Köln selbst vorgegebenen Anforderungen an ein transparentes Verfahren bei öffentlichen Stellenbesetzungen.

Zweitens die Entschuldigung: Dass Fehler passiert sind, muss ich mir auch selbst vorwerfen, und dafür entschuldige ich mich auch an dieser Stelle vor der Bürgerschaft noch einmal ausdrücklich. Ich bin froh, dass meine Fraktion diese Entschuldigung angenommen hat. Wir haben intensiv über das Verfahren diskutiert und uns sehr kritisch mit dem Vorgehen auseinandergesetzt. Durch diese Aufklärung hat die Fraktion Geschlossenheit demonstriert, und für ihr Vertrauen bedanke ich mich auch an dieser Stelle sehr herzlich.

Drittens die Wiedergutmachung: Am Ende werden wir allerdings daran gemessen, ob sich etwas verbessert hat. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln hat auf Anregung der Oberbürgermeisterin am Montag die notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Wir haben eine vollständige Organisationsuntersuchung auf den Weg gebracht. Erst dieses Ergebnis gibt objektiv die Antwort auf die Frage, ob eine zusätzliche Position an der Spitze des Stadtwerke-Konzerns zwingend erforderlich ist. Damit hat der Aufsichtsrat einstimmig einen richtigen Schritt getan, um die Fehler der vergangenen Tage zu korrigieren.

Als ganz persönliche Konsequenz habe ich mich direkt im Anschluss an die Sondersitzung vom letzten Montag entschieden, Verantwortung zu übernehmen und ab sofort nicht mehr Teil des weiteren Verfahrens zu sein. Daher habe ich mit sofortiger Wirkung mein Aufsichtsratsmandat niedergelegt.

Ich werde mich nun eindringlich - und da widerspreche ich Ihnen ganz klar, Herr Görzel - dafür einsetzen, dass die Compliance-Regeln der Stadt Köln angepasst werden. Dort gilt es festzuschreiben, dass Besetzungen von Vorstands- oder Geschäftsführerpositionen ohne Ausnahme in transparenten und geregelten Verfahren durchgeführt werden; denn eines ist auch sicher: Die bisherige Regelung ist eine echte Soll-Vorschrift. Wir haben auch eine entsprechende Bestätigung im Aufsichtsrat bekommen, dass das Verfahren zulässig ist. Das möchte ich an dieser Stelle nicht verteidigen. Aber ich glaube, es ist wichtig, über Verschärfungen nachzudenken.

Das gilt auch für die Frage, ob gegebenenfalls Karenzzeiten eingeführt werden sollten - wie wir sie schon auf Bundes- und Landesebene haben, wenn Menschen aus Parlamenten oder Regierungen ausscheiden -, bevor man Positionen in entsprechenden Unternehmen übernehmen darf. Auch das ist etwas, worüber wir nachdenken müssen. Das Gleiche gilt auch für andere Themen, die entsprechend intensiver geprüft werden müssen.

Meine Fraktion wird diese Ereignisse zum Anlass nehmen, die Frage der Transparenz verstärkt zu thematisieren und insgesamt Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich weiß, dass jetzt eine Menge Arbeit vor uns liegt, um das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Ich werde meinen Worten Taten folgen lassen und daran mitarbeiten. Das sind wir, das bin ich den Kölnerinnen und Kölnern schuldig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns einig, dass durch absolut falsche und grundlegend fehlerhafte Vorgehensweise bei der geplanten Einrichtung und Besetzung des Hauptamtlichen Geschäftsführers bei den Stadtwerken erhebliches Vertrauen aufseiten der Öffentlichkeit verloren gegangen ist. Das Vertrauen in transparente Prozesse und das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik sind erschüttert.

Als ich den Prozess überschaut habe, habe ich noch nicht klar gesehen, dass die Prinzipien von Transparenz und Bestenauslese fundamental nicht eingehalten wurden. Es gab Aussagen und Testate, die das Verfahren rechtfertigten, wie es eben schon Herr Petelkau erläutert hat. So wurde es mir im Aufsichtsrat gesagt und vermittelt. Mittlerweile weiß ich, dass das alles so nicht tragfähig und belastbar ist.

Die grünen Prinzipien der Transparenz und Bestenauslese unabhängig von Parteibüchern sind und bleiben mein Leitfaden. In Zukunft werde ich hier noch viel aufmerksamer sein müssen, und ich werde es auch sein. Die roten Linien werde ich, werden wir als Grüne nicht mehr überschreiten. Das falsche Vorgehen und den entstandenen Schaden für unsere Stadt bedaure ich zutiefst, und dafür möchte ich mich auch persönlich und im Namen aller Grünen hier entschuldigen.

Wir haben erste Konsequenzen gezogen. Aber mit Blick nach vorn müssen wir die Debatte über die Compliance-Regeln weiterführen. Es ist ein gutes Regelwerk. Aber auch ein gutes Regelwerk kann optimiert und verbessert werden. Ich fände es schön, wenn sich die FDP auch daran beteiligt.

Bei der Besetzung von Vorstands- und Geschäftsführerpositionen wird es zukünftig keinerlei Ausnahmen bezüglich formloser Verfahren mehr geben. Wir müssen aber auch eine intensive und offene Debatte im Rahmen der Compliance-Diskussion 2.0 führen. Dabei wird auch erörtert werden müssen: Ist der sofortige Wechsel von einem Aufsichtsrat in die Geschäftsführung des gleichen Unternehmens zulässig oder nicht? Diese Frage müssen wir diskutieren, diese Frage müssen wir abwägen, und wir müssen sie beantworten.

Wir Grünen haben dieses eine Mal unseren Kompass verloren. Das wird nie wieder passieren. Wir werden dafür sorgen, dass es keinerlei Intransparenz der Absprachen bei der Besetzung von städtischem Führungspersonal gibt. Für mich persönlich ist es aber schon etwas erstaunlich, dass ein und dieselbe Person vormittags die Hinterzimmerpolitik der alten Männer anprangert und nachmittags genau diese vollzieht.

Abschließend möchte ich bei der Oberbürgermeisterin bedanken. Ich danke der Oberbürger-

meisterin für die eingebrachten Vorschläge. Ich bedanke mich dafür, dass sie es geschafft hat, dass diese einstimmig und einmütig beschlossen worden sind. Liebe Frau Oberbürgermeisterin, Sie können sich der Unterstützung der Grünen für die Grundprinzipien Transparenz, Sorgfalt und Bestenauslese sicher sein. Dafür würde ich gern mit Ihnen Seit an Seit streiten. Dafür würde ich gern mit Ihnen kämpfen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Ich habe bereits am Montag öffentlich erklärt, dass ich diesen Schritt, den ich mitgetragen habe, zutiefst bedaure. Das war nicht nur ein Fehler; es war auch ein Abweichen von einem nicht nur für uns Grüne wichtigen Grundsatz, einem Grundsatz, den wir alle haben sollten, nämlich transparente Verfahren.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch sagen, dass ich die Erklärung verwunderlich finde, man habe, weil man angeblich nicht operativ eingebunden war, den Vorschlag eines intransparenten Verfahrens nicht überschaut. Ich glaube, jeder hier sollte darüber nachdenken, ob das tatsächlich so war oder ob es nicht ganz anders war, nämlich dass die Kandidatur nur unter der Bedingung erfolgte, dass es kein Wettbewerbsverfahren gibt.

Damit will ich es erst einmal bewenden lassen. Mir war es wichtig, diese Gedanken zu äußern. Mir ist vor allem wichtig, deutlich zu machen, dass dieser Schritt mir sehr leid tut und dies eine Angelegenheit ist, mit der man auch persönlich noch nicht ganz fertig ist. Auch wenn man hier lange Politik gemacht hat und man vielleicht als professionell und vielleicht auch als abgeklärt gilt, solche Dinge schwitzt man nicht einfach in den Anzug aus. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Sie und Herr Görzel haben gerade aus einem *FAZ*-Artikel zitiert. Auch ich möchte aus diesem Artikel zitieren; denn er hat es in sich. Unter der Überschrift „Kölner Chaostage - Eine Stadt und ihr vielfarbiger Filz“ heißt es - Zitat -:

> … bisher lauteten die Regeln meist: Wer an der Macht ist, verteilt die besten Posten unter seinen Leuten. Parteien, die gerade nicht oder nicht allzu sehr klüngeln, präsentieren sich wiederum als wackere Kämpfer gegen Hinterzimmerpolitik und Postengeschachere.

Wir alle im Rat erinnern uns, dass CDU und Grüne damals angetreten sind, den „roten Filz“ ausrotten zu wollen. Die *FAZ* fragt dann weiter - ich zitiere -:

> Warum aber wollten Petelkau und Frank nun ausgerechnet Börschel auf den kommunalen Spitzenposten helfen? Eine eindeutige Antwort gibt es darauf bisher nicht.

Die *FAZ* will damit sagen: Dieses Klüngeln im Hinterzimmer ist keine neue Form.

Meine Damen und Herren von CDU, SPD und Grünen, diese Fragen stehen immer noch im Raum. Sie müssen aufgeklärt werden. Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass alle Kölnerinnen und Kölner wissen, worum es geht. Entschuldigungen allein reichen nicht, sondern Sie müssen dazu einen Beitrag leisten, dass das aufgeklärt wird, dass tatsächlich Transparenz hergestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Diejenigen, die sich nicht an den bestehenden Kodex gehalten haben, verlangen nun auf einmal - Sie haben es gerade gehört - die Verschärfung des Kodex. Das Problem war doch nicht, dass der Kodex bisher nicht scharf genug war, sondern das Problem war, dass die Fraktionsspitzen von CDU, Grünen und SPD sich nicht daran gehalten haben.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Auf ein solches Verhalten wusste der römische Dichter Horaz eine Antwort. Ich zitiere: „Was nützen die Gesetze uns, wenn gute Sitten fehlen?“

(Beifall bei der LINKEN)

Die Antwort ist klar: Sie nützen nichts. Wenn Sie weiterhin einflussreiche und gutbezahlte Vorstandsposten als Spielsteine in der politischen Auseinandersetzung missbrauchen, dann hilft ein überarbeiteter Kodex genauso wenig wie der bisherige Kodex.

Wie konnte der Ständige Ausschuss des Aufsichtsrats des Stadtwerke-Konzerns so arrogant sein und sehenden Auges durch eine Nichtausschreibung des Hauptamtlichen Geschäftsführers eindeutig gegen die Compliance-Grundsätze verstoßen - und das sogar mit der Ansage, dass das gegen die Compliance-Grundsätze verstoße und dies im Jahresbericht auch erwähnt werden müsse?

Wie wollen Sie Vertrauen in die Politik herstellen, wenn Compliance-Grundsätze und Transparenzregeln nicht glaubhaft und ernsthaft befolgt werden? Wie gesagt: Das Problem sind nicht die zu schwachen Regeln; das Problem ist, dass diese Regeln von CDU, SPD und Grünen nicht eingehalten wurden.

Dennoch ist DIE LINKE der Ansicht, dass der Kodex verbessert werden kann und verbessert werden sollte. Ich möchte ein Beispiel nennen: Der Transparenz-Kodex empfiehlt, höchstens fünf Aufsichtsratsmandate wahrzunehmen. Bislang saß aber Herr Petelkau in acht Aufsichtsräten, jetzt nur noch in sieben. Auch Herr Frank liegt eindeutig über der Quote. Sie wollen Ihren Worten ja Taten folgen lassen. Diese Taten können relativ einfach erfolgen. Sie sind schon auf der nächsten Fraktionssitzung möglich.

Formal ist das zwar nicht zu beanstanden; denn im Kölner Kodex steht - Zitat -:

> Mandate in konzernbeherrschten Einzelgesellschaften gelten als eines.

Meine Damen und Herren, diese Formulierung muss dringend gestrichen werden. Es gibt ein Dutzend Einzelgesellschaften im Stadtwerke-Konzern. Es ist unfassbar, dass es theoretisch möglich ist, dass ein Ratsmitglied in zwölf Einzelgesellschaften im Aufsichtsrat sitzen kann. Daran können Sie sehen: Wir müssen diese Regelung verbessern. Aber das können wir doch jetzt schon tun. Jeder weiß doch, NetCologne und AWB haben inhaltlich überhaupt nichts miteinander zu tun. Das sind zwei völlig verschiedene Welten. Daher ist es angesagt, nur in einem der beiden Aufsichtsräte zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, daran können Sie erkennen: Man kann schon jetzt etwas ändern. Ich fände es ausgesprochen konstruktiv, wenn die Beteiligungsverwaltung prüft, warum die bestehenden Regelungen versagt haben, und aufzeigt, was verbessert werden muss. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben das ja zugesagt.

In diesem Zusammenhang haben wir das Anliegen, dass die Frage der Karenzzeit geklärt werden muss. Wir halten es für wichtig, eine Karenzzeit festzuschreiben, wenn Ratsmitglieder in eine gehobene Position eines städtischen Beteiligungsunternehmen wechseln. Dass jemand aus der Politik zum Beispiel auf einen Dezernatsposten wechselt, passiert öfter. Wenn aber ein Spitzenpolitiker auf einen Posten in einer privaten GmbH wechselt, faktisch Manager wird, und wir Einfluss auf dieses Unternehmen haben, kann eine Karenzzeit wichtig sein. Die Person kann aktuelles Wissen nicht nutzen, und aktuelle Beziehungen kühlen ab. Damit verhindern wir -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, die Redezeit ist abgelaufen.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): - ich bin sofort fertig -, dass aktuelle Vereinbarungen zum Zuge kommen.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Das Wichtigste aber ist: Das, was vereinbart und beschlossen ist, muss auch befolgt werden. Ich fordere alle Fraktionen auf, dafür zu sorgen. Die nächste Fraktionssitzung findet nächsten Mittwoch statt. Dann können Sie damit schon anfangen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Baentsch das Wort.

Wolfram Baentsch (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße ganz besonders das Publikum auf der Tribüne, das besonderes Interesse am Ausgang dieser Ratssitzung haben dürfte und haben muss. In Köln kommt ein Skandal selten allein. Diesmal aber kam der zweite Skandal ein bisschen zu früh. Dass wir uns dem Fall Horitzky in Zusammenhang mit dem Hotel in Dellbrück nicht mit der gebotenen Sorgfalt zeitgerecht widmen können, ist wirklich schade und müsste nachge-

holt werden; denn diese Affäre birgt noch viele Fragen, die beantwortet werden müssen.

Immerhin gibt es eine Gemeinsamkeit zwischen beiden Fällen: Wir haben hier gehört: Es ist Vertrauen verloren gegangen. Ich meine: Es ist Vertrauen auf unabsehbare Zeit irreparabel zerstört worden. Das Gemeinsame an den beiden Skandalen ist der Missbrauch von verliehener Macht. Macht, die die Wähler den Mandatsträgern übertragen haben, wurde schamlos zu Selbstzwecken missbraucht. Das ist das Gemeinsame an den beiden Fällen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, nur zum Thema zu reden, Herr Baentsch.

Wolfram Baentsch (AfD): Ja, ich komme jetzt zum Thema, dem Fall Börschel. Ich habe mich sehr gewundert, dass bei den Schuldbekenntnissen und Entschuldigungen der Betreffenden das Publikum nicht in schallendes Gelächter ausgebrochen ist. Es ist absolut unglaubhaft, was Sie hier an Entschuldigungen und Erklärungen vorgebracht haben. Ihr Bekenntnis zur Reue glaube wer will; wir von der AfD glauben es nicht.

In Köln hat Klüngel Tradition. Das liegt zum Teil an der Verharmlosung von Vorgängen, die anderswo Korruption, Machtmissbrauch, Bestechung, Amtsmissbrauch und dergleichen heißen. In Köln heißen sie „Klüngel“ und kriegen damit etwas Drolliges. Sie werden damit verharmlost und als halbwegs entschuldbar dargestellt.

Das, was jetzt vorgefallen ist, war in keinem Fall Klüngel, sondern das war ein schwerer Anschlag auf die Stadtwerke und auf die Stadt insgesamt. Was wäre denn passiert, wenn das ein Durchmarsch geworden wäre, wenn Herr Börschel im Einvernehmen mit Herrn Frank und Herrn Petelkau nicht nur die Position des Oberchefs der Stadtwerke neu geschaffen hätte, sondern auch die Besetzung durch ihn erfolgt wäre? Das wäre doch ein Skandal von endloser Dauer geworden. Kölns Renommee, ohnehin berühmt für Klüngel, wäre in Deutschland auf unabsehbare Zeit zerstört worden.

Insofern ist der Oberbürgermeisterin wirklich dafür zu danken, dass sie eingegriffen und ihr Veto eingelegt hat. Was aber durch dieses Komplott im Hinterzimmer, wie es die FDP genannt hat, auch zum Ausdruck gekommen ist, ist die Missachtung der Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion. Sie haben geglaubt, dass die Oberbürgermeisterin dazu stillschweigen würde. Sie waren es ja, die die Oberbürgermeisterin auf ihren Stuhl gehoben hat, und nun glaubten Sie, das würde die Oberbürgermeisterin Ihnen durchgehen lassen. - Hut ab! Respekt, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie das nicht gemacht haben, dass Sie dem Recht Geltung verschafft haben!

(Beifall bei der AfD)

Ich bin sicher, dass damit der Schaden, der für Köln entstanden ist, zumindest ein wenig begrenzt werden konnte.

Im Übrigen muss ich sagen: Die Motive von Herrn Börschel waren zwar nicht lauter, aber sie waren klar, wohingegen die Motive von Herrn Petelkau, von Herrn Frank wie von Frau Jahn undurchsichtig geblieben sind - bis zum heutigen Tag.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung: Bedauerlich ist, dass mit Herrn Börschel, der nun zwischen allen Stühlen sitzt, eine ganz besondere politische Begabung für die Politik zunächst auszufallen scheint. Das ist kein Mitleid, sondern selbst ich bedaure das ein wenig. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Korruptionsskandal um die Jahrtausendwende war es für Köln richtig schwer, das Image der Klüngelstadt wieder loszuwerden. Wechsel von Politikern in die Wirtschaft ohne Karenzzeiten oder fehlenden politischen Spürsinn gab es ja „nur“ auf Bundes- und Landesebene. Gerhard Schröder ist sicher das prominenteste Beispiel. Aber auch Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla behielt trotz Wechselplänen weiter sein Mandat und ging dann nach Bekanntwerden direkt zur DB.

Ich kritisiere oft und gern auch die Liberalen ob ihrer ambivalenten Haltung auf der Bundes- und der kommunalen Ebene. Ihr Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde heute war richtig. Aber auch Sie haben auf Bundes- und Landesebene nicht nur ehrbare Vorbilder, wie zum Beispiel Dirk Niebel, der nach seiner Amtszeit als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Berater zur Rüstungsindustrie ging, oder Daniel Bahr, der als ehemali-

ger Bundesgesundheitsminister bei der Allianz anfing. Bahr gilt immerhin als Vater der staatlich geförderten Pflegezusatzversicherung. Und wer ist einer der größten Anbieter dieser Policen? Das könnt ihr euch, glaube ich, denken.

Das geht auf Landesebene aber auch bei anderen Parteien, so auch bei den Grünen, deren ehemalige Gesundheitsministerin Barbara Steffens im Sommer direkt vom Mandat in den Lobbysessel einer Krankenversicherung wechselte, wenn auch zugegebenermaßen einer gesetzlichen Krankenversicherung.

Ich will es dabei belassen. Die Liste wäre richtig lang und eines großen Kapitels im Buch über Politikverdrossenheit würdig.

Die wichtigere Fragestellung ist: Was hat das mit uns und mit Köln zu tun? Ich denke, eine ganze Menge - auch wenn eigentlich nichts passiert ist. Es wurde sich ja entschuldigt und zurückgezogen, wobei die Bewerbung für ein laufendes Verfahren trotzdem aufrechterhalten wird. Also nichts passiert außer dem üblichen Imageschaden? Wie sagt man so schön? Auch ein abschreckendes Beispiel ist für irgendetwas gut, und sei es, dass nun auch dem Letzten klar sein sollte, dass Köln als Millionenstadt den gleichen professionellen Standard bekommen sollte, der auf Landes- und Bundesebene zögerlich zum Beispiel im Rahmen von Karenzregelungen durchgesetzt wird.

Es reicht eben nicht, schwammig von Verschärfungen zu sprechen. Hier und heute ist eine Chance für eine bundesweit einmalige und scharfe Regelung, ob sie nun Karenzregelung oder anders heißt. Sie muss Konsequenzen beinhalten. Das ist der entscheidende Punkt, um den es hier und heute geht und der ins Stammbuch der Verhandlungen geschrieben werden muss, die uns bevorstehen.

Insoweit muss ich Jörg hier recht geben, dass wir eine Lösung brauchen. Als Millionenstadt mit dem Haushaltsvolumen des Saarlandes und von Beteiligungen der Stadt Köln an weit über hundert Unternehmen muss hier eben auch großstädtisch gedacht werden.

Ich dachte das auch, als wir im vergangenen Jahr auf unseren Antrag hin beschlossen haben, dass Köln korporatives Mitglied von Transparency International wird. Köln befindet sich zurzeit in einer Art Aufnahmeverfahren. Ich hoffe, dass diese Vorgänge nicht dazu führen, dass TI das Aufnahmeverfahren abbricht; denn das wäre möglich. Diesbezüglich haben wir einige öffentliche Fragen an TI gestellt. Wir sind sehr gespannt, wie es die Situation in Köln beurteilt und vielleicht - so hoffe ich - auch Vorschläge macht und uns dabei hilft.

Aus der zu unterzeichnenden Selbstverpflichtungserklärung für korporative Mitglieder von Transparency International Deutschland e. V. möchte ich abschließend folgenden Satz zitieren:

> Wir sind entschlossen, bei der Wahrnehmung der uns übertragenen Aufgaben hohe ethische Standards zu erreichen. Wir dulden keine korruptiven Praktiken durch Mitarbeiter und Führungskräfte und bestellte oder in unserem Auftrag tätige Gutachter und Unternehmen.

Zitat Ende. - Ich hoffe, wir werden diesem Standard in Zukunft auch gerecht. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal auf der Tribüne und Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream, die heute, denke ich, sehr zahlreich sein werden! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, ausdrücklich danken für Ihr Agieren in den vergangenen Tagen. Sie haben damit mehr als eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Sie eine unabhängige Oberbürgermeisterin sind und sich eben nicht auf Praktiken der Vergangenheit, wie ich sie nennen will, einlassen, sondern im Gegenteil diese stoppen und unterbinden. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zustimmen möchte ich von ganzem Herzen auch den Beiträgen von Herrn Görzel und Herrn Detjen. Herr Görzel hatte die Frage aufgeworfen, die von SPD, CDU und Grünen bislang nicht beantwortet wurde, nämlich: Warum haben Sie sich auf diesen - auch wenn das Wort abgedroschen klingt - Deal eingelassen? Es wurde ein Personaltableau erwähnt. Das haben Sie alle vier nicht aufgegriffen; dazu haben Sie nichts gesagt. Stimmt es, dass es eine weitergehende Vereinbarung gab, oder stimmt das nicht? Dazu haben Sie sich überhaupt nicht geäußert.

Sie können natürlich sagen: Wir sagen das nicht, weil wir weiteren Schaden abwenden wollen von Personen, die da mit im Spiel sind. - Das könnte ich verstehen; das wäre menschlich total verständlich. Aber die Tatsache, ob es eine Absprache gab oder nicht, das interessiert die Öffentlichkeit natürlich schon. Ein Grund dafür ist: Wie sollen wir Ihnen bei künftigen Vorschlägen, die vielleicht in diesem Jahr kommen werden, noch vertrauen, ob es wirklich ein aus der Sache heraus vernünftiger Vorschlag ist oder ob er nicht vielleicht doch Teil irgendeiner Vereinbarung ist? Dieses Vertrauen haben Sie verspielt. Das werden Sie in dieser Zeit auch nicht so schnell wieder aufbauen können.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Daher wäre es wirklich angemessen, wenn Sie uns sagen würden, ob es da mehr gab.

CDU und Grüne sind in der Vergangenheit zu Recht kritisiert worden. Gerade auch an Kirsten Jahn gerichtet muss ich sagen: Es wurde in der Presse spekuliert, ob du getäuscht wurdest oder ob du mitgemacht hast. Dazu gibt es bis jetzt keine klare Aussage. Was ich nicht verstehen kann, ist, wie man sich auf einen solchen Vorschlag einlassen kann. Natürlich kann ich mir vorstellen, dass man dem zustimmt, wenn es in einem solchen Gremium als machbar dargestellt wird, wenn man dort hört, das sei nicht vollkommen illegal, wenn es dort sogar inhaltlich-fachlich begründet wird. Aber dass das nicht okay sein kann und dass es an der eigenen Basis und in der Presse einen Riesenaufstand geben wird, das war doch vollkommen klar.

An die CDU gerichtet: Ich erinnere mich noch an die Sitzung des Kulturausschusses, als Sie, Herr Dr. Elster, vorzeitig gehen mussten, weil da wieder irgendwas wäre mit den Stadtwerken, Sie aber auch nicht ganz genau wüssten, warum, wie Sie damals gesagt haben. Eigentlich waren Sie ziemlich sauer, dass Sie diese Sitzung verlassen mussten. Auch da frage ich mich: Herr Petelkau, wie kommen Sie auf die Idee, dass so etwas, auch wenn es vielleicht irgendwie rechtlich möglich ist, von der Öffentlichkeit geschluckt und akzeptiert wird? Deshalb denken viele: Da muss noch mehr dahinterstecken.

Was mich aber am meisten ärgert, ist der Vertrauensverlust, der hier jetzt schon mehrfach angesprochen wurde. Herr Börschel, da muss ich Ihnen sagen: Natürlich ist es immer gut, wenn man den Mitarbeitern der Stadtwerke dankt. Dem werden immer alle zustimmen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der FDP)

Aber Sie wie auch Grüne und CDU hätten zum Beispiel an dieser Stelle auch mal ein Wort an die Mitglieder Ihrer Parteien richten können. Es geht mir darum: Meine Ratsgruppe und ich, aber auch die anderen Ratsgruppen bemühen uns seit Jahren, für Vertrauen in die Politik zu werben. Egal was da draußen alles gelästert und gesprochen wird über Korruption, Klüngel, Verwaltung, alles Mist: Wir werben die ganze Zeit für Vertrauen in die Politik. Die Leute treten in Ihre Parteien ein, weil sie etwas anders machen wollen, weil sie sich engagieren wollen. Die machen das alle komplett ehrenamtlich, sie kriegen kein Sitzungsgeld, nichts. Sie stehen an den Bürger-Infoständen. Die müssen sich doch total veräppelt vorkommen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der FDP)

Ich weiß, dass Sie sich bei Ihren Fraktionen entschuldigt haben. Aber ich würde mir auch eine öffentliche Entschuldigung bei Ihren Parteimitgliedern wünschen, wenn nicht heute, dann vielleicht bei späterer Gelegenheit auf Parteitagen oder Ähnlichem.

Ausdrücklich unterstützen möchte ich an dieser Stelle noch einmal den Vorschlag von Herrn Detjen zur Karenzzeit. Allein das hätte schon ausgereicht, um den Personalvorschlag für die Stadtwerke abzulehnen. Das war doch bekannt. Herr Hegenbarth hat ja eben einige Beispiele genannt. Dass ein solches Vorgehen Unmut in der Bevölkerung erzeugt, das hätte jeder von Ihnen wissen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat jetzt das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Auf der heutigen Tagesordnung steht ein Antrag von mir, der in eine ähnliche Richtung geht. Ich möchte hier gar nicht auf Einzelpersonen oder auf politische Gremien Bezug nehmen. Das ist ein bedeutender Vorgang, der sich in der beste-

henden Konstellation immer wieder wiederholen kann.

Ich will für mich persönlich sagen: Ich bin ein kölscher Klüngler. Aber das hat nichts mit dem Vorgang zu tun, der hier heute beraten und besprochen wird. Das war unehrenhaft und Funktionsmissbrauch. Ob die Bürger der Stadt mit dem Begriff des ihnen bekannten Klüngels Sie in Verbindung bringen werden, wird sich spätestens 2020 bei der Stimmenauszählung zeigen.

Was mich ganz besonders irritiert, ist die Tatsache, dass Sie sich in der Diskussion der vergangenen Tage mehr oder weniger entrüstet gezeigt haben, aber nun meinen, Verstöße und zukünftige Wiederholungen mit dem Nachschärfen des kölnstädtischen CGK, des Corporate Governance Kodex, meistern zu können. Das kann eigentlich nur einer zu Papier bringen, nämlich der Aufsichtsrat bzw. die jeweiligen Aufsichtsräte; denn es gibt ja mehrere dieser Fälle. Er sollte sich dafür entschuldigen.

Ich sage Ihnen bezogen auf die Stadtwerke: Solange es Gremien in der Holding gibt wie den sogenannten Ständigen Ausschuss und solange dieser eine Existenzberechtigung hat, ist für mich der Aufsichtsrat ein zahnloser Tiger mit Versorgungscharakter oder anders gesagt: mitwissend, duldend und mitschuldig.

Dass die handelnden Personen namentlich genannt wurden, täuscht nicht darüber hinweg, dass auch andere von dem Deal wussten bzw. den Deal maßgeblich mit in Gang gesetzt haben - über den Kopf und das Aufsichtsratsmandat von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Reker, hinweg. Deshalb sind mir die handelnden Personen eigentlich egal. Auch wie sie sich bei ihren Fraktionen aus der Affäre ziehen, tangiert mich nur bedingt.

Viel wichtiger ist die Zukunft der Beteiligungen und der Eigenbetriebe mit Aufsichtsgremien. Aufsichtsgremien sind keine Überlaufbecken für Postenvergaben und persönliche Bestandsschutzzirkel. Falls es der eine oder andere noch nicht gemerkt haben sollte: Aufsichtsräte haben Pflichten und haften dafür, wenn durch ihr Verhalten Schaden entsteht, materiell wie werterhaltend. Wenn sich eine kleine Gruppe aus einem solchen Rat heraushebt, gehört sie in Haftung genommen.

Wer gegen diese Prinzipien verstößt, gehört da raus. Wer politische Interessen über das Wohl von Unternehmen und Mitarbeitern stellt, gehört da raus. Wer den Job fachlich nicht kann, soll ihn aufgeben und nicht schweigend mitlaufen. Das muss aus dem Selbstverständnis und der Loyalität zur Stadt und zum Ehrenamt heraus passieren.

Der Finanzausschuss ist nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt auch der Fachausschuss für Beteiligungsangelegenheiten. Ich sage Ihnen ganz klar: Zumindest in meiner zweijährigen Laufbahn hier im Rat sind die entsprechenden Vorlagen und Geschäftsberichte - wir kommen ja nachher noch zu meinem Antrag -, egal ob öffentlich oder nichtöffentlich, oftmals das Papier nicht wert, und zwar in Bezug darauf, dass sie keine Schwächen-Stärken-Profile enthalten, dass sie keine Maßnahmen und keine Strategien vorschlagen oder aber die falschen, wie sich nachher zeigen wird.

Jede und jeder von Ihnen muss persönlich beschreiben können, welches seine persönlichen Stärken sind, die man dort einbringen kann. In diesem Sinne bin ich auch dafür, den Kodex zu schärfen. Aber ich glaube, wir selbst haben die Verantwortung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der
Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? Das würde zu einer zweiten Runde führen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, keine Sorge. Aber wir als Antragsteller müssen ja formulieren, wie wir diese Aktuelle Stunde beschließen wollen. Dafür gibt es drei Möglichkeiten. Ich würde darum bitten, hier die dritte Möglichkeit anzuwenden, nämlich das in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Wir haben ja gehört, dass es schon manche Initiativen geben soll. Der zuständige Fachausschuss ist der Finanzausschuss, der gleichzeitig auch Beteiligungsausschuss ist. Ich bin der Meinung, die Diskussion über Vorschläge und Ratschläge sollten wir dort fortführen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen oder Vorschläge zum Abschluss der Aktuellen Stunde? - Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich über den Vorschlag von Herrn Breite abstimmen, die Sache zur weiteren Behandlung in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? -

Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung von 151 Jain-Miniaturen aus der Sammlung von Dr. Konrad Seitz 0848/2018

Wir haben das Glück einer Schenkung von 151 Jain-Miniaturen aus der Sammlung von Dr. Konrad Seitz. Ich bitte Sie, mit Handzeichen anzuzeigen, ob Sie dieser Schenkung zugeneigt sind und ihr zustimmen wollen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Rot-Weiß und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei Herrn Dr. Seitz für diese wundervollen Miniaturen.

(Beifall)

Ich durfte ihn selbst kennenlernen, als er mir ein Buch mit diesen Miniaturen gezeigt hat und ich grüße ihn sehr herzlich von dieser Stelle.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Wie eingangs beschlossen, rufe ich zunächst Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, und der Gruppen BUNT und GUT betr. „Kölner Innogy-Standort sichern - Arbeitsplätze in Köln erhalten!“ AN/0707/2018

und gebe als Erstes Herrn van Geffen das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 11. März dieses Jahres haben RWE und Eon bekannt gegeben, dass sie die RWE-Tochter Innogy aufspalten und ihre Geschäftsaktivitäten neu ordnen wollen. Seit jenem 11. März befinden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Zustand der Unsicherheit. Es gibt bisher keine Zusicherung, dass der Standort Köln erhalten bleibt. Es gibt bisher keinen ausdrücklichen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Aber selbst wenn Beschäftigung an anderen Standorten angeboten würde, wäre es nicht so einfach, den Lebensmittelpunkt mal eben so zu verlagern, gerade wenn man schulpflichtige Kinder hat oder wenn der Partner selbst arbeiten geht.

Es ist für den Rat der Stadt Köln völlig klar: Wir haben ein hohes Interesse daran, das Unternehmen in Köln zu halten. Im weiteren Verfahren müssen die Interessen der Beschäftigten gewahrt bleiben.

Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Innogy verfolgen übrigens heute unsere Sitzung hier auf der Ratstribüne. Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Innogy ist an unserer RheinEnergie beteiligt. Auch mit Blick darauf bitten wir alle Verantwortlichen der Stadt, sich mit Nachdruck für den Verbleib des Unternehmens in Köln einzusetzen.

(Beifall bei der SPD und von Bernd Petelkau [CDU])

Es geht hier nicht nur um berechtigte wirtschaftliche Interessen von RWE und Eon. Es geht - und das treibt uns alle hier um, ganz gleich welcher demokratischen Fraktion oder Gruppe wir angehören - um existenzielle Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien. Stärken wir ihnen heute den Rücken, indem wir den vorliegenden Antrag mit breiter Mehrheit verabschieden! - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Petelkau das Wort.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein! - Niklas Kienitz [CDU]: Keiner spricht! - Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Das war der Sprecher der Wirtschaftspolitiker! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen: Er hat als Vorsitzender gesprochen!)

- Ach so, für alle zusammen. Okay, wunderbar. - Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Als Nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT betr. „Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen“ AN/0620/2018

und gebe Herrn Professor Schäfer das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Zuschauer auf der Tribüne! Wir beraten heute einen Antrag, der auf eine Initiative der LINKEN zurückgeht. Sie hatte bei den Fraktionen und Ratsgruppen angefragt, ob sie sich dem anschließen wollen. Wir haben dem sehr gerne zugestimmt, weil mit diesem Antrag eine Person geehrt wird, die vor 200 Jahren zwar in Trier geboren, aber in Köln ganz erheblich gewirkt hat. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die FDP sich diesem Antrag hätte anschließen können; denn hier geht es weniger um Fragen des Marxismus, sondern eher um die Frage, was in der damaligen Zeit von Karl Marx getan wurde und was er angestoßen hat.

Natürlich haben wir als SPD - DIE LINKE wird das für sich auch sagen - eine besondere Nähe zu Karl Marx, der durchaus als Urvater der Sozialdemokratie bezeichnet werden kann. Darauf sind wir auch stolz.

(Beifall bei der LINKEN)

„Karl Marx ist in Köln geboren“, so die Überschrift eines Beitrags in der *Kölnischen Rundschau* in den vergangenen Tagen; denn wie es weiter - und ich meine: richtigerweise - heißt:

> Alle Menschen … werden irgendwo geboren. … Aber interessanter sind doch die Orte, an denen Menschen Großes vollbracht haben und sich diese als Wirkungsstätte ausgesucht haben.

Und hier spielt Köln eine ganz besondere Rolle im Leben und Wirken von Marx: Marx als politischer Journalist der *Rheinischen Zeitung* und der *Neuen Rheinischen Zeitung* und als Mitglied im Kölner Arbeiterverein sowie Marx in seinen Denkformen zur Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die später in der *Kritik der politischen Ökonomie* und im *Kommunistischen Manifest* ihren theoretischen und politischen Ausdruck fanden, Theorien, die übrigens einen großen Einfluss auf die Weltgeschichte haben und dies nicht nur bezogen auf eine Richtung.

Es ist schon interessant und auch spannend, zu sehen, wie angesichts der globalen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der Globalisierung und deren zum Teil schreckliche Folgen, wie etwa negative Effekte für das Zusammenleben und die soziale Gerechtigkeit, Marx heute wiederentdeckt wird, und zwar nicht nur von uns, sondern selbst von Konservativen, die die zustimmungswürdigen Aspekte des Marx‘schen Denkens, seine intellektuelle Kraft und das dahintersteckende Potenzial bewundern.

Es tut gut, zu sehen, wie sich anlässlich seines 200. Geburtstags die Buchneuheiten und die Berichterstattungen in den Medien häufen. Er hat zweifelsohne ein anderes Bild von der Welt und den gesellschaftlichen Zusammenhängen gezeichnet, als es die bürgerlichen Deutungspropheten bis dahin taten.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Zudem ist es erfreulich - auch das finde ich gut -, dass auch die Kölner Medien, die Volkshochschule, der DGB und andere mehr seine Verdienste für die Arbeiterbewegung und die soziale Gerechtigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts hervorheben. Auch wenn Marx seine wesentlichen Werke in England verfasste, so war sein Wirken in Köln bereits geprägt von den grundlegenden Themen der Gesellschaftskritik.

Wenn wir heute den Beschluss fassen, so ist dies mehr als nur die Absicht, die Gedenktafel an der Cäcilienstraße 37 zu erneuern, übrigens mehr als 30 Jahre nach ihrer Entwendung. Es geht uns auch darum, sein Wirken und Schaffen in besonderer Weise nachhaltig darzustellen und wieder ins Bewusstsein zu rufen. So sollen auch weitergehende Vorstellungen berücksichtigt werden.

Gemäß Punkt 2 des Antrags soll geprüft werden, wo in Köln ein geeigneter Ort für eine dauerhafte Ausstellung zum Wirken von Marx verortet werden kann. Hierbei sind beispielsweise die Schildergasse 99 oder der Heumarkt 65 als Schauplätze des großen demokratischen Journalismus in Köln denkbar; denn die *Rheinische Zeitung* und die *Neue Rheinische Zeitung* sind Meilensteine, mit denen sich die Stadt Köln in die Demokratie- und Mediengeschichte eingetragen hat.

Des Weiteren wären auch Gespräche mit potenziellen Trägern für ein Karl-Marx-Haus zu führen, in dem didaktisch aufbereitete Ausstellungen für

breite Besucherschichten, auch für Touristen aus dem Ausland, konzipiert werden können usw.

Köln kann - dieses Fazit will ich ziehen - stolz darauf sein, in den Jahren zentraler Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Perspektiven von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit der Ort gewesen zu sein, den Marx als seine Wirkungsstätte ausgesucht hat und - das will ich heute, am Internationalen Tag der Pressefreiheit, in besonderer Weise erwähnen - wo er auch um die Pressefreiheit gekämpft hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Professor Überall hat ja heute Morgen dazu einen treffenden Beitrag geschrieben. Pressefreiheit ist ein hohes Gut, und sie ist zurzeit überall in der Welt gefährdet.

Der heute anstehende Beschluss ist daher mehr als überfällig. Exakt zwei Tage vor seinem 200. Geburtstag ist ein solches Bekenntnis auch ein Signal für das Eintreten für sozial gerechte Verhältnisse, eine Perspektive, um die wir mehr als bisher ringen müssen. Das macht auch die Aktualität der Werke von Karl Marx aus. Köln sollte sich an seine herausragende Persönlichkeit erinnern und sich diesen Aufgaben stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Über den Antrag habe ich mich gefreut, auch über die nun große Anzahl der Antragsteller und Antragstellerinnen. Köln stellt sich damit ein weiteres Mal seiner geschichtlichen Wurzeln, nimmt sie ernst und macht sie sichtbar. Der Antrag an sich kam mir zudem seltsam vertraut vor, gleicht er doch unserem Antrag vom Dezember anlässlich des 100. Geburtstags Bölls nahezu wörtlich. Auch das freut mich; denn damit wird deutlich, dass es uns gelungen ist, mit dem Antrag zur Sichtbarmachung Heinrich Bölls ein Verfahren anzustoßen und zu entwickeln, das viele für gut und belastbar halten, so belastbar, dass es jetzt noch einmal angewendet werden soll.

Der Antrag zeigt auch, dass in Köln noch einiges im Bereich Erinnerungskultur und an der Sichtbarmachung Kölns facettenreicher Geschichte geschehen muss, und er zeigt, dass es noch vieles nachzuarbeiten, zu schärfen und zu vertiefen gilt, um Persönlichkeiten und Ereignisse, die einst eine zentrale Rolle in Köln gespielt haben, sichtbar werden zu lassen. Ich bin mir sicher, wir werden nicht nur Männer sichtbar machen, sondern gewiss auch ganz viele Frauen. Aber keine Angst! Es wird jetzt nicht dauernd Anträge dieser Art geben.

Zum Inhalt. Warum Marx? Warum Sichtbarmachung im Stadtbild? Karl Marx - mein Vorredner hat es schon angedeutet - erhielt 1841 die Einladung, für die *Rheinische Zeitung* tätig zu sein, die in der Schildergasse 99 ihren Sitz hatte. Im Jahr 1842 begann er dort mit seiner Arbeit. Aber kaum jemand in Köln weiß etwas davon. Nichts deutet in der Schildergasse 99 darauf hin, dass hier etwas geschehen ist, was die Weltgeschichte bewegt hat, und doch - so könnte man sagen - stand in der Schildergasse 99 die wahre Wiege des Marxismus.

Karl Marx erster Artikel wurde am 5. Mai 1842 gedruckt - zum Thema Pressefreiheit. Diese war schon in der damaligen Zeit ein großes Thema. Köln war preußisch besetzt. Die Karlsbader Beschlüsse führten dazu, dass vieles zensiert wurde. Auch die *Rheinische Zeitung* war von Zensur betroffen. Dass dieser Antrag heute, am Tag der Pressefreiheit, beraten wird, gibt ihm eine besondere Aktualität. Am 15. Oktober 1842 wurde Marx Chefredakteur. Unter seiner Leitung wurde die Auflage mehr als verdreifacht.

Ein weiteres Ereignis in der Wiege des Marxismus: Im November 1842 trafen im Redaktionsbüro der *Rheinischen Zeitung* in der Schildergasse das erste Mal Friedrich Engels und Karl Marx aufeinander, eine Begegnung, die, wie wir alle wissen, von lang anhaltender Bedeutung war. Auch inhaltlich war die Arbeit in der *Rheinischen Zeitung* prägend für Marx. Er selbst schreibt:

> Im Jahr 1842–43, als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, kam ich zuerst in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen.

Damit war das Thema Wirtschaft für Marx gesetzt. Die *Rheinische Zeitung* fiel, wie erwähnt, immer wieder der Zensur zum Opfer, bis sie zum 31. März 1843 durch die staatlichen Behörden verboten wurde. Nachfolgerin war in den Jahren 1848/1849 die *Neue Rheinische Zeitung*.

Marx musste Köln verlassen. Er kam noch einmal zusammen mit Engels während der Märzre-

volution 1848 nach Köln zurück, um die *Rheinische Zeitung* wiederzubeleben, die dann ihren Sitz am Heumarkt hatte. Am 16. Mai 1849 aber wurde Marx von der preußischen Regierung ausgewiesen, auch das Teil unserer Kölner Geschichte.

Wieso heute noch erinnern an Karl Marx und sein Wirken? Ich zitiere seinen Namensvetter, Kardinal Reinhard Marx, der in einem Interview anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx der *Neuen Westfälischen Zeitung Online* sagte:

> Er ist ein scharfsinniger Analytiker des Kapitalismus. … Manches von dem, was er benannt hat, sehen wir erst heute in der ganzen Breite. Welche sozialen, politischen und ökologischen Auswirkungen ein weltweiter, globaler, ungebremster Kapitalismus hat, das beginnen wir zu begreifen. … Karl Marx hat Probleme ins Denken eingebracht, die nicht erledigt sind.

Die Probleme sind nach wie vor aktuell. Kein zweiter Denker hat die Geschichte so tiefgreifend geprägt wie Karl Marx. Beobachtungen der zur Zeit der Industrialisierung treibenden Kräfte des Marktes und seine Philosophie verstand Marx nicht als Selbstzweck. Ihm reichte es nicht, die Welt zu beobachten und zu interpretieren; er wollte sie verändern. Zitat aus Marx/Engels Werke, Band 3, 11. These über Feuerbach:

> Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Karl Marx hat sich dieser Aufgabe bereits in seiner Kölner Zeit gestellt, in einer damals preußisch besetzten Stadt, die von starken gesellschaftlichen Veränderungen geprägt war und in der er eine wichtige Rolle einnahm. Auch das gehört zu Köln. Es ist richtig, dies sichtbar zu machen. Zitat:

> „Wir müssen das zeitlose Idol, zu dem Karl Marx geworden ist, aufbrechen und ihn wieder in die Geschichte hineinholen“, fordert Thomas Welskopp, Professor für die Geschichte moderner Gesellschaften an der Universität Bielefeld.

Hier ist nicht der Ort, die Einzelinhalte der MEW-Bände zu diskutieren. Das wäre interessant, und ich würde da gerne wieder einsteigen; wir können uns ja mal dazu treffen. Lassen Sie mich schließen mit einem Gedicht von Karl Marx, das das weitere Vorgehen mit unserem Antrag treffend beschreibt:

> Darum laßt uns alles wagen,
> Nimmer rasten, nimmer ruhn.
> Nur nicht dumpf so gar nichts sagen
> Und so gar nichts woll´n und tun.
>
> Nur nicht brütend hingegangen,
> Ängstlich in dem niedern Joch,
> Denn das Sehen und Verlangen
> Und die Tat die bleibt uns doch!

In diesem Sinne sehen wir der Umsetzung unseres Antrags freudig entgegen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen hat das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war etwas irritiert ob der Reihenfolge der Redner. - Wir haben jetzt schon viel zu Karl Marx gehört und zum historischen Abriss. Darum möchte ich mit einem Gedicht beginnen, das durchaus im Nachgang zur Aktuellen Stunde von heute passt:

> Sie sang das alte Entsagungslied,
> Das Eiapopeia vom Himmel,
> Womit man einlullt, wenn es greint,
> Das Volk, den großen Lümmel.
>
> Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
> Ich kenn auch die Herren Verfasser;
> Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
> Und predigten öffentlich Wasser.
>
> Ein neues Lied, ein besseres Lied,
> O Freunde, will ich euch dichten!
> Wir wollen hier auf Erden schon
> Das Himmelreich errichten.
>
> Wir wollen auf Erden glücklich sein,
> Und wollen nicht mehr darben;
> Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
> Was fleißige Hände erwarben.

Diese Zeilen stammen, wie Sie sicher sofort erraten haben, von Heinrich Heine, der gemeinsam mit Karl Marx und anderen für das sozialdemokratische Blatt *Vorwärts* schrieb. Persönlich stand Heinrich Heine Karl Marx und Friedrich

Engels durchaus nahe, auch wenn er deren Philosophie nicht bis ins Letzte teilte.

In meiner Rede zum Böll-Antrag hatte ich die Bitte geäußert, dass wir in diesem Jahr fraktionsübergreifend die Bedeutung von Karl Marx ins Stadtbild rücken sollten. Heinrich Böll reklamierte schon 1961 - ich zitiere -:

> Warum hat Köln kein Marx-Denkmal? Will Köln seine kommunistische Vergangenheit, seine Bedeutung für die sozialistische Bewegung, verleugnen? Das wäre schade. Immerhin waren's rheinische Liberale, die Marx das Kapital gaben, um gegen den Kapitalismus zu schreiben. Das waren noch Zeiten!

(Beifall bei der LINKEN)

Umso erfreulicher ist es, dass wir dazu diesen fraktionsübergreifenden Antrag, wenn auch leider ohne die FDP, heute hier tatsächlich beschließen werden.

Marx' Spuren in der Stadt sind mehr als gut verborgen. Am Historischen Rathaus etwa, wo sich die Marx-Figur befindet, entsteht fast der Eindruck, man wolle den steinernen Propheten verstecken. Sein Kopf zum Beispiel ist vom Alter Markt oder selbst vom dritten Stockwerk des Wallraf-Richartz-Museums aus nicht sichtbar. Einzig aus dem Innern des Historischen Rathauses ist Marx durch ein Fenster zu sehen, was mir persönlich immer Spaß macht, wenn wir Veranstaltungen in der Piazzetta haben, wie zuletzt vergangenen Freitag, als selbst unser Erzbischof Woelki nicht umhin kam, Karl Marx zu zitieren. Nebenbei gesagt: Die Statue von Heinrich Böll am Rathausturm ist auch nicht besser zu sehen.

Zurzeit kommt niemand an Marx vorbei. Es werden sowohl Lobhudeleien als auch Schmähungen über den vor 135 Jahren verstorbenen Philosophen ausgeschüttet. Oft wird dabei vergessen, dass man sein Schaffen im Kontext der damaligen Zeit sehen muss. So war das Verhältnis von Marx zu den damaligen Stadtvätern durchaus getrübt. Frauen kamen in städtischen Gremien noch gar nicht vor. Das, was wir heute unter Transparenz, Demokratie, Pressefreiheit verstehen, hat Karl Marx vorbereitet und stieß zu seiner Zeit auf sehr wenig Verständnis, dafür aber auf unverhohlene Zensur.

All dies ist auch heute nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder aufs Neue verteidigt werden, wie man an den Entwicklungen in Ungarn, Polen und der Türkei sehen kann. Professor Schäfer und meine Kollegin Frau von Bülow haben schon darauf hingewiesen, dass heute der Internationale Tag der Pressefreiheit ist. Herr Professor Dr. Frank Überall weist in seinem heutigen Gastbeitrag dankenswerterweise darauf hin, dass die Bundesrepublik in Sachen Pressefreiheit auf dem bescheidenen Platz 15 steht.

An welchen Orten in Köln wir auf Karl Marx aufmerksam machen können, dazu haben wir jetzt schon einiges gehört. Allerdings fehlt eine Adresse, und zwar die Apostelstraße 7. Dort wohnte Karl Marx, als er aus Paris nach Köln zurückkehrte. Doch statt Marx steht am Anfang dieser Straße ein anderer Kölner, nämlich Konrad Adenauer. Keine Sorge, liebe Kollegen von der CDU! Wir wollen die beiden Herren nicht austauschen, auch wenn sich Adenauer mit seinem Neheim-Hüstener-Programm vom christlichen Sozialismus verabschiedete und der damals noch sozialen Marktwirtschaft zuwandte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz hat jetzt das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ratsgruppe GUT stellt gern den gemeinsamen Antrag mit SPD, CDU, Grünen, Linken und BUNT, anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx dessen Wirken zu seiner Kölner Zeit im Kölner Stadtbild sichtbar zu machen. Hätte man mir 1987, als ich nahezu täglich an dem überdimensionalen Monument im damaligen Karl-Marx-Stadt vorbeikam, prophezeit, dass im Jahr 2018 ein fraktionsübergreifender Antrag, darunter auch die CDU, bezüglich der Sichtbarmachung von Karl Marx im Kölner Stadtbild auf der Tagesordnung stehen wird, hätte ich es vermutlich nicht geglaubt oder gefragt: Was hatte Marx mit Köln zu tun?

Marx war von 1842 als Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung* in Köln tätig und trat 1843 als Redakteur zurück, als die damalige preußische Regierung das Erscheinen der Zeitung verbot, unter anderem wegen Verspottung der damaligen Pressepolizei und der Pressezensur. Während seines zweiten Kölner Aufenthalts in den Jahren 1848 und 1849 war er Herausgeber der *Neuen Rheinischen Zeitung*, also auch zur Zeit der deutschen Märzrevolution von 1848.

Der Historiker Jürgen Herres von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaf-

ten beschrieb den damals 24-jährigen Marx mit den Worten:

> Er ist in der Lage, geistreiche Kritik zu leisten, die für jeden fühlbar radikal ist, ohne dass sie direkt von der Regierung verboten werden kann.

Unabhängig davon, dass Marx in Trier geboren wurde, kann durchaus von der Geburt des politischen Marx während seiner Kölner Zeit gesprochen werden,

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

unter anderem deshalb, weil er sich als Redakteur der *Rheinischen Zeitung* erstmals mit grundsätzlichen ökonomischen Fragen, materiellen Interessen und Eigentumsverhältnissen beschäftigen musste und wollte.

Ein Beleg für seine Politisierung während seiner Kölner Zeit ist sicherlich das im Ausland verfasste und am 21.02.1848 veröffentlichte *Kommunistische Manifest*, verfasst von Marx und seinem kongenialen Freund Engels. Herausgegeben wurde es unmittelbar vor der deutschen Märzrevolution. Das *Kommunistische Manifest* wiederum gilt als Grundlage der gesellschaftlichen Marxismustheorie, deren wesentliche Quellen der französische Sozialismus, der deutsche Idealismus und die englische Nationalökonomie sind. Wer kennt nicht den Appell aus dem *Kommunistischen Manifest*: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“?

Wie kann nun entsprechend meiner Vorrede eine Sichtbarkeit des Wirkens von Marx in Köln über das Wiederanbringen einer Erinnerungstafel hinaus aussehen? Wie es nicht geht bzw. gehen sollte, zeigt das Beispiel seiner Geburtsstadt Trier, in der am kommenden Wochenende ein von China entworfenes und geschenktes über 5 Meter hohes, tonnenschweres Marx-Monument an einem zentralen Punkt der Stadt enthüllt wird, flankiert von Straßenampeln mit Karl-Marx-Ampelmännchen und Marx-Souvenirläden.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Trier erhofft sich vermutlich dadurch einen noch höheren Zustrom von chinesischen Touristen; 2017 waren es circa 40.000. Entsprechend wird Marx - koste es, was es wolle - als Marke kommerziell ausgeschlachtet.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Wie im gemeinsamen Antrag formuliert, wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie im öffentlichen Raum an das Kölner Wirken von Karl Marx angemessen erinnert werden kann. Hierbei steht für die Ratsgruppe GUT im Mittelpunkt, an die wichtigsten Orte des Lebens und Schaffens des jungen Marx in Köln zu erinnern und damit im Kontext die inhaltliche Entwicklung der marxistischen Gesellschaftstheorie darzustellen, ohne dabei in künstlerische Erinnerungsfolklore wie in Trier zu verfallen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT - Zuruf von der LINKEN)

Als Garant, dass dies nicht geschieht, sehen wir die im Antrag geforderte Einbeziehung der Expertisen des LVR und des Kölner Stadtmuseums bei Erstellung des Konzepts.

Danken möchte ich an dieser Stelle noch den LINKEN für ihre Antragsinitiative. Diese Initiative hätte ich mir durchaus auch von der Stadt Köln gewünscht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat jetzt das Wort.

(Zurufe von den Grünen: Noch ein Gedicht! - Oder ein Zitat!)

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, sagte in einem Fernsehinterview 1973:

> Ludwig Erhard ist mir näher als Karl Marx.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Volker Görzel fügt heute hinzu: Mir auch.

Niemand will bestreiten, dass Karl Marx ein Philosoph war, dessen Werk weltweite Verbreitung gefunden hat. Kein Mensch wird das ernsthaft bestreiten. Der Marxismus war und ist teilweise weltweit vertreten. Ich danke für den Beitrag des Kollegen aus Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz. Er wird bestätigen können, dass es den Eliten in der DDR vorbehalten war, Marxismus-Leninismus zu studieren, und dass der Marxismus das A und O war.

Genau aus diesem Grund komme ich zum umgekehrten Schluss: Ich bin nicht der Meinung, dass die Lehren von Karl Marx großen Segen über die Welt, über Europa oder über Deutschland gebracht haben.

(Beifall bei der FDP und von Henk van Benthem [CDU])

Die Lehren von Karl Marx waren das geistige Rüstzeug für die Berliner Mauer, für Sozialismus, für Kommunismus und für Unterdrückung.

(Beifall bei der FDP und von Henk van Benthem [CDU] - Widerspruch vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß, das zu hören, wird nicht jedem gefallen. Aber es ist eine historische Tatsache, dass dies der intellektuelle Nährboden war. - Frau Heuser, Sie können das nachlesen.

(Widerspruch vom Bündnis 90/Die Grünen)

Karl Marx hatte nicht die richtigen Rezepte für die Lösung der Probleme von vor 150 Jahren und auch nicht für die Probleme von heute.

Ich bestreite gar nicht, dass es massive Probleme gibt. Die Lösung von wirtschaftlichen Problemen ist sicherlich nicht Raubtierkapitalismus oder ungebändigtes Kapital. Die Lösung, für die wir uns in Deutschland und vor allem seit 1949 in der Bundesrepublik entschieden haben, ist die soziale Marktwirtschaft. Gerade die soziale Marktwirtschaft, die ihren intellektuellen Ursprung hier in Köln hat, ist es, die dieses Land vorangetrieben hat. Die Dynamik, Fehler zu korrigieren, eben nicht nur auf eine Ideologie zu setzen, das ist soziale Marktwirtschaft. Fehler zu korrigieren im sozialen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich oder im ökologischen Bereich, das ist die Kraft der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Umso fassungsloser - als Beleg für meine Fassungslosigkeit mag die Leere in den Reihen der CDU aufgefasst werden -

(Beifall bei der FDP)

macht mich, dass die CDU Köln allen Ernstes bei diesem Antrag mitmacht.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Nein, nein, nein. Das darf man sagen. Man darf sagen: Die Partei Konrad Adenauers, die Partei Ludwig Erhards verlangt im Jahr 2018 mehr Marx in Köln. Das ist plakativ.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das, was du machst, ist plakativ!)

- Entschuldigung, ich habe den Antragstext gelesen. Ihre Aufregung ist ein Beleg dafür, dass ich einen wunden Punkt getroffen habe.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Sie haben Gelegenheit, im Anschluss darauf zu erwidern.

Fakt ist: Die CDU Köln verlangt mehr Marx im Kölner Straßenbild. Sie verlangt bessere Sichtbarkeit von Karl Marx im Kölner Straßenbild.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ja billiger Populismus, was du da machst!)

Ich darf der CDU entgegenhalten: Ein gewisser Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU Deutschland - Herr Petelkau ist dort Mitglied -, sagte im Jahre 2016:

> Wir brauchen in Deutschland mehr Ludwig Erhard statt Karl Marx - nicht nur im Straßenbild der neuen Länder.

Mit diesem Zitat möchte ich schließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Baentsch das Wort.

Wolfram Baentsch (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! „Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen“ - dieser Antrag, der auf eine so breite Zustimmung gestoßen ist und von so vielen getragen wird, wird auch von der CDU getragen. Ich kann mich der Verwunderung, die von der FDP geäußert worden ist, nur anschließen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Dass DIE LINKE diesen Antrag stellt, ist nicht verwunderlich. Ich möchte zu Zurückhaltung raten; denn - da stimme ich einer Vorrednerin zu - zu Karl Marx gibt es noch viel zu erforschen. Aber eines ist bereits klar: Karl Marx hat 1844 ein Buch geschrieben mit dem Titel *Zur Judenfrage*. Das war, bevor er nach Köln zurückkam. Dieses Buch kann man auch heute noch lesen.

Es ist in mehr als 50 Auflagen erschienen und in 19 Sprachen übersetzt worden. Bei der Lektüre dieses Buchs werden Sie erfahren, dass Karl Marx, der Sohn eines Rabbi, ein ganz brutaler Antisemit gewesen ist. Das wird Sie vielleicht verwundern. Deshalb empfehle ich die Lektüre von Marx. Ich zitiere daraus:

> Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld …

Originalton Karl Marx. - Und es geht weiter:

> Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Könnten Sie von den Zitaten jetzt wieder zu Ihrer Rede zurückkommen, bitte?

Wolfram Baentsch (AfD): Ja, ich bin mit den Zitaten mitten in meiner Rede.

Ich empfehle Köln, die Dummheit von Trier nicht zu wiederholen, sich einen Marx in Überdimension schenken zu lassen und so Karl Marx im Stadtbild sichtbar zu machen. Sie werden damit einen Antisemiten sichtbar machen.

Im Übrigen dürfen wir nicht vergessen: Auf dem theoretischen Gerüst der Lehren von Karl Marx ist ein Gebirge in Mount-Everest-Dimensionen errichtet worden, ein Gebirge von hundert Millionen und mehr Leichen. Und den wollen Sie in Köln sichtbar machen? Ich rate dringend davon ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß, sowie der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Darum stelle ich jetzt den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.1 zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der FDP, Rot-Weiß, Herrn Wortmann und von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe als Nächstes Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. „Versagung der Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln eGmbH / RehaNova GmbH (kurz: KSK/KSK-Gruppe)“
AN/0596/2018

Bevor ich dem Antragsteller das Wort gebe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir uns jetzt im öffentlichen Teil der Sitzung befinden und deshalb keine Inhalte, die nicht in den öffentlichen Teil gehören, behandelt werden dürfen. Nach § 41 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung sind das zum Beispiel Personalangelegenheiten, Eckdaten der Jahresrechnung oder wesentliche Umstrukturierungsmaßnahmen der Beteiligungsgesellschaften.

Herr Wortmann, Sie haben das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich habe ich Ihren Hinweis aufgenommen. Ich danke Ihnen, dass mein Antrag - nach dem Gespräch mit Ihrer Mitarbeiterin - im öffentlichen Teil verbleibt, weil ich glaube, dass das wichtig ist. Man hat mir vorher vorgeworfen, ich wolle mit meinem Antrag die Mitarbeiter, die Kliniken oder das Unternehmen schädigen. Das weise ich weit von mir. Genau das Gegenteil ist der Fall. Deshalb bitte ich Sie auch um Unterstützung meines Antrags.

Herr Schäfer hat es vorhin schon gesagt: Heute ist der Tag der Pressefreiheit. Das ist schon ein besonderer Tag. Ich glaube nicht an einen Zufall. Zufälle gibt es im Leben sowieso nicht.

Lassen Sie mich vorab darauf hinweisen, dass ich teilweise aus meinem Antrag zitiere. Im Wesentlichen sind wir und die Mitarbeiter durch exzellente Recherchen der Presse auf die tatsächlichen Gegebenheiten in der Klinikgruppe der Stadt Köln hingewiesen worden. Deswegen verwende ich hier ausschließlich Informationen, die durch die Presse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Mich hat besonders erschreckt, dass im März - das ist noch gar nicht so lange her - circa 70 Ärzte der Klinikgruppe, alle im Marburger Bund organisiert, eine entsprechende Resolution gegen das Management und auch gegen den Aufsichtsrat unterzeichnet haben.

Heute bleibt festzustellen, dass durch die neuerlichen Nachrichten über eine drohende Insolvenz

der Marktwert dieser Gruppe deutlich gegen Null tendiert. Nichts ist austauschbarer als eine so verbrannte Marke. Letztendlich ist es der Leistungsqualität der Mitarbeiter zu verdanken, dass diese Institution weiter besteht und ihren Betrieb fortsetzt. Aber die gesamten Subumwelten der Marke „Kölner Kliniken“ sind erheblich zu Schaden gekommen.

Im Rahmen meiner Recherchen in den Geschäftsberichten, die ich in Vorbereitung gemacht habe auf meine Rede hier im Rat, wo ich mich insbesondere um Beteiligungen der Stadt kümmere, bin ich zwar auf Hinweise zur Situation der Kliniken gestoßen; aber jedwede strategischen Maßnahmen fehlen.

Da ich Informationen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses hier nicht darstellen darf, will ich es einmal so formulieren: Uns ereilten innerhalb der letzten acht bis zwölf Wochen schlagartig katastrophale Informationen. Deshalb mag es richtig sein, dass die Geschäftsführung mehr oder weniger freigestellt wurde; ich weiß nicht, ob sie mittlerweile entlassen wurde.

Ich fordere in diesem Antrag vier wesentliche Punkte:

Erstens: den sofortigen geschlossenen Rücktritt des Aufsichtsrats.

Zweitens: den Beschluss, der Gesellschafterversammlung der Städtischen Kliniken, der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern. - Herr Frank, Ihr Hinweis auf den fakultativen Charakter dieses Aufsichtsrats gilt nicht; denn er ist genauso haftend, wenn er das Unternehmen durch sein Verhalten schädigt.

Drittens fordere ich in meinem Antrag, gegen die Geschäftsführung sowie die beteiligten leitenden Angestellten und auch gegen die mitwissenden Mitglieder des Aufsichtsrats rechtliche Schritte einzuleiten. Grundlage dafür ist ein derzeit laufendes Rechtsgutachten.

Viertens sind weitere mögliche, an der desaströsen Entwicklung beteiligte Personen und Unternehmen in Haftung zu nehmen. Da ist keine Rücksicht zu üben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die haben aber keine Polizei!)

- Kann ja noch kommen, je nachdem, wie die Rechtslage ist.

Geschäftsführer und Aufsichtsrat haben der Öffentlichkeit gegenüber die Entwicklung der KSK als außerordentlich kritisch, aber beherrschbar dargestellt. Das war sie aber zum Zeitpunkt der Information schon nicht mehr.

Dass in 2013 eine mit den weiteren Kliniken in Köln gemeinsam formulierte Presseerklärung verfasst wurde, in der über strukturelle Unterfinanzierung der Kliniken allgemein geklagt wurde, hinderte die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat nicht daran, zum Beispiel am Standort Merheim mit eigenen Mitteln ein Bettenhaus zu bauen oder eine aufwendige, vom IT-Team nicht beherrschbare Abrechnungssoftware zu installieren. Das sind Informationen, die dem Aufsichtsgremium vorgelegen haben müssen, es sei denn, die Geschäftsführung hat sie wohlwissend verschwiegen. Zumindest die Zeitungen haben davon Wind bekommen und darüber berichtet.

Hier stellt sich die Frage, ob der Aufsichtsrat über die Hintergründe der erkennbaren Schieflage informiert war und wider besseres Wissen die Geschäftsführung in ihren Forderungen nach weiteren Darlehen durch die Stadt unterstützt hat. Der Rat beschloss 2015 auf Empfehlung des Aufsichtsrats der KSK ein Darlehen von rund 50 Millionen Euro. Dieses Darlehen, das eigentlich zur Überbrückung gedacht war, sollte eine Laufzeit von einem Jahr haben - so wurde es uns dargestellt - und ist dann ein Jahr später - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich würde Sie auch bitten, hier keine Details vorzutragen.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich zitiere hier nur aus Zeitungen und nichts anderes. - Ich wiederhole mich: Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag, damit hier auch den Mitarbeitern gegenüber sehr klar dokumentiert wird, dass diese Stadt weiter an die Gruppe glaubt und will, dass wieder Qualität in die Führung dieser Gruppe einzieht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor ich jetzt Herrn Frank das Wort gebe, möchte ich gerne sagen, dass die Kliniken der Stadt Köln ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsversorgung dieser Stadt sind

(Beifall)

und keine Handelsgesellschaft. Deswegen ist auch ein Vergleich mit Marktwerten völlig unzulässig.

Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wortmann, ich schätze Ihre manchmal wirklich interessanten Beiträge im Finanzausschuss zu wirtschaftlichen Vorgängen; denn sie zeugen von wirtschaftlichem Sachverstand und Kenntnis in Gesellschaftsrecht. Aber das, was Sie uns hier heute vortragen, ist unseriös und scheint mir eher von Populismus getragen zu sein. Sie bringen hier nur Mutmaßungen und Spekulationen sowie Zitate aus nicht überprüfbaren Pressemeldungen, nicht überprüfbar in dem Sinne, dass man nicht weiß, aus welcher Quelle Sie die Daten haben.

Eines ist sicher: Die Kliniken sind seit einiger Zeit in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Lage; das wissen wir alle. Aber daran wird gearbeitet, es wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet; das wissen Sie aus dem Finanzausschuss. Ihre Forderungen wie geschlossener Rücktritt des Aufsichtsrates, Verweigerung der Entlastung von Gesellschaftsgremien usw. sind bar jeder Fakten. Auf welcher Grundlage? Sie wissen doch, dass Jahresabschlüsse gemacht werden, dass sie testiert werden, dass eine Sonderprüfung stattfindet. Warten wir doch die Dinge ab! Dann kann sowohl im Aufsichtsrat als auch im Finanzausschuss seriös überprüft werden, ob es zum Beispiel Rechtsverletzungen gegeben haben könnte. Gehen wir doch seriös vor!

Das, was Sie hier vortragen, erinnert mich ein bisschen an krudes Jakobinertum. Ich denke, damit kommen wir nicht weiter. Das haben die Kliniken nicht verdient. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Pfleger und Pflegerinnen, die Ärztinnen und Ärzte nicht verdient, die dort jeden Tag ihren Dienst versehen und gute Leistungen erbringen, die, wie die Oberbürgermeisterin sagte, wesentlicher Bestandteil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge dieser Stadt sind. Deshalb kümmern wir uns auch um die Kliniken. So kann man nicht mit diesen schwierigen Sachverhalten umgehen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht, bevor die Kämmerin dazu Stellung nimmt? - Das ist nicht der Fall. - Frau Klug, bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Wortmann! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Ich bin der festen Auffassung, dass es wenige so schwierige Ratssitzungen in meiner fast achtjährigen Amtszeit gab wie die heutige, in der die Themen „Vertrauen“ und „Konsequenz“ im Vordergrund der Beratungen stehen.

Deswegen, Herr Wortmann, möchte ich Ihnen, ohne hier im Detail auf Angelegenheiten einzugehen, sagen: Ja, natürlich kümmert sich die Verwaltung um die Fragen, die Sie aufgeworfen haben; denn das sind Fragen, die in solchen Fällen immer abgearbeitet werden müssen. Und natürlich werden wir allen Anhaltspunkten nachgehen.

Aber: Wir bewegen uns in einem geordneten Verfahren. Das bedeutet, dass die Fragen, die im Zusammenhang mit dem Verfahren zum Jahresabschluss 2017 aufgeworfen worden sind, beurteilt und bewertet werden müssen. Dies bearbeitet die Beteiligungsverwaltung.

Das bedeutet auch, dass niemand aus seinem Amt entlassen bzw. zur Amtsaufgabe aufgefordert wird, solange keine substanziellen Anhaltspunkte vorliegen, dass dem auch rechtlich Folge zu leisten ist. Ich möchte hier betonen, dass der Verwaltung derzeit solche Anhaltspunkte nicht vorliegen, weshalb wir die Behandlung der Frage weiter so verfolgen, wie von mir eben dargestellt.

Herr Wortmann, Sie wie auch alle Betroffenen können gewiss sein: Die Haltung der Verwaltung zu dieser Thematik ist von Vertrauen und Konsequenz geprägt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Klug. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind der Antragsteller, die Ratsgruppe Rot-Weiß und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe GUT betr. „Zukunft der Bastei am linken Rheinufer“
AN/0618/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0696/2018

und gebe zunächst Frau Sommer das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Nur, wenn es Kakao und Kuchen gibt“, das war in meiner Kindheit der Spruch an meine Eltern, wenn es um den sonntäglichen Spaziergang ging und damit einhergehende Verhandlungen mit meiner Schwester und mir, wie weit wir von unserem Zuhause aus bereit waren, zu laufen, nämlich bis zur Bastei und keinen Schritt weiter. Zudem war der Rückweg zu versüßen.

Die Bastei hat für viele Kölner über die Generationen hinweg eine emotionale Bedeutung: geliebtes Ziel nach dem Spaziergang am Rhein oder durch die Kölner Altstadt, Genuss pur für die Nachkriegsgeneration, um eine Seniorin zu zitieren, die von ihrer Patentante nach Kauf des Hochzeitskleides dort zum Essen eingeladen wurde.

Die Bastei ist Teil der Kölner Stadtgeschichte. Sie verbindet auf einzigartige Weise die Charakteristika unserer Stadt: den Rhein, das historische Erbe, dies alles versehen mit einem ordentlichen Spritzer Extravaganz. Bereits 1926 äußerte sich der Architekturkritiker Heinrich de Fries zu dem von Wilhelm Riphahn entworfenen Bauwerk, dass dieses sich „mit der Landschaft, dem Strom und den Brücken vermähle“.

Die Bastei ist ein Denkmal. Das wird ein Bauwerk nur, wenn an einer Erhaltung öffentliches Interesse besteht. Dem Objekt wird ein besonderer Wert zugesprochen. So ist das mit der Bastei.

Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt hat dieses Bauwerk einen besonderen Wert. Es ist müßig, zu fragen, ob es klug war, das Bauwerk überhaupt aus der Hand zu geben. Die richtige Entscheidung kann jetzt nur sein, einem möglichen Verkauf zuvorzukommen und die Bastei dahin zu bringen, wo sie hingehört, nämlich zurück in das kommunale Eigentum zum Zwecke der Gewährleistung der öffentlich zugänglichen Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Die Bastei war kultureller und gesellschaftlicher Mittelpunkt unserer Stadt. Das wird sie wieder werden.

Die im Antrag kurz skizzierte zukünftige Art der Nutzung, nämlich als Café bzw. Restaurant, wie auch die aufgezeigten Alternativen, dies im Wege der Erbbaurechtsbestellung oder der Verpachtung zu erreichen, zeigen mehr als deutlich, dass finanzielle Aspekte von Gewicht und Bedeutung sind. Wir reden hier nicht von einem Freifahrtschein. Dass der Kaufpreis wirtschaftlich angemessen sein muss, versteht sich von selbst.

Der Änderungsantrag der SPD erfasst die tatsächliche Situation nicht. Es steht ein Verkauf an, und die Entscheidung ist Ja oder Nein. Sie ist nicht von einer Vielzahl von Parametern abhängig zu machen. Aus diesem Grund ist der Antrag abzulehnen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt weder irgendwelche Marx-Zitate noch Zitate von Herrn Riphahn oder sonst wem vorbereitet. - Frau Kollegin Sommer, Sie sprachen von der Bedeutung des Gebäudes. Diese ist uns selbstverständlich auch bewusst. Für uns als SPD ist ein feststehender Grundsatz, dass Gebäude von historischer Bedeutung im Eigentum der Kommune oder der kommunalen Familie verbleiben müssen, gerade wenn es Gebäude sind wie die Bastei, die einen so prägenden Beitrag zum Stadtbild und zur Identität dieser Stadt liefern.

Eines ist nicht ganz richtig, Frau Kollegin. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es einen Ratsbeschluss, der besagt, dass die Veräußerung des Gebäudes nur mit Zustimmung des Rates zulässig ist. Das heißt: Eine unmittelbare Sorge oder das Risiko, dass die Messe diese Immobilie an den Meistbietenden verkauft, besteht nicht.

Die Bastei hat leider ein trauriges Schicksal erlitten. Es gab dort ehemals ein Sterne-Restaurant. Jetzt ist sie in einer schwierigen Situation.

Noch im Januar - so konnten wir es in der Presse lesen - waren CDU und Grüne noch unentschlossen. Umso schöner ist, dass Sie jetzt zu

einer Entscheidung gekommen sind. Wunderbar! Allerdings ist aus unserer Sicht die Entscheidung, zu der Sie gekommen sind, werte Antragstellerinnen und Antragsteller, noch nicht so richtig rund. Sie vollbringen mit Ihrem Antrag ein erstaunliches Kunststück: Sie springen gleichzeitig zu weit und zu kurz. Ich will es kurz erläutern.

Warum springen Sie zu kurz? Sie sagen, die Bastei soll an das Veranstaltungszentrum übertragen oder veräußert werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da kommt es auch her!)

- Das mag sein. - Aber wir dürfen eines nicht vergessen: Wir haben vor kurzem die Umgestaltung des Ebertplatzes auf den Weg gebracht. Direkt neben dem Ebertplatz liegt das linke Rheinufer. Schon 2011 haben wir den Ratsbeschluss gefasst, dass dessen Umgestaltung auf den Weg gebracht werden soll. Wenn wir jetzt über dieses wirkliche Kleinod reden, das am linken Rheinufer liegt, kommen wir nicht umhin, beides in einem Kontext zu denken, statt zu sagen: Das wird jetzt veräußert. Wir sollten schon ein bisschen mehr Gehirnschmalz darauf verwenden. Es geht um die Promenade. Es geht unter Umständen auch um die Brücke, die dort geplant ist. - Bei dieser Gelegenheit noch einmal die Frage: Was ist eigentlich aus der Quartiersgarage am Ebertplatz geworden?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh nein! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die haben wir abgelehnt!)

- Ich sagte: Quartiersgarage. Bitte jetzt nicht wieder diese grünen Anti-Auto-Reflexe! Ich meine nicht die Tiefgarage, sondern die Quartiersgarage. Erst hören, dann meckern, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie sind aber nicht nur zu kurz, sondern auch zu weit gesprungen. Sie machen nämlich den zweiten Schritt vor dem ersten. Warum sollen wir uns jetzt schon darauf festlegen, das Objekt an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Veranstaltungszentrum“ zu veräußern? Es gäbe doch noch ganz viele andere Möglichkeiten. Klar ist: Die Bastei soll in der städtischen Familie bleiben. Wo sie am besten aufgehoben ist: Wer kann das heute schon abschließend beantworten?

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben gesagt: Die Verwaltung soll nicht Politik machen, und die Politik nicht Verwaltung. - Also: Wir haben eine gute Verwaltung. Sie soll sich Gedanken machen und ein Konzept entwickeln, bei wem dieses wunderbare Objekt am besten aufgehoben ist. Deshalb unser Antrag, ergebnisoffen zu prüfen, bei wem in der städtischen Familie die Bastei am sinnvollsten abgebildet werden kann. Ein paar Vorschläge haben wir in unserem Änderungsantrag gemacht. In Betracht kommen sowohl ein Verbleib bei der Messe als auch die Ansiedlung beim Veranstaltungszentrum oder im allgemeinen Liegenschaftsvermögen. Parallel dazu müssen wir uns auch Gedanken über die Bewirtschaftung machen.

Abschließend noch einmal die Frage an die Antragstellerinnen und Antragsteller: Warum sollen wir uns hier jetzt vorfestlegen? Wir als SPD-Fraktion haben Ihren Antrag zum Anlass genommen, Ihnen ein paar sinnvolle und hilfreiche Vorschläge zu machen. Sie kennen uns: Wir helfen immer gerne aus. Insofern hoffen wir auf eine breite Zustimmung. Falls die Antragstellerinnen und Antragsteller wider Erwarten noch ein bisschen Bedenkzeit brauchen, wäre ein gangbarer Kompromiss, beide Anträge in den zuständigen Fachausschuss, den Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum, zu verweisen und dort noch einmal in der gebührenden Detailtiefe über das Thema zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat hat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Als Wilhelm Riphahn 1923/24 die Bastei entwarf und anfing, sie zu realisieren, ist sie nicht bei allen Kölnern auf Gegenliebe gestoßen. Ich will hier keine neue Geschichtsstunde beginnen - davon hatten wir heute ja schon einige -, sondern erwähne das nur, weil dies eine Erfahrung ist, die wir heutzutage mit vielen neuen Bauten, zum Teil großartigen Bauten, hier in Köln ebenfalls machen. Auch heute haben wir unter Tagesordnungspunkt 10.5 einen Bau auf der Tagesordnung stehen, mit dem nicht alle Kölner und Kölnerinnen von Anfang an zufrieden sind.

Allerdings ist es heute auch so, dass sich niemand mehr die Bastei aus der Kölner Silhouette wegdenken kann. Sie gehört zu Köln und ist eines der wichtigsten Wahrzeichen - nach dem Dom.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nach dem Dom natürlich. - Deshalb ist es wichtig, dass wir sie wieder in das Eigentum der Stadt zurückholen.

Frau Sommer hat schon die wesentlichen Punkte unseres Antrags genannt. Ich will sie an dieser Stelle gar nicht wiederholen, möchte aber doch noch einmal auf den Ersetzungsantrag der SPD und die Ausführungen von Herrn Struwe eingehen.

Herr Struwe, Sie sagten, wir würden zugleich zu kurz und zu weit springen. Das ist ja schon einmal ein Kunststück. Sie springen aber zu komplex. In Ihrem Ersetzungsantrag stehen alle Punkte, die auch in unserem Antrag stehen, nur noch einmal mit ein paar Worten mehr und etwas aufgeblasener.

Sie machen die Sache aber auch komplizierter, als sie ist. Es geht im Grunde erst einmal darum, die Bastei ins städtische Eigentum zurückzuholen, um dann auch die Möglichkeit zu haben, sie als Bau und als Bewirtschaftungsinstitution zu entwickeln. Mit dem, was Sie jetzt vorlegen, fangen Sie im Großen an, gehen bis ins Kleine und kommen dann wieder ins Große zurück. Das ist an dieser Stelle noch nicht angemessen. Ich will überhaupt nicht sagen, dass alle Punkte in Ihrem Änderungsantrag völlig obsolet sind. Das steht im Moment aber noch gar nicht zur Debatte. Im Moment geht es nur darum, dass wir die Bastei zurückkaufen, um sie für die Stadt wieder zu sichern und um sie zu entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen hat das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zusammenhang mit der Bastei ist über Riphahn bisher noch nicht wirklich gesprochen worden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch schon über Marx gesprochen!)

Meines Erachtens ist es aber ganz wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Bastei zu den renommiertesten, hervorstechendsten Bauten von Wilhelm Riphahn hier in Köln zählt. Riphahn hat die Bastei sogar zweimal gebaut. Das erste Mal tat er das 1924. Den Umbau 1927 lassen wir einmal weg. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg richtete er die Bastei erneut nach dem alten Vorbild auf.

Als expressionistisches Baukunstwerk ist die Bastei in die frühen Werke von Walter Gropius und Adolf Meyer einzugliedern. Als typischer Bau seiner Zeit steht dieses Gebäude natürlich unter Denkmalschutz. Denkmalschutz gehört zur originären Aufgabe einer Kommune und deren Töchtern - in diesem Fall der Messe, an der die Stadt eine große Beteiligung hält.

Die Messe hat zwar ihren Blauen Salon. Aber um wie zum Beispiel bei der Art Cologne reichlich vorhandene Bourgeoisie zu bewirten, ist die Bastei eigentlich ein wunderbarer Standort.

Es ist ausgesprochen schade, dass die Bastei seit Jahren mehr oder weniger leer steht. Es gab glanzvolle Zeiten. Darauf ist gerade schon hingewiesen worden. Der Stiefvater von Romy Schneider, Hans Herbert Blatzheim, betrieb erfolgreich das Restaurant in der Bastei und das Restaurant im Messeturm.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Veranstaltungszentrum KölnKongress, seit es Eigentümer ist, nur noch so wenige Veranstaltungen dort durchführt.

Oder vielleicht doch? 1985 wurde das Gebäude grundlegend saniert und ist nach 33 Jahren natürlich wieder sanierungsbedürftig.

Und jetzt beginnt die Milchmädchenrechnung. Wie gehen wir mit unseren Gebäuden, zum Beispiel dem ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museum und dem Kölnischen Stadtmuseum, um? Wie hoch werden die Kosten zur Herstellung der Barrierefreiheit und zur Ertüchtigung des Brandschutzes und des Gebäudes selbst sein? Wird dies von einem möglichen Kaufpreis abgezogen? Oder soll das Schmuckstück doch lieber in der Familie bleiben?

Den Ansatz des Grundantrags von Grünen und CDU finden wir als DIE LINKE durchaus richtig. Dennoch muss man, finde ich, die Fragen, die die SPD mit ihrem Änderungsantrag aufgeworfen hat, mit einfließen lassen. Darum werden wir diesem Änderungsantrag auch zustimmen. Wir werden uns aber nicht davor verschließen, die Bastei in diesem Sinne weiterhin fortzuführen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Sommer, ich habe ebenfalls positive Erinnerungen - etwas verklärt - an schöne Stunden in der Bastei. Ich bin ja im Agnesviertel aufgewachsen. Sie können sich vorstellen, dass die Bastei da eines der Ziele war. Wir haben auch einmal einen Hochzeitstag meiner Eltern dort gefeiert. Insofern verbindet man sehr viel mit diesem Ort. Das - auch von der Kollegin Stahlhofen gerade zum Ausdruck gebrachte - Bedauern darüber, dass es in der Bastei keinen richtigen Restaurantbetrieb mehr gibt, ist entsprechend groß.

Es gibt auch andere Orte, an die wir uns gerne erinnern. Hin und wieder haben wir im Messeturm gegessen, wenn wir uns etwas ganz Besonderes leisten wollten. Der Ratskeller war in dieser Stadt früher eine Topadresse, die wir als Stadt beim Umbau selber aufgegeben haben. Ich kann mich auch an tolle Partys auf dem Colonius erinnern, als er noch eine öffentlich zugängliche Location war. Wir haben also viele Orte, an die wir uns gerne zurückerinnern, verloren, weil es Gründe gegeben hat, aus denen man gesagt hat, dass es sich nicht mehr rechnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, ich kann Ihnen nur sagen: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Liebe Freunde, lasst lieber die Finger davon, euch damit zu beschäftigen, die Bastei in städtisches Eigentum zu überführen. Die Kollegin Stahlhofen hat in diesem Zusammenhang eben die richtigen Fragen gestellt. Ein Aussichtsrestaurant ist nämlich keine Einrichtung der Daseinsvorsorge.

Frau Sommer hat gerade so schön gesagt - so hat sie es, glaube ich, formuliert -, die Stadt Köln übernehme das Eigentum zum Zweck der Gewährleistung der Zugänglichkeit der Bastei. Da muss ich sagen: Das kann man anders regeln. Dafür muss man die Bastei nicht selber kaufen.

Es gibt mindestens einen privaten Investor, der glaubwürdig versichert, dass er aus der Bastei wieder ein erfolgreiches und öffentlich zugängliches Restaurant macht. Und wenn wir das Ganze entsprechend ausschreiben, finden wir sicherlich auch noch andere, die uns dies garantieren.

Die Stadt Köln hat genügend Baustellen. Denken Sie an unsere Kulturbauten. Denken Sie daran, dass wir die Schulinfrastruktur nach vorne bringen müssen. Denken Sie aber auch gerade an die ganz vielen Aufgaben im Bau- und Planungsbereich, vor denen wir als wachsende Stadt stehen. Ich würde mich freuen, wenn wir uns mehr darauf konzentrierten, zum Beispiel im Bereich des Wohnungsbaus, und uns nicht als Stadt Köln, als städtische Bauverwaltung, als städtischer Eigentümer, mit solchen Dingen wie die Bastei beschäftigten. Überlassen wir das Privaten, und konzentrieren wir uns auf die Aufgaben, die wir als Stadt Köln wirklich haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag auf Verweisung in den Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgewiesen.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wiederum die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe GUT auf und frage nach Gegenstimmen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die LINKEN - ach, die FDP; Entschuldigung; ich habe einen Knick in der Optik. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diesem Antrag zugestimmt; er ist angenommen. - Danke sehr.

Wie eben bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, rufe ich nun gemeinsam auf:

3.1.4 Antrag der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. „Bürgerbefragung Ost-West-Achse“
AN/0591/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0712/2018

3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betr. „Kosten-Nutzen-Analyse zur Ost-West-Achse öffentlich machen“
AN/0619/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/0703/2018

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP betr. „Weitere Varianten für die Ost-West-Achse“
AN/0697/2018

Wir hatten dazu auch eine Vereinbarung zur Redezeit getroffen. Daran können sich alle erinnern. Ich sehe das schon an den Handzeichen. - Als Ersten rufe ich Herrn Pöttgen auf.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist es so weit: Wir diskutieren endlich über die Ost-West-Achse.

Was wissen wir? Die Stadt wächst bis zum Jahr 2040 um 20 Prozent. Wir bekommen also 200 000 neue Kölnerinnen und Kölner dazu. Darauf freuen wir uns. Außerdem hat sich der Stadtrat mit Köln mobil 2025 darauf verständigt, wenn auch nicht beschlossen, den ÖPNV-Anteil in dieser Stadt von heute 22 Prozent auf 26 Prozent anzuheben. Unter dem Strich sind das jedes Jahr 100 Millionen zusätzliche Fahrgäste für die KVB.

Die Ost-West-Achse ist dabei ein zentrales Infrastrukturprojekt. Denn 30 Prozent der täglichen Bahnbewegungen führen über diese Strecke. Das heißt: Wenn die Ost-West-Achse nicht gelingt, gelingt die Verkehrswende nicht.

Und egal, für welche Vorzugsvariante wir uns entscheiden und welcher Baubeschluss am Ende gefällt wird: Wir muten dieser Stadt auf jeden Fall eine große Baustelle zu. Dieser Stich sollte dann auch sitzen.

KVB-Chef Fenske hat bei der Auftaktveranstaltung zur Bürgerbeteiligung gesagt: Wir bauen hier für 100 Jahre.

Nach Karneval haben wir alle munter miteinander über die Frage des kostenlosen ÖPNV diskutiert. Dabei waren wir uns alle einig, dass ein preiswerterer - denn kostenlos wird es schwierig - ÖPNV auf jeden Fall zu mehr Fahrgästen führen würde, als wir sowieso schon angenommen haben, und dass das ohne eine funktionsfähige Infrastruktur nicht gehen werde. Wer die Verkehrswende will, muss also in den ÖPNV investieren.

Wir haben als SPD-Fraktion die Befürchtung, dass die vorliegenden Varianten dazu führen, dass die Bahnen genauso voll sind wie heute, wenn das Projekt abgeschlossen ist, weil sie das Nadelöhr Deutzer Brücke tatsächlich nicht beseitigen.

Für uns ist es wichtig, Kapazitäten zu schaffen, die Köln im ÖPNV zukunftsfähig machen; denn wir wollen mehr Menschen besser bewegen. Daher schlagen wir zwei Ebenen in zwei Schritten vor.

Im ersten Schritt wollen wir endlich einmal loslegen. Das Thema Ost-West-Achse wird in dieser Stadt viel zu lange diskutiert und nicht entschieden. Wir brauchen jetzt einen Baubeschluss bzw. Planungsbeschluss für die Ertüchtigung der auf der Strecke bestehenden 40 Haltestellen, sodass wir auf dieser Strecke Langzüge einsetzen können, damit wir in wenigen Jahren 50 Prozent mehr Kapazität über die Ost-West-Achse bekommen. Denn die Bahnen sind heute schon Sardinenbüchsen. Das kann man nicht einfach mit stadtgestalterischen Argumenten wegschieben und erst 2027 anfangen. Wir brauchen schnell mehr Kapazitäten.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

- Danke sehr. - In einem zweiten Schritt möchten wir gleichzeitig die Machbarkeit einer Metrolinie von Deutz bis zum Aachener Weiher untersuchen lassen, auf der die Linien 1 und 9 verkehren und die Menschen hochfrequent durch diese Stadt bewegen, während gleichzeitig oberirdisch in der zweiten Ebene die Linie 7 von Porz nach Sülz fährt, wie sie das bis 1990 schon getan hat. Dadurch schaffen wir vier Gleise, über die wir in einem ersten Schritt schneller mehr Menschen bewegen können. Wir müssen in einer oberirdischen Variante nicht auf das Jahr 2027 warten.

Und wenn wir 2031 mit einem Tunnelbau anfangen, dann sollte er am Ende auch so viel Kapazität bringen, dass wir später nicht nur mehr Menschen bewegen, sondern tatsächlich einen echten Mehrwert für diese Stadt generieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns als SPD-Fraktion bewusst, dass unser Vorschlag bei einer klassischen Überprüfung nach Kosten-Nutzen-Indikator mit den heutigen Richtlinien nicht förderfähig ist. Das macht

die Idee aber nicht schlecht. Denn warum sprechen sich die Vertreter von IHK, Handwerkskammer, ADAC, VCD, Köln kann auch anders, Haus der Architektur und Pro Bahn trotzdem für diese Idee aus? Wir brauchen ja eine Investition in die Zukunft dieser Stadt, damit die Verkehrswende gelingt. Und dafür kann man Richtlinien ändern.

Dieses Angebot machen wir Ihnen heute - dankenswerterweise zusammen mit den anderen großen Fraktionen.

Ich glaube, für unsere Fraktion sagen zu können: Angesichts der Debatten über Dieselgate, Luftreinhaltepläne und die Verkehrswende allgemein, die wir hier auch führen, haben wir günstige Zeiten für den ÖPNV.

Auch hier darf ich wieder unseren KVB-Chef zitieren, der gesagt hat: Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung setzt das richtige Signal für Investitionen in den ÖPNV. Nie wurde so viel Geld für den ÖPNV in Bewegung gesetzt wie jetzt.

In dieser Lage sind wir als Rat der Stadt Köln in der Verantwortung, die Zukunft unserer Stadt von morgen heute in die Wege zu leiten. Ohne eine leistungsfähige Ost-West-Achse fällt die große Verkehrswende für Köln nämlich aus. Deswegen ist für uns klar: Wir müssen heute die Betriebsqualität auch oberirdisch nach vorne bringen.

Wir schlagen deshalb vor, dass man nicht mehr an jeder Stelle mit dem Auto links abbiegen kann. Das kann man in Köln sowieso schlecht. Warum soll man das auf der Ost-West-Achse alle 50 Meter können?

Wir brauchen auf diesem Stück natürlich eine bessere Rad- und Fußwegequalität. Das ist nur nicht die Entscheidung, die wir heute in der Vorbereitung treffen müssen. Darüber müssen wir im nächsten Schritt reden.

Heute geht es darum, darüber zu sprechen, wie wir den ÖPNV leistungsfähig ausbauen.

Deswegen stimmen wir den Änderungsanträgen in den vorliegenden Fassungen zu und können dann auch den Beschlussfassungen so zustimmen, wenn wir beim Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.6 in Punkt 5 folgende Änderung vornehmen:

> Die Ergebnisse der zusätzlich beauftragten Varianten-Untersuchungen werden ebenfalls veröffentlicht. Auch für diese Alternativen werden die Planfeststellungsverfahren dargestellt und die zeitliche Abfolge der Planungs- und Bauphasen bis zur Fertigstellung erläutert.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen von CDU und Grünen, die angekündigt haben, diesem so zuzustimmen, stelle erfreut fest, innerhalb der Redezeit geblieben zu sein, und freue mich auf die Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bunte Strauß von verschiedenen Anträgen, die sich auf die eine oder andere Art und Weise dem Thema Ost-West-Achse nähern, zeigt eindeutig, dass dieses Thema hier offenbar bisher zu kurz gekommen ist. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir heute die Gelegenheit haben, uns darüber auszutauschen und zu diskutieren.

Der Hauptantrag ist ja kurzfristig eingestellt worden. Er verbindet verschiedene Ansätze, die man durchaus auch kritisch diskutieren kann, eint uns aber darin - das hat der Kollege Pöttgen gerade ausgeführt -, dass wir hier über das Rückgrat des ÖPNV in Köln diskutieren. Wie gesagt, ist das gut so.

Das gibt mir die Gelegenheit - Sie sehen, dass hier nicht die Fachpartie Verkehr für die CDU-Fraktion spricht, sondern die Fachpartie Stadtentwicklung -, einen ganz anderen Aspekt einzubringen. Herr Pöttgen hat ja mehr über die verkehrlichen Belange gesprochen. Ich habe jetzt die Möglichkeit, den Aspekt Stadtentwicklung einzubringen. Stellen wir uns einmal diese Achse so vor, wie sie in 15 oder 20 Jahren aussehen kann - Heumarkt, Neumarkt, Aachener Straße, Rudolfplatz.

Der Rudolfplatz wird, um einmal dort anzufangen, gerade neu gestaltet und erhält ein neues Bild. Damit wird tatsächlich ein ganz anderes Flair vermittelt als durch diese 50er-Jahre-Bebauung. Das heißt: Wir erschließen den öffentlichen Raum ganz anders. Es ergeben sich neue Perspektiven.

Was den Neumarkt angeht, sind leider die Bilder - das ist keine Kritik, sondern nur eine Anmer-

kung, Frau Blome -, die wir dort bisher geschaffen haben, nicht vielversprechend genug. Sie machen keine Lust darauf, sich zum Beispiel vorzustellen, wie man von der Mittelstraße über die Achse Neumarkt in die Schildergasse kommt, und zwar in einer Qualität, wie wir sie bisher nicht haben.

Stellen wir uns den Neumarkt jetzt aber einmal aufgeräumt vor. Wenn wir uns dann dort beim Funkenbiwak wiedertreffen, haben wir da auch Spaß, weil nicht mehr die Verkehre die Veranstaltungen möglicherweise stören können. - Das nur am Rande, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit)

Nehmen wir das alles einmal als Chance, auch im Bereich Stadtentwicklung den Masterplan zu vollenden und abzurunden, sodass wir hier eine ganz andere Qualität im öffentlichen Raum bekommen.

Ich darf nun noch kurz zu den beiden anderen Anträgen Stellung nehmen.

Das in dem einen Antrag behandelte Thema Bürgerbeteiligung ist hier Gott sei Dank sehr positiv begleitet worden - auch vom *Kölner Stadt-Anzeiger,* der, glaube ich, geschrieben hat, das sei die größte Bürgerbeteiligung, die es in Köln bisher gegeben habe. Wie ich gerade hören durfte, läuft das sehr positiv. Es finden viele Gespräche und viele Diskussionen statt.

Deswegen ist es wichtig, dass man alle Daten, die uns irgendwann zur Verfügung stehen, auch öffentlich macht. Daher ist diese Antragsinitiative der Kollegen auch gut und richtig. In einem Änderungsantrag ist sie noch einmal zusammengefasst und etwas präzisiert worden. Das ist also ein richtiger Ansatz.

Bei dem anderen Antrag geht es um die Fragestellung Ratsbürgerentscheid, Bürgerbefragung, wie auch immer. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben das in unserer Fraktion sehr kontrovers diskutiert, weil wir gerade das Thema Bürgerbeteiligung diskutieren oder vorantreiben und es aus unserer Sicht eigentlich der falsche Zeitpunkt ist. Im Zuge der Diskussionen hat aber auch bei uns das Argument die Oberhand gewonnen, dass man sich jetzt schon dieser Frage stellen kann und prüfen kann: Wie sind denn die rechtlichen Rahmenbedingungen? Wie war das damals bei der Einwohnerbefragung zum Godorfer Hafen? - Die Ergebnisse werden wir in den nächsten Monaten erhalten.

Ich kann nur für unsere Fraktion formulieren: Wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ein Mandat bekommen. Ich glaube, dass das sehr komplexe Fragen sind, die wir diskutieren, die wir sehr tief gehend diskutieren, die wir im Übrigen auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung tief gehend diskutieren. Aber letztendlich appelliere ich auch an das Selbstbewusstsein dieses Rates. Wir sollten keine Angst davor haben, eine der wichtigsten Entscheidungen in eigener Verantwortung zu treffen - eine Entscheidung, die eine Jahrhundertentscheidung sein wird. Da kann ich nur an uns alle appellieren. Wir haben ein starkes Mandat bekommen. Das sollten wir auch ausüben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als erster Redner meiner Fraktion will ich mich nur kurz zu den beiden, ich sage einmal, kleineren Anträgen einlassen.

Es ist gut, dass wir es jetzt schaffen, die Informationen, die teilweise den Fraktionen schon zur Verfügung gestellt werden, gerade was den Kosten-Nutzen-Indikator angeht, auch noch einmal in die breitere Öffentlichkeit zu tragen, sodass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung diese Zahlen nicht nur als ein PowerPoint-Chart von vielen veröffentlicht werden, sondern die Informationen auch noch ein bisschen detaillierter werden.

Genauso wichtig ist aber auch, über die Bauzeiten zu reden. Andreas Pöttgen, du hast gerade gesagt, dass wir hier für die nächsten 100 Jahre bauen. Ich hoffe nur, dass wir nicht die nächsten 100 Jahre bauen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher halte ich es schon für wichtig, über Bauzeiten Klarheit zu bekommen und zu wissen, welche Variante eigentlich wie lange dauert.

Zum Thema BürgerInnenbefragung noch so viel: Ja, wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern ein Mandat bekommen, hier zu entscheiden. Es ist auch eine Frage, die viele Menschen draußen umtreibt, glaube ich. Deswegen wäre es zum jet-

zigen Zeitpunkt auch unserer Meinung nach völlig unangemessen, uns schon mit irgendwelchen Varianten an die Bürgerinnen und Bürger zu wenden und sie dazu zu befragen, obwohl wir selber noch gar nicht wissen, mit welcher Variante es denn letztendlich hier im Rat dann auch weitergeht.

Nichtsdestotrotz ist es natürlich richtig, zu schauen, welche Rahmenbedingungen wir denn schaffen können, um den Menschen auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen. Das ist bei uns schon gute Übung. Ich möchte nur Mülheim-Süd, die Parkstadt Süd oder auch den Deutzer Hafen nennen. Dort haben wir auch Formate geschaffen, sodass die Leute sich einbringen konnten. Das kann eine Möglichkeit sein, wie es weitergehen kann. Die andere Möglichkeit kann auch ein Bürgerentscheid nach Gemeindeordnung sein oder auch eine EinwohnerInnenbefragung, wie wir sie beim Godorfer Hafen hatten.

Daher kann ich bezüglich dieser beiden Anträge nur um Zustimmung werben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich rede jetzt zum Punkt 3.1.7.

Nachdem wir jahrelang die Verkehrswende, vor allen Dingen die Ost-West-Achse, im Wachkoma liegen hatten und bei der Vergabe der Machbarkeitsstudie mehrere Jahre vergangen sind, kommt nun langsam einmal richtig Fahrt in die Angelegenheit. „Geht doch!“, möchte man sagen. Aber was dann am Ende realistisch ist, wird sich zeigen.

Man sollte durchaus alle Varianten prüfen. Die Finanzierung hängt dann aber am Nutzen-Kosten-Indikator. Schließlich sind wir darauf angewiesen, dass es eine angemessene Förderung durch den Bund und durch das Land gibt.

Aber auch der städtische Geldsack muss das hergeben. Außerdem müssen die entsprechenden personellen Kapazitäten von Verwaltung und KVB vorhanden sein. Ich verweise darauf, dass wir noch viele weitere Projekte beschlossen haben, beispielsweise die südliche Gürtelstrecke sowie die Anbindung von Stammheim und Flittard.

Auch wenn auf allen Ebenen die Notwendigkeit des Ausbaus des ÖPNV erkannt ist, werden Fördermittel und das benötigte Personal nicht wie Manna vom Himmel fallen.

Herr Pöttgen hat eben gesagt: Noch nie gab es so viel Geld für den ÖPNV wie jetzt. - Ich sage: Noch nie gab es so wenig ÖPNV fürs Geld wie im Moment. Wir bauen momentan für das eingesetzte Geld sehr viel weniger als noch vor Jahren.

Vieles ist vielleicht perspektivisch richtig. Aber zur Wahrheit gehört auch dazu, dass vieles von dem, was heute in den Anträgen steht, erst in 20 bis 30 Jahren fertig sein wird. Die Stadt wächst aber jetzt. Jetzt sind die Kapazitäten in den Bahnen bereits ausgelastet. Bei Flugzeugen würde man sagen, dass man überbucht ist.

Drohende Urteile aufgrund von Gesundheitsrisiken durch den motorisierten Individualverkehr zwingen uns jetzt zum Handeln. Deshalb müssen wir jetzt das Maßnahmenpaket aus dem Programm Köln mobil 2025 weiter profilieren und weiter ausarbeiten.

U-Bahn-Projekte werden unsere Verkehrsprobleme alleine nicht lösen. Die Ost-West-Achse ist ein wichtiges Element. Sie können allerdings viel dazu beitragen.

Viel wichtiger sind für uns folgende Fragen: Wie können wir die Mobilität in den nächsten zehn bis 20 Jahren gewährleisten? Was können wir in einer realistischen Zeit umsetzen, ohne dass uns ein Mobilitätskollaps droht? Wie können wir jetzt die Lebensqualität der Kölnerinnen und Kölner verbessern, und zwar ohne Fahrverbote? Wie können wir den Menschen, die hier leben und arbeiten, ein gutes Angebot zu einer zügigen und umweltfreundlichen Mobilität machen?

Wir hören, dass wir mindestens 40 Prozent mehr Fahrgäste befördern müssen, wenn wir die Ziele von Köln mobil 2025 erreichen wollen.

Wir müssen auch mehr Menschen dazu bewegen, auf das Fahrrad umzusteigen. Viele, die schon umgestiegen sind, beklagen sich über schlechte Fahrradinfrastruktur. Andere beklagen sich, Frau Oberbürgermeisterin, das Radfahren sei in Köln noch zu gefährlich.

Wir wollen und müssen aber diejenigen überzeugen, die jetzt noch mit dem Auto fahren, vor allen Dingen Berufspendler. Ohne eine Änderung

des Mobilitätsverhaltens machen die U-Bahn-Projekte keinen Sinn, weil die gesteckten Ziele der Verkehrswende damit nicht zu schaffen sind. Deshalb haben wir unseren Vorschlag unter Punkt 3 des Antrags eingebracht.

Flankierend zu den Maßnahmen auf der Ost-West-Achse, egal ob ober- oder unterirdisch, müssen jetzt gute Angebote zum Umsteigen gemacht werden. Dafür müssen wir die Strukturen schaffen. Die Voraussetzung dafür ist ein überzeugendes, zukunftsweisendes Gesamtverkehrskonzept.

Das machen uns viele Städte vor. Hier sind zum Beispiel Kopenhagen und Wien zu nennen, aber auch Bordeaux. Die Stadt Bordeaux hat die Hauptbrücke über die Garonne gesperrt, weil sie es im Rahmen ihres Verkehrskonzeptes für erforderlich hält, dass diese Brücke nur noch vom ÖPNV sowie von Fußgängern und Fahrradfahrern genutzt wird. Das hat wunderbar geklappt. Solche Dinge werden in der Stadtgesellschaft auch schon überlegt: Was machen wir eigentlich mit unseren Rheinbrücken? Wofür nutzen wir sie?

Noch ein abschließendes Wort zu dem Antrag: Er ist ja bis zuletzt durch die Fraktionen gegangen. Wir haben uns jetzt darauf verständigt, dass zwei Punkte noch einmal ergänzt werden.

Unter Punkt 3 geht es auch um die Aufwertung der öffentlichen Räume. Denn wenn wir hier umbauen, muss der öffentliche Raum mit aufgewertet werden. Herr Kienitz hat eben auch dazu gesprochen. Das muss ja mehr sein, als nur eine Straßenbahn unter die Erde zu legen. Damit ist es für unsere Begriffe nicht getan.

Im letzten Satz des Antrags muss natürlich die Höhe des Kosten-Nutzen-Indikators mit erwähnt werden; denn das ist für die jeweiligen Varianten von enormer Wichtigkeit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir als Stadt Köln dann, wenn wir keine öffentliche Förderung bekommen, das Ganze aus dem städtischen Budget bezahlen. Dafür fehlt mir momentan ein bisschen die Fantasie. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! In den Vorreden ist schon darauf hingewiesen worden, dass wir hier ein sehr ungewöhnliches Verfahren haben. In diesem sehr ungewöhnlichen Antrag werden heute ganz verschiedene Ansätze, auch gar nicht kompatible Ansätze, zusammengefasst und gemeinsam beantragt - in der Erwartung oder in der Hoffnung, hier eine Mehrheit zu bekommen.

Die FDP hat das Verfahren, in dem die verschiedenen Vorschläge zusammengetragen wurden, ein bisschen moderiert. Ich bin stolz darauf, dass wir es nachher geschafft haben, diese vier Fraktionen, die sich sehr intensiv um die Frage der Ost-West-Achse kümmern, zusammenzubekommen.

Andreas Pöttgen hat das Ganze schon als Jahrhundertprojekt bezeichnet. Es ist sicherlich der wichtigste Beschluss, den wir in dieser Ratsperiode fällen - und möglicherweise weit darüber hinaus.

Wir haben bei diesen Fragen auch nur einen Schuss frei; denn wenn das Ganze einmal gebaut ist und die Zuschüsse verbaut worden sind, ist für die nächsten 40 oder 50 Jahre nicht mehr daran zu deuteln. Deswegen kann man nicht sagen: Wir machen es jetzt erst einmal so; dann schauen wir einmal und schieben vielleicht noch andere Lösungen hinterher. - Wir haben nur einen Aufschlag für dieses Projekt.

Es sind nun einmal verschiedene Varianten in der Diskussion. Deswegen war es uns auch wichtig, diese wirklich einmal prüfen zu lassen. Andreas Pöttgen hat eben dargestellt, wer die Lösung unter dem Rhein hier entsprechend propagiert. Da kann ich sagen: Ja, wenn es irgendwie klappen würde, das zu finanzieren, wäre es sicherlich eine gute Lösung - das will ich gar nicht in Abrede stellen -, eine solche Untertunnelung des Rheins zu haben. Allerdings brauchen wir dafür möglicherweise eine gute Fee oder einen Dukatenesel, weil das mit bisherigen Mitteln eben nicht zu finanzieren ist. Genau darum geht es aber bei der Prüfung. Wir wollen jetzt sehen, ob und inwieweit die Dinge realistisch sind.

Wenn wir, was unser Ziel ist, zum Beispiel im Herbst über diese Frage entscheiden wollen, brauchen wir als Rat klare Daten und eine klare Entscheidungsgrundlage. Dann hilft es eben nicht mehr, auf einen weiteren Vorschlag zu verweisen, der noch nicht geprüft worden ist, und diesen Vorschlag wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Denn dann liegen die Berechnun-

gen vor, und man kann sich nur noch mit den realistischen Möglichkeiten beschäftigen.

Deswegen kann ich mir auch gut vorstellen, den von der CDU eingebrachten Vorschlag aufzugreifen, das Ganze etwas zu reduzieren und zu schauen, für welche Strecke der volkswirtschaftliche Nutzen bei 1,0 liegt. Vielleicht ist die Strecke nach Melaten ja zu weit. Von der Verwaltung wurde im Rahmen der Varianten auch mehrfach eine U-Bahn unter der Zülpicher Straße hindurch geplant. Eine solche U-Bahn hat eigentlich keiner bestellt. Sie belastet unter Umständen den Verkehrswert. Möglicherweise kommt am Ende ja heraus, dass das, was die CDU hier in die Debatte eingebracht hat, das am ehesten zu Finanzierende ist.

Wir selbst als FDP haben einen Vorschlag eingebracht, den ich auch für sehr prüfenswert halte. Die SPD möchte den Tunnel ja in Richtung Osten unter dem Rhein hindurch verlängern. Wir schlagen hingegen vor, zu prüfen, wie der Tunnel in Richtung Westen, also in Richtung Lindenthal, verlängert werden kann. Lindenthal ist schließlich die einzige - in Anführungszeichen - „Bezirkshauptstadt“ in Köln ohne eigenen Bahnanschluss, weil die Linie 7 nur außen herumfährt und lediglich Busse - 136, 146 - nach Lindenthal hineinfahren. Wie können wir diesen Verkehrswert nutzen und möglicherweise mit einer Verlängerung der U-Bahn in Richtung Lindenthal mit Haltestellen in Höhe der Herbert-Lewin-Straße und der Klosterstraße und am Ende bis zum Gürtel möglicherweise die Förderfähigkeit einer Ost-West-U-Bahn verbessern? Das ist unser Ansatz, den wir entsprechend geprüft haben möchten.

Wir wissen, dass wir der Verwaltung eine ganze Menge damit zumuten, das über die Sommerpause zu prüfen. Ich schaue in die leidenden Augen der Verkehrsdezernentin, die diese Wünsche nachher erfüllen muss. Frau Blome, ich glaube aber, dass wir nachher im Dialog mit der Verwaltung eine Lösung hinbekommen werden. Erst einmal müssen wir allerdings sehen, was entsprechend machbar ist.

Schließlich wollen wir den Zeitrahmen auch nicht sprengen. Wenn gesagt wird, dass jetzt möglicherweise Geld da ist, wollen wir ja - - Es ist doch schon bedauerlich, dass die Stadt Köln überhaupt keine Pläne für andere Projekte in der Schublade hat, sodass man einmal Geld abrufen könnte. Wir wollen hier ja nicht den Anschluss verpassen

(Beifall bei der FDP)

und sehen, dass wir umsetz- und baubare Beschlüsse bekommen.

Im Herbst wird es dann die Entscheidung geben müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch von den Fraktionen, die sich hier einen U-Bahn-Bau vorstellen können - da habe ich Andreas Wolter gerade auch sehr gerne zugehört -, dann muss man sich auf eine Variante verständigen. Denn keiner hat mit seiner Fraktion die absolute Mehrheit und kann hier etwas durchdrücken. Es hilft auch nichts, das Ganze mit knappen Mehrheiten von beispielsweise einer Stimme zu beschließen. Bis so etwas gebaut wird, finden noch viele Kommunalwahlen statt, sodass wir in Köln noch viele Koalitionswechsel erwarten können. Das sagt zumindest meine Erfahrung, die ich in den letzten 19 Jahren hier gesammelt habe. Das heißt: Die Fraktionen insbesondere der Volksparteien müssen sich hier zusammenraufen und sehen, auf welche Variante wir uns verständigen können.

Zu den beiden anderen Anträgen ist viel Richtiges gesagt worden.

Die Frage, wie wir die Bürger über das Verfahren, das wir jetzt haben, einbinden, sollten wir dann entscheiden, wenn wir uns für eine Variante entschieden haben. Wir müssen die Bürger auf jeden Fall bei einer solchen Entscheidung mitnehmen, weil sie die Stadt über Jahre und Jahrzehnte prägen wird. Deswegen sollten wir das später noch einmal aufrufen.

Auch die Frage der Kosten-Nutzen-Analyse ist hier mit einem richtigen Änderungsantrag aufgegriffen worden. Daher können wir uns diesem Änderungsvorschlag auch anschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat jetzt das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich hätte ich gerne zu jedem Antrag zehn Minuten gesprochen. Ich versuche es aber in sieben Minuten.

Unser Antrag zur Kosten-Nutzen-Analyse ist zwar erwähnt worden, aber leider auch ein bisschen untergegangen. Daher möchte ich als ursprünglicher Antragsteller der Ratsgruppe GUT noch einige Erläuterungen dazu geben. Die Er-

gebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse werden in der Presse immer wieder erwähnt. Das ist ein wichtiger Faktor in der Diskussion darüber, für was wir uns später entscheiden; denn die dort ermittelten Kennzahlen sind natürlich wichtig für eine mögliche Förderfähigkeit der einzelnen Varianten.

Diese Zahlen sind aber nur deshalb an die Öffentlichkeit gelangt, weil sie aufgrund eines Durchstechens von einzelnen Mitgliedern größerer Fraktionen die Presse erreicht haben. Sie sind nie öffentlich gemacht worden. Daher zielt unser Antrag darauf ab, dass sie nun auch öffentlich gemacht werden, weil sie natürlich elementarer Bestandteil einer Bürgerbeteiligung sein müssen. Gerade wenn sich Teile der Verwaltung schon eindeutig auf favorisierte Lösungen festlegen, muss es eine faire Möglichkeit geben, diese Aussagen zu bewerten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher ist es sehr wichtig, dass diese Zahlen öffentlich gemacht werden.

In diesem Zusammenhang wird aber auch immer erwähnt, das Spiekermann-Gutachten sei nicht mehr so wichtig, weil man darauf hofft oder spekuliert, dass sich die Förderrichtlinien vielleicht einmal ändern werden. Dazu haben wir auch eine Anfrage im Verkehrsausschuss gestellt. Ich bitte Frau Blome, sie zur nächsten Sitzung zu beantworten und darzustellen, ob es überhaupt irgendwelche handfesten Belege dafür gibt, dass in Aussicht gestellt ist, dass sich bis zu unserer Beschlussfassung tatsächlich etwas am Förderrichtlinien-Horizont ändern wird.

Die neuen Vorschläge, die hier eingebracht worden sind oder die später nach dem Ratsbeschluss eingebracht werden, bitten wir natürlich auch anhand der gleichen Kriterien zu prüfen wie die bislang eingebrachten Vorschläge. Denn nur so kann man die bislang vorgelegten Vorschläge mit den neuen Vorschlägen für Varianten später auch vergleichen. Und wenn man neue Parameter ansetzt, muss man natürlich die alten Vorschläge auch noch einmal neu prüfen, damit das fair miteinander vergleichbar ist.

Zur Bürgerbefragung bzw. Einwohnerbefragung: Wir halten die Bürgerbeteiligung so, wie sie jetzt läuft, nicht für das beste aller Verfahren. Wir finden es gut, dass es ein so aufwendiges Verfahren gibt. Wir hatten aber auch schon bessere Verfahren. Etwa das Verfahren zum Heliosgelände war wesentlich besser. Dort gab es auch keine derartige Beeinflussung durch die Medien oder die Verwaltung, wie das jetzt bei diesem Verfahren der Fall ist.

Daher haben wir auch große Zweifel an der Methodik. In diesem Bürgerbeteiligungsverfahren soll ja am Ende eine Empfehlung abgegeben werden. Der Rat kann dieser Empfehlung dann folgen oder auch nicht. Dort wird aber eine Empfehlung abgegeben, ohne die vier neuen Varianten mit zu diskutieren.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Deswegen ist das Ergebnis dieser Bürgerbeteiligung eigentlich vollkommen irrelevant, weil die Bürgerinnen und Bürger die neuen Varianten gar nicht mit berücksichtigen können und dürfen.

In dem Verfahren fehlen auch die Zahlen; das habe ich gerade schon erwähnt.

Was die von uns angeregte Einwohnerbefragung angeht, gebe ich natürlich den Mitantragstellern recht. Vor dem Hintergrund neuer Varianten ist der Zeitpunkt jetzt vielleicht zu früh. Man sollte davor aber auch keine Angst haben. Die Befragung zum Godorfer Hafen ist damals nur aufgrund des Quorums und der Tatsache, dass das Thema natürlich sehr speziell war, gescheitert. Zum Thema Ost-West-Achse wäre sicherlich mit einer wesentlich höheren Beteiligung zu rechnen - zumal, wenn man ein Quorum abschafft, weil die Leute dann auch wissen, dass ihre Entscheidung tatsächlich eine relevante Entscheidung ist. Daher möchte ich ausdrücklich dafür plädieren.

Über die Fragestellung, zu der die Einwohner dann befragt werden, kann man natürlich diskutieren. Das ist ja auch Teil unseres Prüfauftrags. Wir wollen natürlich nicht irgendeine Befragung, sondern eine, die tatsächlich Sinn macht, weil wir davon ausgehen, dass in diesem Fall die Akzeptanz der Entscheidung später wesentlich höher ist als dann, wenn man die Bürger nicht zu dem Thema befragt.

Von mehreren Rednern wurde hier gesagt, dass wir mit unserem Ratsmandat auch das Mandat haben, die Sache zu entscheiden. Natürlich stimmt das. Im Regelfall würde ich auch davon ausgehen. Ich möchte auch nicht zu jeder Frage eine Einwohnerbefragung haben - aber bei diesem relevanten Thema schon.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal an Godorf erinnern. Eines darf nämlich nicht passieren. Herr Sterck hat gerade angedeutet, dass man für irgendeine Variante dann einmal eine breite Mehrheit finden muss. Es darf eben nicht so passieren wie bei Godorf, dass es schlicht

keine Mehrheit gibt, weil die Koalitions- und Kooperationspartner sich in dieser Frage nie einig werden, seit Jahrzehnten nicht. Es darf aber auch nicht passieren, dass irgendeine Mehrheit zustande kommt aufgrund ganz anderer Überlegungen, die mit der eigentlichen Sache vielleicht gar nichts zu tun haben.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Deswegen wäre es schön, wenn ein Vorschlag vorbereitet würde, über den die Bürger dann tatsächlich entscheiden könnten. Wenn sie positiv darüber befinden, kann man auch von einer hohen Akzeptanz der Entscheidung ausgehen.

Ein Letztes zu den neuen Varianten: Eigentlich sollten die besten Vorschläge in dieser Angelegenheit ja von der KVB und aus dem Verkehrsdezernat kommen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das glaube ich nicht!)

Schließlich ist es ihr Job, Menschen zu bewegen. Sie haben ja auch Vorschläge gemacht.

Nun bringt die Politik einige neue Vorschläge ein. Diese sollen nun auch noch alle geprüft werden.

Wir bedauern es, in diesen Prozess nicht eingebunden worden zu sein. Wir hätten uns gerne auch noch neue Vorschläge ausgedacht, die dann noch mit hätten geprüft werden können - zum Beispiel das Hyperloop-Verfahren von Tesla. Das ist eine interessante Geschichte - quasi eine Rohrpost mit 1 200 Kilometern pro Stunde. Da werden Sie vielleicht lachen. Die FDP in Berlin fordert aber, das zu prüfen, und Frankreich hat den Zuschlag für eine Teststrecke bekommen.

Spaß beiseite: Die neuen Varianten mögen geprüft werden - aber dann bitte auch zu den gleichen Bedingungen wie bei den bisherigen Varianten. Ich hoffe, dass wir dann - ich glaube nicht an eine Beschlussfassung im Herbst; das halte ich für vollkommen unrealistisch; die neuen Varianten werden alles nur weiter verzögern - möglichst bald zu einer Entscheidung kommen können. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne bei Herrn Sterck beginnen. Er hat selbst zugegeben, dass der unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 vorliegende Antrag viele Ambivalenzen und Widersprüche enthält. Das sieht man direkt, wenn man ihn sich anschaut.

Der Antrag ist aber nicht nur in sich widersprüchlich. Er ist auch unseriös und demotivierend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will ganz kurz ausführen, warum ich zu diesem relativ scharfen Urteil komme. Er ist deswegen unseriös, weil Sie der Verwaltung jetzt einen riesigen Katalog mit Machbarkeitsstudien auf den Weg geben, obwohl Sie nicht ernsthaft daran glauben können, dass es möglich ist, für den Kapitalisten-Schlitten nach Lindenthal oder den Tunnel unter dem Rhein oder was auch immer eine seriöse Machbarkeitsstudie bis September dieses Jahres hinzubekommen. Das ist völlig unrealistisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kommt ein zweiter Punkt hinzu, Herr Sterck. - Eigentlich kann ich das auch allen sagen; da muss ich mich nicht auf Herrn Sterck beziehen. Morgen und übermorgen tagen die Bürgerinnen und Bürger wieder für sechs Stunden zu den fünf Varianten, die die Verwaltung vorgelegt hat. Zwar kann man jetzt sagen, dass es nicht richtig war, diese fünf Varianten vorzulegen. Aber man kann doch den Bürgern nicht zumuten, dass sie morgen früh in der Zeitung lesen, die Stadt prüfe jetzt vier neue Varianten, während sie morgen und übermorgen nur über fünf Varianten sprechen dürfen. Wie absurd ist das denn? Wie kann man denn Bürgerbeteiligung organisieren? So verprellt man doch die Leute. Das kann man doch nicht machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN, der AfD und der Ratsgruppe GUT)

Weil wir gerade bei der Bürgerbeteiligung sind, darf ich noch einmal kurz an die Auftaktveranstaltung erinnern. Das fand ich schon ein starkes Stück. Ich bin froh, dass Herr Harzendorf dort gewesen ist. Jetzt ist er leider nicht hier. Sonst würde ich ihn dafür noch einmal loben.

(Zuruf: Die Chefin ist doch da!)

Ist er da? - Nein. Ich wollte aber Herrn Harzendorf loben. Darf man ihn nicht loben?

(Beigeordnete Andrea Blome: Doch!)

Man darf ihn auch in Abwesenheit loben. Denn Herr Harzendorf hat sich wirklich bemüht, seine Meinung zu der Frage, was die beste Variante ist, zurückzuhalten.

Und jetzt kommt es: Da muss ich Frau Blome - die Dame zuerst - und Herrn Fenske schon sehr stark kritisieren; denn sie haben auf dieser Veranstaltung ihre Zeit genutzt, um 20 Minuten lang ein Plädoyer für einen Tunnel zu halten. Das ist einfach nicht richtig. Man muss da schon neutral sein. Man muss das neutral darstellen und den Leuten sagen: „Das sind die Vorteile; das sind die Nachteile“, anstatt einen Propagandavortrag zu halten. Das ist wirklich nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Ost-West-Achse gibt es natürlich ganz viel zu sagen. Ich versuche, das hier im Schweinsgalopp durchzugehen.

Selbstverständlich ist es richtig, dass wir die Ost-West-Achse ertüchtigen. Wir brauchen mehr Kapazität. Das alles müssen wir machen, und zwar oberirdisch. Wir müssen gucken, dass die Bahn den absoluten Vorrang bekommt. Das kann schneller realisiert werden als ein Tunnel, und die Kapazität ist die gleiche.

Alles das ist hier bekannt. Aber jetzt wird so getan, als sei es nicht wahr.

An dieser Stelle darf ich Herrn Harzendorf zum zweiten Mal loben. Auf vielen Veranstaltungen hat Herr Harzendorf immer wieder gesagt: Was die Kapazität angeht, gibt es keinen Unterschied zwischen oben und unten; es ist die gleiche Kapazität.

Das hat Herr Harzendorf immer wieder gesagt. Da auch der Fahrzeitgewinn nur marginal ist, gibt es auf den ersten Blick keinen objektiven Grund dafür, diese Bahn im Untergrund verschwinden zu lassen.

Der einzige Grund, der dafür spricht, ist die Bevorzugung des Autoverkehrs. Die U-Bahn soll nach unten, damit das Abbiegen von der Cäcilienstraße auf die Nord-Süd-Fahrt schneller erfolgen kann, weil dann die Bahn dort nicht mehr stört. Und das ist eine Zweckentfremdung von Fördermitteln für den ÖPNV, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Pöttgen, ich möchte noch einmal auf Ihren absurden Vorschlag der Rhein-Untertunnelung zu sprechen kommen. Sie sagen - was ja schon dreist genug ist -: Fördermittel gibt es nicht; deshalb warten wir, bis wir in Berlin die absolute Mehrheit haben; dann beschließen wir das. - Diese Argumentation kenne ich ein Stück weit auch aus meinen Zirkeln.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß aber nicht, ob es unbedingt vernünftig ist, sie in dieser Frage hier auf den Tisch zu legen. Denn Sie müssen mir einmal erklären, Herr Pöttgen, wie Sie mit dieser Variante dem Zuschussgeber überhaupt unter die Augen treten wollen. Sie haben doch die Kapazität dann schon um 50 Prozent erhöht. Sie sagen: Wir verlängern jetzt die Bahnsteige und machen sonst gar nichts. - Man kann noch darüber diskutieren, ob man die Nordumfahrung des Neumarkts zurückbaut. Das ist alles richtig. Dabei handelt es sich um eine alte Juso-Forderung. Das können wir alles jetzt machen. Aber der Kern Ihres Vorschlags ist doch: Wir erhöhen jetzt die Kapazität.

Dann haben wir im Jahre X - sagen wir einmal: in 2023 - die Kapazität, die wir brauchen. Wir haben also gar nicht mehr das Zusatzpotenzial, um dann noch einmal an eine Förderung überhaupt zu denken.

Machen Sie doch bitte nicht diesen Fehler, und streuen Sie den Leuten nicht irgendwelche Bilder einer Flussuntertunnelung wie in Prag oder Moskau oder sonst wo wie Sand in die Augen.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT)

Das ist doch schlicht und ergreifend unseriös. So etwas hat die SPD auch nicht nötig. Lassen Sie uns doch vernünftig schauen, wie wir das, was die Jusos schon in den 80er-Jahren gefordert haben, jetzt umsetzen können. Genau so ist es doch. Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass es einen ordentlichen Neumarkt gibt.

Wir brauchen keinen Tunnel, um die Nordumfahrung des Neumarkts zu verhindern und die Autos von der Nordseite wegzuholen. Das wissen Sie genauso gut wie ich, Herr Pöttgen.

Wir stehen - um es noch einmal zu sagen - absolut dazu, dass die Ost-West-Bahn ertüchtigt wird. Ich möchte aber doch noch auf einen Punkt hinweisen. Das war auch ein großer Fehler in Ihrer Argumentation. Es tut mir leid, dass ich mich jetzt ein bisschen an Ihnen abarbeiten muss. Aber Sie haben gesagt: Wir können diese Ver-

kehrswende ohne die Ost-West-Bahn nicht schaffen.

Da machen Sie einen riesigen Denkfehler. Wir müssen nämlich gleichzeitig in der Peripherie ausbauen. Wir dürfen die Stadtteile nicht vergessen, denen Sie seit 50 Jahren versprechen, dass sie einen Stadtbahnanschluss bekommen. Der Stadtbahnanschluss in Neubrück ist jetzt total von der Agenda heruntergefallen, und zwar auch deshalb, weil Sie sich in die Ost-West-Bahn vernarrt haben und sich damit ein Denkmal setzen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, dass die Redezeit eigentlich zu Ende ist. Lassen Sie mich aber bitte eine Minute oder eine halbe Minute in die Verlängerung gehen; denn ich möchte noch etwas zu Herrn Kienitz sagen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich gebe dir meine restlichen Minuten! Im Gegensatz zu dir habe ich mich ja kurzgefasst!)

- Vielen Dank. - Es geht jetzt nämlich auch um Stadtentwicklung, Herr Kienitz. Sie haben ja gesprochen, weil Ihnen die Stadtentwicklung am Herzen liegt. Das glaube ich Ihnen auch aufs Wort. Ich bin wirklich der Meinung, dass Ihnen das am Herzen liegt. Sie denken in dieser Sache aber nicht konsequent. Denn bei der Prüfung, was an U-Bahn realistisch ist und was unrealistisch ist, wird maximal Folgendes herauskommen: ein Tunnelmund vor dem Rudolfplatz, ein Tunnelmund im Mauritiussteinviertel, ein Tunnelmund auf dem Heumarkt.

Sie müssen mir einmal erklären, wieso es für insgesamt 1 100 Meter drei Tunnelmunde gibt. Das ist spitze auf der ganzen Welt. So viel Tunnelmund für 1 100 Meter U-Bahn kriegen Sie nie wieder.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT)

Damit zerstören Sie das Mauritiussteinviertel. Jetzt können Sie sagen: Wir graben so lange, wie wir Geld haben, und kommen eben noch unter dem Ring hindurch. - Nun haben wir gerade gestern mit Geschäftsleuten, potenziellen Wählern der CDU, gesprochen. Sie schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, Herr Kienitz, wenn sie sehen, dass vor ihrer Tür ein Tunnelmund entstehen soll. - Ja, die Redezeit ist abgelaufen. Entschuldigen Sie bitte. Ich war gerade so in Rage. Aber ich bitte Sie, Herr Kienitz, noch einmal darüber nachzudenken.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir sollten dann einmal darüber befinden, ob übertragene Redeminuten, die die Geschäftsordnung eigentlich nicht vorsieht, nur zu unterstützenden Reden benutzt werden dürfen oder auch zu Gegenreden. - Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, ich bin direkt angesprochen worden! Darf ich antworten?)

- Es gibt nur Zwischenfragen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Ich habe tatsächlich auch eine Frage an den Kollegen Weisenstein!)

- Aber die Zwischenfrage ist nicht mehr möglich, weil der Wortbeitrag beendet ist. - Herr Hegenbarth hat jetzt das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er steht aber schon seit fünf Minuten hier!)

- Also wirklich, bei aller Liebe: Hier gehen und stehen viele Menschen während der Ratssitzung. Wenn wir uns auf eine andere Disziplin einigen, geht das sehr gerne. Aber das ist für mich nicht ersichtlich.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es kurz. Michael Weisenstein kann ich in seiner Emotion heute nicht toppen. Aber in einem Punkt hat er doch recht. Heute haben wir es schon mit einem bemerkenswerten Vorgang zu tun. Der Rat hat sich hier eine ausgesprochene Fachdiskussion an Land gezogen. Dabei geht doch einiges unter. Das Thema Beteiligungskultur wurde schon angesprochen. Ich hoffe nicht, dass auch noch ein paar andere Vorschläge im wahrsten Sinne des Wortes untergehen werden.

Weil wir in den nächsten Monaten ja viel diskutieren, nutze ich ganz kurz die Möglichkeit, auf unsere Veranstaltung am 29. Mai 2018 „Fahrscheinfreier Tag und andere Visionen der Kölner

Verkehrsplanung“ hinzuweisen, bei der es auch um die Ost-West-Achse geht. Die Verkehrsdezernentin und Herr Fenske werden auch dabei sein, zudem Herr Professor Monheim und diverse andere hochkarätige Leute.

Insoweit freue ich mich schon darauf. Ich hoffe, da auch ein paar Ratsmitglieder zu sehen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Doch! Ich würde mich dann gerne noch einmal melden!)

- Gut. Dann gehen wir jetzt in die zweite Runde. Bitte sehr.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn ich das nicht von unten als Zwischenfrage machen darf, mache ich es in dieser Form, weil mir tatsächlich eine Frage gestellt worden ist, die ich auch direkt beantworten möchte.

Ich möchte dringend davor warnen, lieber Kollege Weisenstein, so zu tun, als würde die Innenstadt-Investition Ost-West-Achse irgendetwas in der Peripherie aufhalten oder verhindern. Damit macht man nämlich das, was in dieser Stadt gefährlich ist, indem man so tut, als sei der Stadtrand abgehängt, weil der Stadtrat sich nur um die Innenstadt kümmere.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist gefährlich, wenn wir diesen Weg weitergehen. Das stimmt nämlich einfach nicht.

Ich habe gesagt: Die Ost-West-Achse funktioniert und ist für die Verkehrswende zentral, weil wir auch andere Kapazitäten auf die Linie bringen und andere Projekte ausbauen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann zu?

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr gerne.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Du hättest den Satz auch noch zu Ende bringen können; so dringend ist es nicht. - Eine Zwischenfrage: Wir wissen, dass die CDU in der Tendenz eher für einen Tunnel ist. Wir wissen, dass die Grünen in der Tendenz eher dafür sind, oben zu bleiben. Es wäre für eine Mehrheitsfindung natürlich sehr wichtig, wie die SPD sich positioniert. Kann es sein, dass der Vorschlag der SPD aus der Not geboren ist, sich nicht für eine Variante und dafür, welcher Fraktion man zur Mehrheit verhilft, entscheiden zu können?

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Andreas Pöttgen (SPD): Ich bedanke mich für die Zwischenfrage. Die Reaktion hat ja auch gezeigt, dass es vielleicht gar nicht mehr um die konstruktive Lösung des Problems geht, weil dieses Bündnis sich derart zerlegt hat - über Karnevalskostüme, die an Weiberfastnacht präsentiert werden, und sonstige öffentliche Festlegungen -, dass es gar nicht mehr möglich ist, über eine zukunftsfähige Stadt Köln zu diskutieren. Das ist ja die Schande von Schwarz-Grün an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und die Schande der SPD ist, nicht zu wissen, was sie will!)

- Ich glaube, Herr Frank, es ist nicht Ihr Tag heute, oder? Es ist wirklich nicht Ihr Tag.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Deiner aber auch nicht! - Das sagt der Richtige!)

Ich fände es total schön, wenn wir darüber diskutieren könnten - das haben ja andere Redner heute getan -, das einmal ernst zu nehmen und zu überlegen. Ich meine, wie ernst sollen wir denn irgendwelche 1 200-km/h-Vorschläge nehmen, die du hier einbringst, wenn du dann sagst, der Rheintunnel, der einmal im Wahlprogramm der CDU stand, sei eine Spinnerei? Lass uns das doch inhaltlich diskutieren.

Die SPD macht das Angebot, über Wiener Verhältnisse zu reden. Deswegen habe ich mich eben auch gemeldet. Der Kollege Weisenstein ist ja jemand, der mit mir über einen umlagefinanzierten ÖPNV sprechen möchte. Mit der Gruppe BUNT diskutieren wir über fahrscheinlosen ÖPNV. An meinem Geburtstag, am 3. Juni, haben wir dieses Jahr einen fahrscheinlosen Tag

bei der KVB. Wir sind doch in der Diskussion über die Fragestellung: Wie verändern sich eigentlich die Ticketsysteme? Wie verändert sich denn die Nutzung? Wie funktioniert die Mobilität der Zukunft?

Wir haben das bei uns so diskutiert, dass wir jetzt sagen: Wir brauchen, damit wir über Wiener Verhältnisse und über günstigen ÖPNV reden können, mehr Kapazität.

Wenn wir den Folien der KVB Glauben schenken dürfen, ist die Bahn bei der Eröffnung des Tunnels oder der oberirdischen Strecke - das ist egal, wie wir heute dankenswerterweise wieder gehört haben - genauso voll, wie sie es heute ist. Das ist doch kein Quantensprung. Da diskutieren wir über 26 Prozent ÖPNV-Anteil. Dann sind wir auf 100 Jahre festgenagelt. Weiter geht es nicht.

Deswegen frage ich DIE LINKE: Wie wollen wir denn tatsächlich über günstigen ÖPNV diskutieren? Ich finde die KVB heute sehr teuer. Wie wollen wir denn darüber diskutieren, wenn wir gar keinen Platz in den Bahnen haben?

Deswegen bitte ich doch sehr darum, das jetzt ernst zu nehmen, was wir hier beschließen, da ergebnisoffen weiter zu diskutieren, uns das anzugucken und dabei konstruktiv zu bleiben. Ich fand es nämlich eigentlich sehr schön an der Initiative heute, dass wir da mit einem breiten Bündnis nach vorne gehen. Vielen Dank auch an die FDP, die das möglich gemacht hat! Ich würde mir wünschen, dass Schwarz-Grün da am Ball bleibt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Weisenstein vorliegen. Danach würde ich gerne Frau Blome und Herrn Fenske zu Wort bitten. Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Meine Wortmeldung hat sich fast erledigt; denn ich hätte gerne eine Einschätzung von Frau Blome und Herrn Fenske zu der Frage, wie realistisch es ist, so umfangreiche Machbarkeitsstudien bis zum September dieses Jahres vorzulegen. Das ist meine Frage an die Verwaltung.

Außerdem habe ich die Bitte, dass wir über den unter TOP 3.1.7 vorliegenden Antrag nach Punkten getrennt abstimmen und insbesondere über den Punkt 3, der als Vorschlag der Grünen bezeichnet ist, einzeln abstimmen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich für die KVB und für uns sagen: Wir sind eigentlich total glücklich. Warum sind wir glücklich? Weil man - nicht nur Sie, sondern die Stadtgesellschaft an sich - dem Thema ÖPNV so viel Aufmerksamkeit schenkt. Das war bisher nicht der Fall. In der Vergangenheit hatten wir vielleicht auch etwas zu wenig Aufmerksamkeit. Jetzt haben wir aber auch eine rege Beteiligung in dem Bürgerbeteiligungsverfahren. In den Konsultationsformaten finden sehr ernsthafte Auseinandersetzungen mit diesem Thema statt. In diesem Rahmen werden auch Vorschläge gemacht. Das Ganze geht also weit darüber hinaus, dass man über die fünf Vorschläge diskutiert, die die Verwaltung vorgelegt hat.

Ich möchte jetzt nicht auf alle Punkte eingehen. Das würde ja viel zu weit führen.

Natürlich haben wir auch Sorgen. Wir haben Sorgen, dass wir in der Kürze der Zeit hier keine entsprechend fundierten Ergebnisse vorlegen können. Wir können schon Ergebnisse vorlegen. Diese Ergebnisse genügen aber natürlich keiner vertieften Planung. Das ist ganz klar. Ich muss es noch einmal sagen.

Wir haben aufgrund eines Ratsbeschlusses, den wir abgearbeitet haben und in dessen Rahmen wir uns als Verwaltung noch bewegen, zwei Aufträge erteilt - einen Auftrag an einen Verkehrsplaner, der die Oberflächenlösung hinsichtlich der Abwicklung aller Verkehre untersucht hat, und einen Auftrag an einen weiteren Planer, der sich mit dem städtebaulichen und straßenräumlichen Kontext beschäftigt hat.

Wir haben keine Ingenieurplanung vergeben. Wir prüfen im Moment mit Bordmitteln und haben auch das, was wir Ihnen jetzt an Zahlen, Daten und Fakten geliefert haben, mit Bordmitteln geprüft. Hergeleitet haben wir es aus anderen Großprojekten, aus U-Bahn-Projekten, aus aktuellen Projekten. Sie wissen ja, dass ich persönlich da sehr viel Erfahrung mitbringe, sodass ich überhaupt Zahlen, Daten und Fakten liefern kann und mich damit auch noch in einem entsprechenden Korridor bewege. Denn Sie müssen

und dürfen von mir erwarten, dass ich jetzt nicht ganz in die Unseriosität abdrifte.

Insofern haben wir das Thema, wie es jetzt weitergeht. Ich würde gerne mit Ihnen im Dialog bleiben und jetzt nicht ins stille Kämmerchen gehen, um dann im September 2018 wiederzukommen, weil wir tatsächlich noch einmal mit Ihnen über Folgendes sprechen müssen: Welche Grundlagen haben wir? Wie qualitativ sind die Ergebnisse? Was können wir bis September dieses Jahres leisten? Was kann man dann auch als nicht endgültige, aber als gewisse Parameter in einen Planungswettbewerb hineingeben?

Denn das Allerwichtigste ist für uns, dass wir jetzt einen Planer finden und dass wir ein europaweites Vergabeverfahren starten können. Alleine das dauert ja schon sehr lange. Vorlaufend noch weitere technische Machbarkeitsstudien zu beauftragen, würde auch entsprechend lange dauern, weil sich auch dies sicher in einem europaweiten Kontext bewegen würde.

Also: Was ist bis September 2018 tatsächlich machbar? Darüber will ich gerne weiter mit Ihnen im Gespräch bleiben. Was ist mit der Zuverlässigkeit von Kostenprognosen? Und was ist mit der Zuverlässigkeit von Zeitfenstern? Auch das sollen wir Ihnen ja für die einzelnen Varianten noch herleiten. Da ist sehr viel Blick in die Kristallkugel dabei. Es wäre natürlich fatal, wenn wir jetzt ganz an den Anfang zurückfallen würden.

Ich bin aber davon überzeugt, dass wir einen guten Weg finden. Wir finden nämlich Wege, mit ganz groben Kostenannahmen schon das Ergebnis zu ermitteln, das auch aus Sicht der Verwaltung der Dreh- und Angelpunkt ist, nämlich: Was ist förderfähig, und was ist nicht förderfähig?

Das werden wir liefern. Wir sind jetzt schon dabei, das zu tun. Hier sind ja auch Vorschläge dabei, die nicht erst heute gekommen sind, sondern die wir schon länger im Hause haben. Wir haben auch schon gesagt, dass wir bereits dabei sind, uns damit zu beschäftigen.

Im Grunde genommen haben wir jetzt eine Kernstrecke, sage ich einmal, mit einem Westast und einem Ostast. Auf dieser Basis kann man auch gut weiterarbeiten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: U-Bahn unter dem Rhein nicht vergessen!)

- Das ist der Ostast.

Insofern sind wir auch tatsächlich glücklich und begeistert, nämlich darüber, dass man sich jetzt auch überlegt: Wie können wir das U-Bahn-Netz in Köln insgesamt, also über das eigentliche Projekt Ost-West-Achse hinaus, weiterentwickeln?

Wir haben Ihnen hier allerdings ein konkretes Projekt vorgelegt. Ich sage immer, dass ich es vorgefunden habe, als ich Anfang letzten Jahres in Köln begonnen habe. Dieses Projekt hat einen Anfang und ein Ende. Es ist aus dem Masterplan hergeleitet worden. Auch der Masterplan spricht bereits von Zukunftsoptionen. Dort ist das Thema Rheinquerung ja auch schon hinterlegt.

Insofern können wir auf diesem Weg gerne gemeinsam weitermachen. Das werden wir auch tun. Um gemeinsam daran zu arbeiten, müssen wir uns zumindest noch im Juni dieses Jahres treffen. Ich werde Sie ansprechen, damit wir dann hier zusammenkommen.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in dem Antrag angesprochen wird, ist die verbindliche Auskunft, inwieweit Zuschussgeber bereit sind, Förderbedingungen in absehbarer Zeit zu ändern. Die Frage ist, was man unter „in absehbarer Zeit“ versteht. Selbstverständlich habe ich gesagt, dass gerade für die Zukunft und die Weiterentwicklung dieser Kernstrecke nach Osten und nach Westen - - Das ist ja auch ein Zeitkorridor, der noch recht weit entfernt ist. Wir müssen immer mit acht Jahren Planungszeit rechnen. Dann haben wir natürlich eine neue Welt und wahrscheinlich auch noch einmal eine Neubewertung der Förderfähigkeiten, gerade was Großstädte betrifft. Die wachsenden Städte stehen vor riesigen Herausforderungen. Ich denke schon, dass der Bund das auch berücksichtigen wird. Der Bund ist hier unser Ansprechpartner, weil der Bund aufgrund der Größenordnung dieses Projektes federführend ist.

Im Hier und Jetzt kann ich sagen: Die Verfahrensanleitung für die Standardisierte Bewertung ist 2016 gerade erst novelliert worden. Wir führen die Standardisierte Bewertung natürlich auftragsgemäß durch und fragen noch einmal all die Dinge an, die Sie hier als Mischfinanzierung oder Drittmittel bezeichnen. Absehbar werden wir aber nicht in Kürze - das heißt: in den nächsten zwei, drei Jahren, wenn wir hier mit sehr viel Energie weiterplanen müssen - plötzlich ganz neue Förderbedingungen vorfinden.

Insofern sage ich vielen Dank für das Engagement für den ÖPNV in Köln. Solange sich alle einig sind, dass wir irgendwann in diesem Jahr einen Planungsbeschluss brauchen, damit wir hier

in die vertiefte technische Planung hineingehen können, bin ich ganz an Ihrer Seite. Ich freue mich auf die weiteren Ergebnisse. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Fenske hat jetzt das Wort.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Vielen Dank. - Ich kann es vom Platz aus machen, weil viele Aspekte oder die meisten Aspekte, wenn nicht sogar alle, schon angesprochen worden sind. Lassen Sie mich aber noch ein paar Bemerkungen aus meiner Sicht machen.

Ich kann nur daran anknüpfen. Es ist in der Tat sehr schön, den Konsens auch hier im Rat dahin gehend zu sehen, dass wir alle in Köln mehr ÖPNV wollen.

Ich habe mich auch darüber gefreut, dass gesagt worden ist, dass wir auf die Zeitachse gucken müssen. Wir brauchen in diesem Herbst die Grundsatzentscheidung, damit wir uns im Herbst 2019 nicht darüber beklagen müssen, dass beim ÖPNV nichts passiert. Deswegen ist das wichtig.

Ich muss Ihnen auch sagen, dass das hier mehrfach angesprochene Verfahren der Bürgerbeteiligung richtig Spaß macht, weil die Menschen und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sich sehr intensiv und auch sehr kenntnisreich mit der sehr komplexen Materie beschäftigen und auch sehr konstruktiv an die ganze Angelegenheit herangehen.

Was wir hier und heute führen, ist ja im Grunde eine weitere Variantendiskussion, die man bei der Bedeutung dieser Materie auch nachvollziehen kann. Man wird sich bei den Varianten am Ende des Tages nach allen Überlegungen aber auch entscheiden müssen.

Meine Formel ist immer, dass die ausgewählte Variante, für welche auch immer man sich entscheidet, drei Kriterien genügen muss: Sie muss verkehrlich sinnvoll sein, sie muss städtebaulich attraktiv sein, und sie muss machbar und finanzierbar sein.

Das sind die drei Kriterien, die eine Variante erfüllen muss. Sonst werden wir wahrscheinlich noch viele Pirouetten drehen und dieses und jenes noch untersuchen. Diese drei Kriterien müssen wir auch bei den Varianten, die Sie jetzt zusätzlich ins Gespräch bringen, abprüfen.

Ich kann nur dem beipflichten, was Frau Blome ausgeführt hat. Ja, wir hatten noch nie - ich habe das ja auch hier im Rat gesagt - so viel Geld im Topf für den kommunalen ÖPNV wie gegenwärtig. Das Bundeskabinett hat auch ganz frisch beschlossen, das Grundgesetz in Richtung Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu ändern.

Allerdings füge ich hinzu: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Es ist viel erreicht. Zu glauben und zu sagen, dass man jetzt noch wesentlich und essenziell mehr erreichen könnte, wäre nicht ehrlich. Da bin ich eher skeptisch.

Im Gegenteil: Die Städte - nicht nur Köln - sind jetzt in der Situation, dass sie das auch umsetzen müssen, damit nicht der Bundesverkehrsminister im Dezember dieses Jahres dem Bundesfinanzminister bekennen muss, dass die Städte die Mittel gar nicht verbaut haben. Es wird eine große Herausforderung für die Kommunen sein, das zur Verfügung gestellte Geld jetzt auch zu verbauen - Stichworte: Planungsrecht, fehlende Ingenieure etc. pp. usw. usf.

Die Standardisierte Bewertung, die wir jetzt durchführen, ist eine Abschätzung, die auf Grundlage einer Bundesmethodik erfolgt. Das ist schon eine sehr seriöse Abschätzung, aber eben eine Abschätzung und noch keine Berechnung. Eine Berechnung kann erst dann erfolgen, wenn die Planung vorliegt.

Dass in den Förderbestimmungen nicht eine Lex Colonia geschaffen wird, weil dann auch München, Hamburg und Berlin entsprechende Ansprüche anmelden würden, ist sicherlich nachvollziehbar. Insofern möchte ich ein Stück weit die Illusion dämpfen, dass wir über diesen Weg immer ein Stück Hoffnung vor uns hertragen und sagen: Da könnte noch etwas kommen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Da sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Was die Vorschläge und die Varianten angeht, die die Verwaltung und wir vorgetragen haben oder die jetzt auch in der Bürgerbeteiligung eingebracht wurden, ist eines offensichtlich noch nicht richtig klar geworden: Die Lösung, die wir vorschlagen, egal ob die oberirdische Variante oder die unterirdische Variante, muss natürlich den Ansprüchen einer Verkehrswende, eines Mobilitätswechsels und einer ausreichenden Kapazität genügen. Das ist wohl selbstverständlich. Sonst würde man das in diesem Herzstück von Köln auch nicht anfassen.

Wir werden das in den angesprochenen Gesprächen vonseiten KVB und Stadtverwaltung auch noch einmal in Zahlen darlegen. Dann werden Sie sehen, dass diese Kapazitäten, die wir schaffen, wirklich ausreichend sind.

Ein Letztes: Herr Weisenstein, ich habe auf der Auftaktkonferenz zur Bürgerbeteiligung zwar keinen Propagandavortrag gehalten. Aber ich mache kein Hehl daraus, dass ich auch mit Herz und Leidenschaft unterwegs bin. Meines Erachtens ist man es den Bürgerinnen und Bürgern dann auch schuldig, ihnen den fachlichen Rat oder die fachliche Expertise mitzuteilen.

Und in der Tat - das sage ich auch hier - wird in Städten dieser Größenordnung eine U-Bahn-Lösung gebraucht. Wir sind nicht Mannheim, und wir sind selbst nicht mit Hannover vergleichbar. In Städten unserer Größenordnung wird eine U-Bahn-Lösung gebraucht, weil Sie mit der U-Bahn eine Betriebsqualität und Reisegeschwindigkeiten haben, die Sie mit oberirdischen Systemen nicht erreichen können. Das ist mein fachlicher Rat, und das bleibt mein fachlicher Rat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Ich beabsichtige, folgendermaßen abstimmen zu lassen: zunächst zum Tagesordnungspunkt 3.1.4 in der Fassung des Änderungsantrags, danach zum Tagesordnungspunkt 3.1.6 erst über den mündlichen Änderungsantrag der SPD und dann über den ursprünglichen Antrag in der Fassung des Änderungsantrags von CDU, Grünen und GUT sowie schließlich zum Tagesordnungspunkt 3.1.7 über den Antrag in der von Herrn Bürgermeister Wolter mündlich geänderten Form, und zwar in Einzelabstimmung, wie von Herrn Weisenstein gewünscht, zunächst über Punkt 3, dann über die restlichen Punkte und dann in Form einer Gesamtabstimmung über den ganzen Antrag.

Ich rufe den Antrag unter TOP 3.1.4 auf - wie gesagt, in der geänderten Fassung, weil der Änderungsantrag ja den Ursprungsantrag ersetzt - und frage nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP-Fraktion ist er so beschlossen.

Dann rufe ich unter TOP 3.1.6 zunächst den mündlichen Änderungsantrag der SPD auf. Ich lese das noch einmal vor:

Die Ergebnisse der zusätzlich beauftragten Varianten-Untersuchungen werden ebenfalls veröffentlicht. Auch für diese Alternativen werden die Planfeststellungsverfahren dargestellt und die zeitliche Abfolge der Planungs- und Bauphasen bis zur Fertigstellung erläutert.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, die Ratsgruppe Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Enthalten kann sich eigentlich keiner mehr. Oder gibt es noch jemanden, der sich enthalten könnte? - Doch, ich. Das ist also abgelehnt.

Nun lasse ich über den ursprünglichen Antrag in der Fassung des Änderungsantrags von CDU, Grünen und GUT abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 vorliegenden Antrag in der von Herrn Bürgermeister Wolter mündlich geänderten Form abstimmen, und zwar zunächst über Punkt 3. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Von AfD, Herrn Wortmann und Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den restlichen Antrag außerhalb von Punkt 3 abstimmen. Wer wünscht dem zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über diesen Antrag. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion DIE LINKE, Herrn Wortmann, Rot-Weiß, der AfD und den Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

3.1.5 Antrag der Gruppe BUNT betr. „Wo und was sind Angsträume? - Köln startet Aktionen zur Identifizierung von Angsträumen in Köln“
AN/0613/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0687/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0706/2018

Ich gebe zunächst Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Ratssitzung mögen andere Personen und Anträge etwas mehr im Mittelpunkt stehen. Aber wir haben uns schon vor Jahren entschieden, das Thema Sicherheit nicht den innenpolitischen Hardlinern oder den Rechtsextremen zu überlassen. Das Thema Angsträume gehört in verantwortliche Hände. - So weit ein bisschen zur Motivation.

Zurzeit spielt der sogenannte Zeitgeist eben denen in die Hände, obwohl auf der einen Seite die aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistiken in Land und Bund einen signifikanten Rückgang der Kriminalität aufzeigen. Einen derart starken Rückgang bei der Kriminalität hat es seit fast 25 Jahren nicht gegeben. Auf der anderen Seite fühlen sich immer mehr Menschen unsicher und bedrohter als früher.

Als Antwort darauf werden Rechte von Polizei und Diensten auf Bundes- und Landesebene deutlich ausgeweitet. Schon bei kleineren Vergehen soll die Polizei NRW auf digitale Inhalte zurückgreifen und Messengerdienste wie etwa WhatsApp auslesen dürfen. Die Videoüberwachung wird auch in Köln massiv ausgebaut.

Aber auch die Stadt reagiert mit Law and Order op Kölsch, nämlich mit der Verschärfung der Stadtordnung und der Aufrüstung des Ordnungsamtes.

So stellt der Innenminister des Landes, Herbert Reul, in der Presse fest, dass sogenannte Angsträume in unseren Städten das Sicherheitsgefühl der Menschen besonders stark beeinträchtigen.

Der Begriff Angstraum gehört unserer Meinung nach natürlich kritisiert; denn er ist stigmatisierend. Dennoch wird er zurzeit exorbitant in den Medien und von Innenministern verwendet. Daher wissen die Leute, was mit ihm gemeint ist, und es bedarf keiner großen Erklärung. Wahrscheinlich hat sich Flensburg deshalb bei seiner Befragung für diesen Begriff entschieden. Er ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss und muss auch nicht unbedingt die Überschrift für ein Kölner Thema sein. Allerdings macht er hier und heute ziemlich klar, was damit gemeint ist und worum es uns geht.

Doch was ist ein Angstraum denn überhaupt genau? Ist das nur der Ebertplatz oder der Neumarkt oder, wie die Pressemitteilung der Polizei Köln uns weismachen will, vielleicht halb Köln? Denn die Kölner Polizei will bis 2019 an Breslauer Platz, Ebertplatz, Neumarkt und Wiener Platz 32 weitere Kameras installieren. Oder bestimmen Schlagzeilen in der Presse unser objektives und subjektives Sicherheitsgefühl? Und wie begegnen wir vor Ort diesem großen Unsicherheitsgefühl?

Unser Antrag bringt diese Fragen zusammen. Denn erstens können wir durch eine Befragungsmöglichkeit oder ständige Befragungsmöglichkeiten herausfinden, wo Kölnerinnen und Kölner sogenannte Angsträume verorten, und zweitens kann durch eine solche städtische Aktion Ängsten begegnet werden. Dabei sollten selbstverständlich alle digitalen und analogen Plattformen genutzt werden. Die Postkartenaktion in Flensburg ist sicherlich nur eine von vielen guten Ideen.

Vielleicht stellen wir bei der Frage aber auch fest, dass die Leute gar nicht so viel Angst haben oder möglicherweise ganz andere Dinge wie Wohnungsnot, Angst vor sozialem Abstieg oder Mobilität ganz oben auf der Liste stehen - wie zum Beispiel beim Stadtgespräch, das die Oberbürgermeisterin in Zollstock hatte. Dort standen solche Fragen auch ganz oben auf der Liste.

In jedem Falle kommen wir aus dem schrecklichen Spruch „Früher war ja alles besser“ heraus in eine konkrete Bestimmung von Orten und Plätzen, die über das hinausgeht, was wir nur aus den Schlagzeilen kennen.

Noch kurz zu den Änderungsanträgen im Einzelnen: Liebe FDP, Ihr Punkt 1 bringt uns nicht sonderlich weiter; denn wir wollen ja gerade eine objektive Benennung von sogenannten Angsträumen durch die Kölnerinnen und Kölner - und uns nicht durch die Parteien oder die Verwaltung etwas vorgeben lassen - , um evidenzbasierte Politik zu ermöglichen. Ihre Vorschläge bringen uns da nicht weiter. Schließlich gibt es, wie wir im Antrag schreiben, mehr schlecht als recht schon Möglichkeiten, bei der Stadt Bescheid zu sagen, wo man sich unsicher fühlt.

Ähnliche Kritik haben wir auch an einigen Punkten des Änderungsantrags der LINKEN, der aber auch noch interessante zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls ins

Spiel bringt. Ich muss allerdings sagen, dass ich solche konkreten Umsetzungen und Vorschläge dann in der Folge durch die Verwaltung und eben nicht durch die Politik erwarte.

Beides geht daher an unserem Anliegen etwas vorbei bzw. im Fall des Änderungsantrags der LINKEN über unser Anliegen, eine Befragung, noch deutlich hinaus.

Natürlich hätten wir auch einen Antrag mit konkreten Vorschlägen für die Stadtverwaltung vorlegen können. Aber wir wollen ja gerade das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, es aus deren Sicht definieren und sie dazu erst einmal befragen. Wir würden uns freuen, wenn Sie dem heute zustimmen könnten.

Noch eine abschließende Anmerkung, weil an mich der Wunsch herangetragen wurde, das Ganze in den zuständigen Ausschuss zu schieben: Ich fände es schön, wenn wir auch hier darüber diskutieren würden. Wir haben gerade auch intensiv über ein Fachthema gesprochen. Hier sprechen wir noch deutlich mehr einzelne Fachbereiche an. Ich würde mich freuen, hier eine Abstimmung herbeiführen zu können. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp hat jetzt das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wir verzichten zunächst und geben an die anderen Fraktionen weiter. Eventuell würden wir die Wortmeldung dann nachher noch einmal aufgreifen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Herr Schwanitz, bitte.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich will es relativ kurz machen. Ich mag diesen Antrag und die Änderungsanträge nicht sonderlich; denn mir zielt die ganze Diskussion so, wie sie in diesen Anträgen aufgezogen wird, zu sehr auf Emotionen, und zwar insbesondere auf die Emotion der Angst. Ich finde, ehrlich gesagt, dass das für uns als dieses Gremium hier nicht handlungsleitend sein sollte.

Wir finden in den Anträgen eine Auswahl von Verfahrensvorschlägen, die teilweise in die gleiche Richtung gehen. Sie sind aber zu einem relativ großen Anteil auch schon durch sehr gute Antwort der Verwaltung auf die kürzliche Anfrage der LINKEN beantwortet. Ich finde, ehrlich gesagt, dass man dann, wenn man dieses Thema gerade diskutiert hat, nicht aus jedem Fernsehbeitrag einen neuen Antrag für den Rat machen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie schon gesagt worden ist, wird Köln faktisch immer sicherer. Wir sind meines Erachtens auch ein bisschen in der Verantwortung, das deutlich zu machen.

Natürlich werden in diesen Anträgen Themen angerissen, die sehr wichtig sind - die Sicherheit in der Stadt, die Sicherheit nachts, die Sicherheit an dunklen Orten, die Sicherheit gerade auch für Frauen. Ich glaube aber, dass wir besser beraten sind, aus dieser Sammlung an Anträgen und Änderungsanträgen im Fachausschuss wirklich das herauszudestillieren, was davon Konsistenz hat. Denn ich sage einmal so: Sicherheit sollte objektiv gemessen werden. Ich halte sehr wenig davon, die Diskussion über Sicherheit durch eine Diskussion über Gefühle wie zum Beispiel das Gefühl der Angst zu ersetzen.

Insofern werde ich mich, wie ich bereits gesagt habe, dafür aussprechen, das Ganze in den AVR zu überweisen.

Es muss aber noch betont werden - denn dafür möchte ich die Verwaltung einmal ausdrücklich loben -, dass es kürzlich die sehr gute Beantwortung der Anfrage der LINKEN durch die Verwaltung gab. Darin ist nämlich genau beschrieben, dass es nicht möglich ist, Angsträume zu definieren und zu messen. Denn man kann nicht beschreiben, was das ist, weil es zuletzt immer wieder auf die Emotion herunterfällt. Das kann nicht gemessen werden. Darin steht auch, was das Ordnungsamt macht und dass die Bezirksordnungsdienste diejenigen sind, die eigentlich am besten wissen, wie so etwas vor Ort empfunden wird. Dazu haben wir sie auch. Darin stehen auch gute Ausführungen dazu, wie der Stadtentwicklungsausschuss oder die Mechanismen der Stadtentwicklungsplanung die ganzen Sachen aufnehmen.

Ich denke, dass damit bereits sehr viel von dem beantwortet ist, was in den drei Anträgen steht.

Zuletzt glaube ich auch, dass wir sehr vorsichtig damit sein sollten, zu einem solchen Thema ein offenes Befragungsinstrument einzuführen. In dem einen Antrag heißt es, dass Interviews gemacht werden sollen. In dem nächsten Antrag ist die Rede davon, das Ganze online zu melden. Ich kann mir gut vorstellen, dass so etwas zu einem Wettbewerb an Meldungen führen kann. Da meldet der Erste die Nachbarschaft, weil er die Leute, die dort wohnen, nicht mag. Das könnte sich auf ganze Menschengruppen beziehen. Das halte ich für ziemlich bedenklich.

Des Weiteren könnte es sein, dass dort sehr unqualifiziert gemeldet würde. Denn wie definiert sich ein Angstraum von der Größe her, wenn wir die Bevölkerung dazu aufrufen?

Ich glaube, dass alle diese Dinge in der Diskussion eher kontraproduktiv sind. Trotzdem wollen wir das Gute herausdestillieren. Deshalb schlagen wir vor, es noch einmal im AVR zu diskutieren. Im Großen und Ganzen wären wir alle aber gut beraten, das Thema Sicherheitspolitik seriös und faktenbasiert zu diskutieren. Denn - das sollte ja allgemein bekannt sein - die schlimmste Angst ist die Angst vor der Angst. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meiner Rede etwas voranstellen. Wir reden heute nicht über einen sicherheitspolitischen Antrag. Deswegen geht Ihre Rede in die falsche Richtung, Herr Schwanitz. Das müssten Sie eigentlich aus unserer Anfrage der LINKEN erkannt haben. Sie müssten auch erkannt haben, was für einen Ersetzungsantrag wir gestellt haben.

Ich will aber noch darauf eingehen, welche Städte sich ebenfalls damit beschäftigt haben. Es ist auch kein Randthema, sondern ein wichtiges Thema. Das sieht man auch an dem Antrag der FDP. Es ist ein Thema, das die Menschen bewegt. Ich werde darauf eingehen, was für ein Thema es ist. Es ist auf jeden Fall kein sicherheitspolitisches Thema. - Das möchte ich voranstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland einem Gewaltverbrechen zum Opfer zu fallen, ist sehr gering. Das kann man auch voranstellen. Deutschland ist also sicher. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Schwanitz.

Angsträume sind keine Kriminalitätsschwerpunkte. Auch das ist richtig. Aber sie mindern die Lebensqualität und erschweren den Alltag. Denn viele Menschen meiden nachts schlecht beleuchtete Wege oder fahren tagsüber lieber einen Umweg statt die einsame, schlecht einsehbare Fahrradstrecke. Das führt zu einem subjektiven Gefühl der Unsicherheit und dazu, dass die Menschen längere Wege in Kauf nehmen oder bestimmte Aktivitäten gleich ganz vermeiden. Ich glaube, dass man dieses subjektive Unwohlsein einfach ernst nehmen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind ja gerade Frauen häufiger betroffen, aber auch alte und gehbehinderte Menschen. Folgerichtig steht im Kölner Gleichstellungsaktionsplan die Maßnahme:

> Die Beleuchtung bzw. Beseitigung von Angsträumen im Stadtgebiet wird sukzessiv optimiert.

Das haben wir doch nicht erfunden. Das haben wir aus dem Gleichstellungsaktionsplan entnommen. Dazu haben wir doch eine Anfrage gestellt.

(Beifall bei der LINKEN und von Frank Schneider [SPD])

Das ist, denken wir, die Stadt ihren Einwohnern und Einwohnerinnen schuldig, um ihre Lebensqualität zu erhöhen.

Der Aktionsplan wird nun im dritten Jahr umgesetzt. Wir haben somit Halbzeit. Aber zu Angsträumen scheint noch nichts passiert zu sein. Dabei muss das Rad nicht immer neu erfunden werden, wie die Antwort auf unsere Anfrage im Verkehrsausschuss suggeriert.

Auch wenn das Erleben eines Stadtraums als Angstraum immer subjektiv ist: Es gibt Merkmale, mit denen sich viele Menschen unwohl fühlen, zum Beispiel dunkle, einsame, schlecht einsichtige Flächen.

Hier kann man sicher auf die Kriterienkataloge anderer Städte wie, Herr Schwanitz, Wien oder Wuppertal zurückgreifen. Denn Wuppertal hat ein Angstraumkonzept erstellt - es umfasst immerhin 108 Seiten -, in den Stadtbezirken diese

Räume evaluiert und genau angeschaut, was man da tun kann.

Es ist kein sicherheitspolitisches Thema. Es ist ein Thema, das die Menschen interessiert. Es besteht ein Unbehagen. Dem muss man sich einfach annehmen.

(Beifall bei der LINKEN und von Frank Schneider [SPD])

Es wäre viel gewonnen, wenn die Stadtplanung hier so sensibel wäre, dass neue Angsträume gar nicht erst entstehen. Die Antwort auf unsere Anfrage legt aber leider eher nahe, dass das Thema noch nicht in den entsprechenden Ämtern angekommen ist. Das muss sich ändern.

Jetzt komme ich auf den Antrag der Ratsgruppe BUNT zu sprechen. Statt einer aufwendigen und teuren Postkartenaktion, um bestehende Angsträume zu identifizieren, möchten wir auf Akteure im Sozialraum zurückgreifen. Streetworker, Ordnungsamt, Sozialraumkoordinatoren und auch die Polizei sind nah an den Bürgern dran und wissen, welche Wege und Plätze eher gemieden werden. Im Dialog mit ihnen kann die Verwaltung sicher einen großen Teil der Angsträume identifizieren.

Zu Ihrer Anmerkung, Herr Schwanitz: Sie sagen, jeder würde irgendwelche Angsträume melden, nur weil er meine, es gefalle ihm dort nicht. Da habe ich aber genug Vertrauen in die Menschen, die die Angsträume identifizieren. Und die Verwaltung kann dann tatsächlich auch ihren Job tun. Ich habe Vertrauen, dass die Verwaltung genau weiß, welche Angsträume wirklich Angsträume sind, und nicht alles mitnimmt.

(Beifall bei der LINKEN und von Frank Schneider [SPD])

Einwohnerinnen und Einwohner müssen natürlich auch die Möglichkeit haben, Wege und Plätze, die ihnen Angst machen, zu melden. Aber auch hier brauchen wir keine neuen Strukturen zu schaffen. Das Bürgerbüro oder die „Sag's uns"-App nehmen jetzt schon Beschwerden zu allen möglichen Themen auf. Dort ist die Meldestelle richtig untergebracht.

Wir meinen, dass wir hier mit wenig Aufwand unsere Stadt noch lebenswerter machen können. Diesen Auftrag würden wir der Verwaltung heute gerne erteilen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und von Frank Schneider [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Lieber Herr Schwanitz, ich freue mich auch darüber, dass die Zahlen in der Kriminalstatistik rückläufig sind. Das tut ja jeder. Aber ich frage mich, ob Sie einer Frau, die bei einer dunklen Unterführung in der dunklen Jahreszeit - vielleicht noch in der Situation, dass die Beleuchtung nicht funktioniert - Angst hat, wirklich sagen wollen: Nein, meine liebe Dame, Sie brauchen sich nicht um das Thema Angstraum zu kümmern; die Zahlen in der Kriminalstatistik sind rückläufig.

(Beifall bei der FDP und von Frank Schneider [SPD])

Ich glaube nicht, dass das die richtige Art und Weise ist, um mit den Ängsten der Menschen umzugehen.

Wir haben das Thema Angsträume als FDP schon länger in der Betrachtung. Wir haben bereits 2009 deutlich gemacht, dass es zum Beispiel an der Maybachstraße in einer Unterführung nicht genügend Licht gegeben hat. Die Verunsicherung der Frauen dort ist an uns herangetragen worden. Es hat dann sechs Jahre gedauert. Jetzt ist das Gott sei Dank verbessert worden.

Damit bin ich auch schon beim entscheidenden Punkt. In meinen Gesprächen mit den Bürgern und Bürgerinnen hatte ich eigentlich nie den Eindruck, dass sie kritisierten, dass die Politik die Angsträume nicht kennt. Die Kritik lautete meines Erachtens immer: Tut etwas gegen die Angsträume; beseitigt sie.

(Beifall bei der FDP)

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen, hier ist meine herzliche Bitte: Schaffen wir nicht eine neue Bürokratie, die sich damit beschäftigt, wie man Angsträume definiert und Skalen entwickelt, ob ein Raum extrem oder nur leicht angstbesetzt ist, sondern handeln wir, und beseitigen wir die Angsträume. Das verlangt nämlich die Öffentlichkeit von uns. Das Gebot der Stunde muss daher lauten: weniger Theorie und viel mehr Praxis, besser gesagt, ganz viel Handeln.

Natürlich müssen wir bestimmte Maßnahmen auch kritisch hinterfragen. Sie haben das Thema der Videoüberwachung in Ihrem Antrag ange-

sprochen. Auch wir sehen Videoüberwachung nicht als Allheilmittel an. Wir halten sie an manchen Stellen und unter genau definierten Einsatzmöglichkeiten aber auch für richtig.

(Beifall bei der FDP und von Frank Schneider [SPD])

Es darf auf keinen Fall passieren, dass wegen dieser kritischen Haltung in einigen Punkten, zum Beispiel beim Thema Videoüberwachung, gänzlich auf Sicherheitsmaßnahmen verzichtet wird und der Angstraum weiter bestehen bleibt.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich bin sicher: Aus den Gesprächen in Ihren Wahlkreisen können Sie alle Angsträume benennen, die die Menschen belasten. Dazu brauchen wir keine aufwendige Postkartenaktion. Das sehe ich ähnlich wie die LINKEN.

Deshalb schlagen wir als Freie Demokraten als ersten Schritt vor, dass durch die Kölner Sicherheitskonferenz sowohl im linksrheinischen als auch im rechtsrheinischen Raum je drei Angsträume benannt werden. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung sollen dann Maßnahmen entwickelt werden, um diese Angsträume auch zu beseitigen. In der Sicherheitskonferenz sitzen die Experten, die die Sicherheitslage im Hinblick sowohl auf objektive als auch auf subjektive Aspekte bewerten können.

Dem Vorschlag, dass Bürger und Bürgerinnen der Verwaltung Angsträume nennen, wollen wir uns aber nicht verschließen. Wir sind natürlich nicht der Meinung, Herr Schwanitz, dass im Endeffekt nur Leute Angsträume melden, die ihre Nachbarn anschwärzen wollen. Dieses Verständnis, wie Sie mit der Angst von Menschen umgehen, finde ich wirklich seltsam. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und von Frank Schneider [SPD])

Deshalb soll dann auch in einem zweiten Schritt die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Ergebnisse einer solchen Aktion in Verwaltungshandeln einfließen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung zum Thema der subjektiven oder objektiven Angst. Bevor ich in diesen Rat gekommen bin, war ich Bezirksvertreterin in Lindenthal. Dort gibt es die S-Bahn-Haltestelle Technologiepark. An dieser Haltestelle war es immer so, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - auch die Mitarbeiter; es ist nicht nur ein Frauenthema - irgendwie unwohl gefühlt haben. Denn die Scheiben waren zerschlagen; der Fahrstuhl hat nicht funktioniert; und wenn er funktioniert hat, mochte man ihn nicht benutzen, weil es darin nach Urin gestunken hat. Es war vielleicht nur ein subjektives Unsicherheitsgefühl. Das hat uns die DB auch bestätigt und gesagt: Wenn man es mit anderen Standorten vergleicht, ist dort die Gefahrensituation nicht gegeben.

Die Situation war dort aber wirklich so belastend für die Menschen, dass die Unternehmer und Arbeitgeber im Gewerbepark beschlossen haben, in Abstimmung mit der DB eine Sicherheitskraft an diese Haltestelle zu stellen. Das hat dann zu einem besseren Gefühl der Menschen geführt.

Die Unternehmer und Arbeitgeber haben das in Verantwortung für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemacht. In dieser Verantwortung stehen auch wir als Politiker und Politikerinnen im Rat für unsere Bürger, glaube ich. Deswegen appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns handeln.

(Beifall bei der FDP und von Frank Schneider [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat mit den vielen richtigen, wichtigen Punkten, die hier von den verschiedenen Fraktionen vorgestellt worden sind, gezeigt, dass dies ein sehr wichtiges Thema ist, dass es aber auch ein Thema ist, das man sehr differenziert gemeinsam mit der Verwaltung aufarbeiten muss. Deswegen war die ursprüngliche Idee, das Ganze im AVR zu behandeln, genau die richtige.

Das sollten wir jetzt auch machen. Wir sollten an dieser Stelle die Debatte hier beenden und keine steilen Thesen mehr besprechen, sondern das Ganze in den AVR verweisen und dort gemeinsam mit der Verwaltung, dem Polizeibeirat und den kriminalpräventiven Konferenzen dieses Thema aufgreifen und sauber abarbeiten.

Denn Sie haben ja völlig recht: Das müssen wir als Rat der Stadt Köln tatsächlich machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Bevor ich über diesen Verfahrensantrag abstimmen lasse, möchte ich Herrn Dr. Steinkamp bitten, dafür Sorge zu tra-

gen, dass die Beleuchtung in den Tunneln, die häufig ja nicht - -

(Dr. Dieter Steinkamp [RheinEnergie] richtet seinen Blick auf die Decke des Ratssaales)

- Nein, hier ist alles in Ordnung. Das habe ich als Erstes kontrolliert, als wir hineingekommen sind. - Ich bitte also darum, die Beleuchtung in den Tunneln wieder so herzustellen, dass wenigstens dieser Grund entfällt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich lasse jetzt über den Antrag auf Verweisung in den AVR abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Nachdem wir die anderen Anträge unter TOP 3.1 eben zusammen behandelt haben, kommen wir jetzt zu:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau im Bezirk Chorweiler
Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 08.06.2017 zur erneuten Prüfung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau
2298/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betr. „Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2017“
AN/0415/2018

Antwort der Verwaltung vom 02.05.2018
1399/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für die gestern erfolgte Beantwortung unserer Anfrage aus dem März dieses Jahres.

Wir haben aber noch eine Nachfrage. In der Antwort zu Punkt 5 wird in Bezug auf die offenen Stellen in der Bauverwaltung ausgeführt:

> Die Zahl der Vakanzen ist inzwischen etwas gesunken, insbesondere im technischen Bereich bestehen aber große Personalgewinnungsschwierigkeiten.

Da sind wir etwas stutzig geworden; denn wir haben das mit der Beantwortung einer Anfrage verglichen, die wir im November 2017 gestellt haben. Auf diese Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Baugenehmigungen in Köln mit dramatischem Einbruch - Was tut die Oberbürgermeisterin?“ hat uns die Verwaltung im November 2017 mitgeteilt, dass bei den Ämtern 15, 61 und 63 in der Summe 40,5 Stellen vakant waren. In der aktuellen Beantwortung der Anfrage aus dem März 2018 teilen Sie uns nun mit, dass bei diesen Ämtern 94 Stellen vakant sind. Dann wäre die Zahl der Vakanzen ja zwischenzeitlich nicht etwas gesunken, wie hier in der Beantwortung ausgeführt wird, sondern erheblich gestiegen. Insofern ist unsere Frage an die Verwaltung: Wie kommen Sie zu dem Schluss, dass die Zahl der Vakanzen gesunken ist?

Ich habe noch eine zweite Frage. Nach unseren Informationen sind beim Amt für Wohnungswesen derzeit für 30 Stellen Nachbesetzungsverfahren eingeleitet worden. Die Frage ist: Ist dies die Zahl der dortigen Stellenvakanzen, oder ist die Zahl tatsächlich höher? Entspricht die Zahl der Stellen im Nachbesetzungsverfahren also den Stellenvakanzen, oder ist das nicht auskömmlich? - Vielen Dank.

Wahrscheinlich lässt sich das ja so ad hoc nicht beantworten. Wir bitten, die Beantwortung dann auch in den Stadtentwicklungsausschuss und in den AVR zu geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Frenzel. - Wir würden das gerne schriftlich beantworten und werden es entsprechend Ihren Wünschen selbstverständlich auch in die entsprechenden Ausschüsse geben.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe BUNT betr. „Transparenz von Beauftragungen externer Gutachten / Open Government“
AN/0418/2018

Diese Anfrage wird zu einer der nächsten Sitzungen beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Sicherheitsrisiken durch Personalmangel bei der Kölner Berufsfeuerwehr“
AN/0409/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1356/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Möglicher Umgehungstatbestände bei der Registrierung von Vielehen im Zusammenhang mit der Aufnahme von moslemischen Flüchtlingsfamilien“
AN/0410/2018

Antwort der Verwaltung vom 30.04.2018
0858/2018

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr. „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0574/2018

Die Antwort wird zu einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betr. „Fragen zur Ost-West-Bahn - Einwohnerbeteiligung braucht vollständige Information!“
AN/0576/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018
1319/2018

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind mit der Beantwortung insofern nicht ganz zufrieden, als dass das, was in der Antwort steht, mehr oder weniger nur eine Zusammenschrift dessen ist, was man sich tatsächlich im Internet oder aus sonstigen Foren irgendwie zusammensuchen kann. Die Anfrage wird auch sehr allgemein beantwortet, indem ausgeführt wird, es sei klar, dass eine Tunnelvariante mehr Personal braucht als eine oberirdische Variante, dass sie länger dauert usw. usf. Eine ein klein wenig konkretere Antwort hätten wir uns da schon erhofft.

Eben haben wir der Verwaltung ja noch einmal einen großen Auftrag erteilt. Für mich ist nicht ganz klar, warum eine solche relativ bescheidene Anfrage dann so allgemein beantwortet wird. Ich würde darum bitten, dass man zumindest noch ein bisschen konkretisiert, für welche Variante man welches Personal braucht, und die Bauzeiten wenigstens mit einer groben Jahreszahl hinterlegt.

Alles das fehlt hier. Das finde ich ein bisschen unbefriedigend. Wir möchten darum bitten, dass man das noch nachreicht. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein, die Antwort habe ich vorhin gegeben. Wir haben dazu weder eine Planung beauftragt, noch können wir dazu vertiefte Angaben machen. Wir müssen unsere Ressourcen jetzt auch wirklich so zielführend einsetzen, dass wir in den Varianten weiterkommen. Wir würden es davon abhängig machen, in welchem Korridor wir jetzt weiterplanen, um dann in Personaleinsatzplanungen, Bedarfsplanungen, Auftragswertermittlungen usw. hineinzukommen. Diese Reihenfolge müssen wir einhalten. Wir können jetzt nicht unsere Ressourcen dafür einsetzen, für die verschiedenen Varianten, von denen wir noch gar nicht wissen, mit welcher es weitergeht, diese vertiefenden Untersuchungen zu machen.

Das betrifft sowohl den Personaleinsatz von eigenen Leuten, die wir brauchen, als auch Büros, Gutachter und weitere Ingenieurgesellschaften, die wir dann noch beauftragen müssen. Es betrifft auch Zeit-Maßnahmen-Pläne, also die Fragestellung: Wann ist welche Planung wie weit?

Wie lange dauert es von der Submission bis zum Baubeginn?

Das können wir im Moment nur so freibleibend beantworten, wie wir es hier getan haben. Es tut mir leid. Mir ist klar, dass Sie damit nicht zufrieden sein können. Aber uns fehlt jegliche Basis, um das vertiefter zu bearbeiten. Und wir müssen unsere Ressourcen jetzt darauf konzentrieren, dass wir hier in diesen Variantenbetrachtungen weitermachen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, vielen Dank dafür, dass Sie das noch einmal wiederholt haben. - Ich verstehe auch, dass das unbefriedigend ist. Aber das liegt an der Situation. Ich denke, das ist sehr nachvollziehbar.

Gibt es eine weitere Nachfrage? - Nein. Gut.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. „Anbahnung, Kosten und Zukunft des Bonotel im Zuge der Umwandlung, Nutzung und späteren Verwertung als Flüchtlingsunterkunft“ AN/0601/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018 1375/2018

Herr Wortmann, die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ja. Vielen Dank. Ich konnte sie noch nicht prüfen, weil sie mir eben erst zugegangen ist. Ich melde mich auf jeden Fall.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort ist auch erst heute erstellt worden.

Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Einstellung von Ärzten aus Syrien und dem Nicht-EU-Bereich an Kölner Kliniken“ AN/0656/2018

Die Anfrage wird zu einer der nächsten Sitzungen beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.9 Anfrage der FDP-Fraktion betr. „Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels“ AN/0645/2018

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2018 1421/2018

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Auch der Verwaltung herzlichen Dank für die Beantwortung. - In unserer Fraktion kommt noch eine Nachfrage zu der Frage 3 auf. Wir hatten gefragt, ob eine vorzeitige Beendigung des Vertrages möglich ist. Den Ausführungen der Verwaltung ist zu entnehmen, dass der Vertrag erst mit Erteilung der Genehmigung wirksam wird. Ich vermute - vielleicht können Sie das bestätigen -, dass es sich dabei um eine sogenannte aufschiebende Bedingung handelt.

Jetzt aber die Nachfrage: Ist bis zum Wirksamwerden, also bis zum Eintritt der Bedingung, für die Stadt Köln ein einseitiges Beendigungsrecht etwa im Sinne einer Kündigung oder eines Rücktritts möglich? Besteht hier also einseitig noch die Ausstiegschance? - Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diese Frage beantworten könnten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Herr Görzel, die konkrete Antwort werde ich schriftlich nachreichen.

Aber grundsätzlich sehe ich gerade keine wirkliche Veranlassung, aus diesem Vertrag aussteigen zu wollen. Denn wir sind auf diese Unterkünfte angewiesen. Wir haben weiterhin so viele Menschen in Groß- und Notunterkünften, dass wir dankbar dafür sind, dass es diese Hotelunterbringungsmöglichkeiten gibt. Deshalb bitte ich, uns die ja auch hier beschlossene Freiheit zu lassen, genau diese Möglichkeit zu nutzen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Trotzdem wird die Frage natürlich schriftlich beantwortet, Herr Görzel.

Tagesordnungspunkt

4.10 Anfrage der Gruppe BUNT betr. „Polizeiliche Videoüberwachung in Köln“ AN/0664/2018

Hier möchte ich Herrn Stadtdirektor um eine kurze Einschätzung bitten.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hegenbarth, Sie haben diese Anfrage gestellt bzw. das Ganze mit „Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates“ überschrieben. Damit habe ich unter zweierlei Aspekten formal ein Problem.

Zum einen geht es bei sämtlichen Fragen, die in Ihrer sogenannten Anfrage aufgeführt sind, um Themen, zu denen wir als Verwaltung keine Antworten geben können. Das haben Sie auch erkannt, weil Sie uns bitten, die Polizei zu bitten, sie zu beantworten. Dann ist das, was Sie hier vorgelegt haben, aber ein Antrag, weil die Stadtverwaltung aufgefordert wird, etwas zu tun. Das Fragerecht nach § 4 der Geschäftsordnung bezieht sich auf Fragen, die die Stadtverwaltung auch aus eigener Kraft beantworten kann.

Wenn Sie gestatten, würde ich aber anregen, dass wir uns darüber verständigen, wie wir gemeinsam Ihrem Informationsbedürfnis nachkommen können. Ich habe überhaupt kein Problem damit, den Polizeipräsidenten über Ihre Anfrage zu informieren, um dann zu schauen, in welcher geeigneten Form wir das auch in die Gremien des Rates einbringen könnten. Das könnte ja möglicherweise im AVR der Fall sein. Vielleicht kann auch einmal jemand von der Polizei dorthin kommen, um zu den Fragen Stellung zu nehmen. Denn sie sind durchaus auch von gewisser Bedeutung für das Sicherheitsgefüge der Stadt.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Herr Dr. Keller, ich bin ja schon ein bisschen länger im Rat und weiß, dass wir diese Anfrage, ähnlich formuliert, fast jedes Jahr stellen. Deswegen wundert es mich ein bisschen, dass wir jetzt eine formale Grenze aufgezeigt bekommen.

Ihren Vorschlag finde ich aber ausgesprochen gut. Wir haben nämlich, glaube ich, vor einem Jahr auch schon einmal angesprochen, dass regelmäßig im AVR die Polizei einen Vortrag hält oder sonst etwas.

Vielleicht machen wir das aber auf dem kurzen Dienstweg und sprechen gleich noch einmal darüber. Darüber müssen wir hier keinen Austausch führen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 15. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 0885/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet „Südliche Innenstadterweiterung/Parkstadt Süd“ in Köln-Bayenthal/-Raderberg/-Zollstock/-Sülz nach § 25 Satz 1 Nr. 2 BauGB 0963/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“ 0507/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Übertragung des Eigentums an den Trainingsbeleuchtungsanlagen auf städtischen Sportanlagen an die RheinEnergie sowie Erweiterung des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages vom 12.06.2015

3069/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“ Umsetzungsbeschluss Teil 1 - IT-Technik
0778/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für die Geschäftsjahre 2019 - 2021
0851/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Gesellschafterdarlehen für das Objekt Kaufhof Kalk zugunsten der GAG AG
0701/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Neubau des Kölnischen Stadtmuseums und des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum im Rahmen des Neubaus Historische Mitte
hier: Erweiterter Planungsbeschluss auf der Basis der Weiterentwicklung des Wettbewerbsentwurfs des Büros Staab Architekten, erster Preisträger des Realisierungswettbewerbs
0353/2018

Antrag des Sachkundigen Einwohners Marcel Adolf aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/Internationales
AN/0648/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0647/2018

Ich gebe als Erstem Herrn Professor Schäfer das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Vorlage, die wir heute beraten und beschließen, handelt es sich um einen kulturpolitisch außerordentlich wichtigen und herausragenden Tagesordnungspunkt. Auch wenn nach mir die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen das Ganze aus stadtentwicklungspolitischer Ebene betrachten werden, ist der Kulturausschuss, der soeben in einer Sondersitzung mit überwältigender Mehrheit den Beschlussvorschlag mit einem Änderungsvorschlag angenommen hat, schon der Auffassung, dass Stadtentwicklungspolitik und Kulturpolitik an dieser Schwelle Geschwister sind, die nicht voneinander getrennt werden können, weil beide eine ganz wichtige Rolle bei der Gestaltung der Stadt der Zukunft spielen.

Vorhin ist über die Ost-West-Achse diskutiert worden. In diesem Zusammenhang ist die Situation in Köln in 40 Jahren oder sogar in 100 Jahren, wie der Kollege Andreas Pöttgen dies prophezeite, angesprochen worden. Genauso gilt das natürlich auch für die kulturpolitische und stadtentwicklungspolitische Perspektive; denn ohne Zweifel ist es so, dass Köln sich verändert und wächst. Mobilität, Handel und sozialer Zusammenhalt sind ganz wichtige Fragen. Aber auch die Kulturpolitik gehört natürlich dazu.

Ich kenne keine große Stadt in Deutschland, schon gar keine Millionenstadt, die derzeit nicht in kulturpolitische Perspektiven investiert, und zwar in bauliche Perspektiven. Denn auch in der Konkurrenz der Ballungsräume, wenn es um das Werben von Arbeitsplätzen sowie um Bürgerinnen und Bürger geht, lassen sich die Städte dort nicht beirren, sondern sehen immer den Vorteil gegenüber anderen Städten.

Insoweit ist es richtig, dass wir als viertgrößte Stadt in Deutschland sowohl bezogen auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln als auch bezogen auf die touristische Perspektive die Dimension und die Attraktivität der Stadt deutlich erhöhen.

Bereits vor neun Jahren, und zwar fast am gleichen Tag, am 5. Mai 2009, wurde im Kontext des Masterplans die Via Culturalis besprochen. In dieser Via Culturalis findet die Historische Mitte ihren ausgezeichneten Platz.

Natürlich hat es auch im Kulturausschuss Debatten gegeben. Nicht zuletzt durch den Änderungsantrag der Fraktion der FDP wurde deutlich, dass man auch Alternativen in Erwägung ziehen kann - etwa, dass das Stadtmuseum an der jetzigen Stelle bleibt. Trotzdem haben wir insgesamt gesagt, dass die Kooperation mit der Hohen Domkirche und damit die gemeinsame Gestaltung dieses Platzes eine der größten kulturpolitischen und stadtpolitischen Chancen ist, die wir haben.

Selbstverständlich gibt es, wie das bei jedem Planungsbeschluss dieser Größenordnung der Fall ist, auch kritische Hinweise. Es gibt auch kritische Aspekte, die wir in den Debatten deutlich gemacht haben. Deswegen haben wir durch den Änderungsantrag klargemacht, dass die Politik an dieser Stelle das Handeln nicht allein der Verwaltung überlassen will, sondern beteiligt sein möchte, wenn es darum geht, wie die nächsten Planungsschritte und Gestaltungsschritte laufen.

Ich will einige Punkte aufgreifen, die uns aufgefallen sind. Es wäre schön, wenn ich dafür mehr zeitliche Möglichkeiten hätte. Das geht aber nicht. Deshalb will ich nur einige Punkte nennen.

Die Kostenplanung muss qualifizierter laufen. Die Kosten sind jetzt natürlich geschätzt. Darauf wird man in nächster Zeit aber noch etwas stärker achten müssen.

Die architektonische Gestaltung - darüber sind wir uns ebenfalls einig - der Fassaden muss diskutiert werden.

Zwei Dinge liegen uns ganz besonders am Herzen. Das Stadtmuseum muss ein Konzept entwickeln, das zeitgeschichtliche Dimensionen hat und in diese Historische Mitte hineinpasst. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Direktor des Stadtmuseums auch dem in dem Ergänzungsantrag, der von der CDU eingebracht und von uns mitgetragen worden ist, vorgesehenen Wettbewerbsverfahren ausdrücklich zugestimmt hat und darin eine Stärkung und keine Schwächung sieht.

Auch die Ausgestaltung der GbR ist ein Punkt, der im Auge behalten werden muss.

Außerdem geht es natürlich um die Zukunft des Zeughauses. Da muss zeitnah, soweit es zeitnah möglich ist, geklärt werden, in welche Richtung es geht. Keinesfalls wollen wir eine private Nutzung oder eine entkulturalisierte Nutzung. Für das Zeughaus muss eine Kulturperspektive aufrechterhalten bleiben.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Nicht zuletzt stellt sich die Frage der Kosten. Wir haben den FDP-Antrag auch deswegen abgelehnt, weil es deutlich mehr Geld kosten würde, das Stadtmuseum als solches zu erhalten und die Historische Mitte zu schaffen, nämlich knapp 100 Millionen Euro mehr.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Ja, es ist ein Großprojekt. Ich kann jeden verstehen, der meint, dieses Projekt zu stemmen, sei eine Herkulesaufgabe. Das lässt manchen zweifeln, ob es überhaupt zu stemmen ist. In der Kooperation mit der Hohen Domkirche gelingt das aber, glaube ich.

Meines Erachtens sollte man auch nicht sagen, dass wir erst alles andere fertigstellen und dann anfangen. Das wäre aus meiner Sicht zu kurz gesprungen. Denn damit würden wir eine große Chance vergeben, die nicht wiederkommen wird.

Deswegen vertrauen wir auf die Gemeinsamkeiten mit der Hohen Domkirche. Wir sind sicher, dass in dieser Verbindung auch die Historische Mitte spätestens 2028 realisiert werden kann. Auch wenn heute Morgen einmal das Jahr 2030 genannt wurde, sage ich: Ich möchte gerne, dass die Historische Mitte früher als die Ost-West-Achse fertig ist. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die historische Chance, eine neue Historische Mitte zu definieren, darf man nicht vorüberziehen lassen. Diese historische Chance muss natürlich ergriffen werden. Es besteht jetzt die Möglichkeit, an dieser Stelle auf der Basis des überarbeiteten Wettbewerbsentwurfs die Plätze - den Kurt-Hackenberg-Platz, den Roncalliplatz - neu zu fassen. Dies gemeinsam mit der Domkirche gestalten zu können, ist wirklich historisch. Es ist auch genau richtig, dass Sie dieses Verfahren so vorangetrieben haben, wie es Ihr Vorgänger irgendwann einmal initiiert hat.

Trotzdem ist das Ganze neben dem stadtentwicklungspolitischen Thema auch ein kulturpolitisches Thema und ein finanzpolitisches Thema. Das ist ganz klar. Wir reden über Kosten. Müsste

man die Reserven, die sich die Verwaltung heute schon in die Vorlage hineindefiniert hat, auf dem Weg bis zur Fertigstellung 2028 oder 2030, Herr Professor Schäfer, tatsächlich alle ausschöpfen, würden wir schon über 190 Millionen Euro allein für den Neubau des Kölnischen Stadtmuseums reden. Zählen wir dann noch das Geld für das Römisch-Germanische Museum hinzu, das wir ja Gott sei Dank generalsanieren, sprechen wir über ein Projekt, das ein Volumen von einer Viertelmilliarde Euro hat.

Wenn wir heute mit den Planungen beginnen, hat dieses Projekt eine Laufzeit bis 2028 oder 2030, bis das Museum eröffnet werden kann. Und dann muss das Museum etwas erfüllen, meine Damen und Herren. Es muss dann 50 bis 60 Jahre an diesem Standort funktionieren.

Dieser Standort ist etwas ganz Besonderes. Er ist eine der prominentesten Baustellen für Museen, zumindest in Deutschland. Das, was wir dort schaffen, wird internationale Beachtung finden. Das Museum, das dort eröffnet wird, muss internationale Strahlkraft haben. An dieser Stelle darf auf gar keinen Fall etwas entstehen, bei dem Besucherinnen und Besucher, die zahlreich kommen werden, am Ende denken: Warum sind wir dort eigentlich hineingegangen?

(Beifall bei der CDU)

Es wäre eine Katastrophe, wenn das am Ende herauskäme. Wir brauchen internationale Strahlkraft.

Jeder, der das heutige Stadtmuseum und die heutige ständige Ausstellung, die seit 1985 unverändert geblieben ist, kennt, weiß doch, dass eine kleine Lücke besteht zwischen dem, was wir heute haben, und dem, was wir morgen, also 2030, am Roncalliplatz strahlend eröffnen möchten.

Diese kleine Lücke gilt es zu schließen. Da gibt es Möglichkeiten, die Stadtverwaltung - international, national, wie auch immer - über Wettbewerbe zu unterstützen. Genau das ist der Punkt 1 der Konzeption, der in unserem Änderungsantrag zu einer Bauvorlage aufgerufen wird. Es geht hier auch um Inhalte; denn wir wollen ja ein Museum bauen.

Der Punkt 2 greift das auf, was an der Zeughausstraße entstehen soll. Aus Stadtentwicklungssicht wäre es schade, diesen Platz jetzt aufzugeben. Das Gerling-Quartier entwickelt sich. Das Domumfeld entwickelt sich ebenfalls - unter anderem wegen unseres heutigen Baubeschlusses, aber auch aufgrund des Dom-Hotels und all der anderen Dinge, die dort entstehen. In der Mitte zwischen diesen beiden sich entwickelnden Zentren gibt es diese wunderbare Schnittstelle mit dem Museum und der alten Römermauer - einem der größten, prominentesten Stücke der Römermauer, das wir überhaupt haben.

Diese Stelle muss in irgendeiner Art und Weise genutzt werden. Ich erinnere einmal an die Rede von Frau Sommer zur Bastei. Genau wie die Bastei sind auch unser Stadtmuseum und unsere Zeughausstraße mit der Römermauer identitätsstiftend. Das sagt die Verwaltung ja sogar selbst.

Meine Damen und Herren, es ist essenziell, dass wir für dieses prominente Stück Köln, wo wir 2 000 Jahre Stadtgeschichte unmittelbar erfahren können, eine wertvolle Nutzung finden, die allen Kölnerinnen und Kölnern diesen Platz weiterhin erschließt. Das ist essenziell.

Eine mögliche Nutzung wäre zum Beispiel, in den nächsten zwölf Jahren dort das „Interim“ - in Anführungszeichen - des Kölnischen Stadtmuseums durchzuführen, also in den nächsten zwölf Jahren bis zur Neueröffnung einfach das alte Gebäude zu nutzen. Die Stadtverwaltung selbst hat gesagt, dass es im Rahmen von relativ günstigen Sanierungsmaßnahmen durchaus möglich wäre, den alten Standort dafür zu nutzen.

Der Punkt 3 unseres Änderungsantrags bezieht sich auf die Idee der Verwaltung, dieses Gesamtprojekt nur über einen Lenkungskreis steuern zu wollen. Das geht auch angesichts der Zusatzbeschlüsse, die wir heute fassen werden, nicht. Dinge wie zum Beispiel das Konzept, der Wettbewerb dazu und die weitere Nutzung der Zeughausstraße müssen natürlich in den zuständigen Ausschüssen mit beraten werden und uns auch regelmäßig von der Verwaltung vorgestellt werden.

Den Änderungsantrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik haben wir im Kulturausschuss einstimmig beschlossen, weil das eine sehr gute, wichtige Anregung ist, die wir auch hier im Rat gerne übernehmen möchten.

Den Antrag der FDP lehnen wir aus den gerade dargestellten Gründen schlichtweg ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich erlaube mir, noch einmal aus stadtentwicklungspolitischer Sicht auf die hier geplante neue Historische Mitte zu blicken. Herr Professor Schäfer, Kultur, Stadtgeschichte und Stadtentwicklung sind in diesem Fall natürlich Geschwister. Sie sind aber an ganz vielen Stellen dieser Stadt Geschwister, weil die Museen in dieser Stadt immer eine ganz besondere Landmarke sind, und zwar nicht nur inhaltlich, sondern auch von außen her. Da haben wir einige wirkliche Schmuckstücke, die das Stadtbild prägen und wunderbar sind.

Heute beschließen wir endlich einen vor einigen Wochen vorgelegten Wettbewerbsentwurf des Büros Staab. Wir alle konnten hier im Ratssaal sehen, wie sich der Wettbewerb weiterentwickelt hat, wie sich die Ergebnisse weiterentwickelt haben, wie noch einmal die Proportionen angeschaut worden sind und wie sich die Dachlandschaften entwickelt haben. Wir hatten wirklich den Eindruck: Ja, hier entsteht plötzlich ein neues Stück Stadt; hier entsteht in der direkten Domumgebung eine Attraktivierung, die wir brauchen; hier entsteht endlich ein Eintritt in die Via Culturalis, indem unsere historische Geschichte perlenschnurartig so aufgelegt wird, dass es für diesen Raum auch wirklich würdig ist.

Herr Dr. Elster, Sie haben gesagt, dass wir als Kölnerinnen und Kölner ein Museum mit internationaler Strahlkraft haben wollen. Natürlich wollen wir das. Denn wir haben auch die Geschichte, die diese internationale Strahlkraft erzeugen kann. Wir sind die Stadt, die 2 000 Jahre Stadtgeschichte darstellen kann. Wir haben die einmalige Chance, das gemeinsam darzustellen - Römisch-Germanisches Museum und Stadtmuseum zusammen. Da können unheimliche Synergien entstehen.

Das ist dann auch das Museum der Bürgerinnen und Bürger, weil sie ihre eigene Stadt endlich erleben können, erlernen können und gucken können: Warum ist Köln so, wie es ist, und wie ist es nicht?

Wer einmal in Amsterdam im dortigen Stadtmuseum gewesen ist, ist begeistert davon, wie man mit teilweise wenigen Exponaten, aber tollen Fragestellungen Stadt erleben kann und Stadtgeschichte darstellen kann.

Und Exponate haben wir - Herr Dr. Kramp sitzt auf der Tribüne - wirklich genug. Wir können diese Geschichte auch wunderbar darstellen. Hier bietet sich die Chance, das am Fuße des Doms zu machen, also wirklich in Premiumlage. Ich denke, dass unsere Stadtgeschichte es auch wert ist, in Premiumlage dargestellt zu werden.

Das Schöne ist, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, das Ganze - neben der Attraktivierung des Domumfeldes, neben der Darstellung von 2 000 Jahren Stadtgeschichte - auch in Synergie oder in Kombination mit der Hohen Domkirche zu machen. Die GbR bietet uns die Möglichkeit, die Gebäudewirtschaft nicht damit zu belasten, sondern sie zu entlasten; denn die Gebäudewirtschaft wird weiterhin unsere Schulen bauen müssen und auch sanieren müssen. Ich halte diese Kombination für einen wichtigen und elementaren Beitrag zur Realisierung des gesamten Bauvorhabens.

Zu den Fragen in Bezug auf Kosten, Architektur, Fassade, Innenleben usw. möchte ich Folgendes sagen: Wir stehen ganz am Anfang eines langen Prozesses der Planung. Lassen Sie uns deswegen noch ein bisschen Zeit. Da wird es noch Vertiefungen geben. Die Fassaden werden noch besser werden. Es werden auch noch einmal Veränderungen stattfinden. Das ist in einem so langen Prozess ganz normal.

Nun komme ich zu dem von der FDP beantragten neuen Dom-Museum. Ich weiß nicht, ob die Hohe Domkirche das überhaupt will. An mich ist sie noch nie mit den Worten „Wir brauchen ein neues Dom-Museum“ herangetreten.

Und was die Sanierung und Erweiterung des Zeughauses angeht, kann ich nur sagen: Da haben Sie gerade große Spendierhosen an, die wir uns, glaube ich, nicht leisten können angesichts der Tatsache, dass die neue Historische Mitte auch schon eine finanzielle Belastung sein wird. Das wollen wir gar nicht kleinreden. Sie ist trotzdem wichtig. Manchmal muss man sich auch belasten, um dann auch Größeres gemacht zu haben.

Insofern glaube ich, dass das unrealistisch ist. Es entspricht nicht dem, was die Stadt, die Stadtgesellschaft und die Domkirche zurzeit wollen. Vielleicht will die FDP das. Aber wir werden es heute ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der LINKEN wirft man ja an der einen oder anderen Stelle vor, sie könne nicht mit Geld umgehen oder habe von diesen Dingen keine Ahnung. Um die Vorlage ein Stück weit zu entlarven, reicht es dann aber doch noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Ich darf Sie einmal bitten, die Vorlage zur Hand zu nehmen und die Seite 13 aufzuschlagen. Da findet sich eine wundersame Rechnung. An deren Ende steht, es koste 116 Millionen Euro, die Historische Mitte zu bauen, und 125 Millionen Euro, die Historische Mitte nicht zu bauen. Wenn man sich weiter oben in der Tabelle anschaut, wie sich diese Summen zusammensetzen, sieht man, dass bei der Generalsanierung des Kölnischen Stadtmuseums in der Variante der Historischen Mitte 0 Euro eingefügt sind.

Natürlich kann man sich formal - Herr Elster nickt schon - darauf zurückziehen. Aber Sie können doch auch mir als Nicht-Finanzexperten nicht weismachen, dass es nichts kostet, wenn Sie aus dem Zeughaus herausgehen. Das ist doch klar. Da besteht doch ein riesiger Sanierungsstau; da ist ein Wasserschaden; da sind Tod und Teufel los. Es wird natürlich einen zweistelligen Millionenbetrag kosten, dieses Zeughaus wieder für eine Art der Nutzung herzurichten, wie wir sie uns alle hier wünschen - als kulturelle Stätte, auf keinen Fall verkaufen usw. usf.

An dieser Stelle - das muss ich schon sagen - ist die Finanzrechnung also nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es wird ja viel diskutiert, wie schön es ist, wenn das Stadtmuseum zur Historischen Mitte kommt. Das ist auch gar nicht abzustreiten. Es wäre mit Sicherheit keine schlechte Sache. Das ist gar nicht die Frage. Wir können aber doch nicht allen Ernstes davon sprechen, dass es sich beim jetzigen Standort des Kölnischen Stadtmuseums um eine Randlage handele oder dass das Museum nicht zentral liege. Das ist doch abwegig. Ich weiß nicht, wie lange man zu Fuß vom Dom bis zum Zeughaus geht. Drei Minuten? Vier Minuten? Ich weiß es nicht. Der Gedanke, dass wir das alles zentralisieren müssen, erschließt sich mir also nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, deswegen finden wir den Änderungsantrag der FDP völlig richtig - zumindest den Satz 1, der auf eine Sanierung und Erweiterung am bisherigen Ort abzielt. Daher tragen wir diesen Punkt des FDP-Antrags auch gerne mit.

Im Allgemeinen sind wir schon der Auffassung, dass man sich überlegen muss, ob es klug ist, sich bei den vielen offenen Projekten und Baustellen, die wir in dieser Stadt haben, ein neues Megaprojekt, nenne ich es jetzt einmal, ans Bein zu binden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass das Verständnis in der Bevölkerung für ein neues Großprojekt immens groß sein wird, wenn wir gleichzeitig leider beobachten müssen, dass das Brot-und-Butter-Geschäft dieser Verwaltung - der Kitabau, der Schulbau, der Wohnungsbau - doch sehr ins Hintertreffen geraten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir insbesondere die Gebäudewirtschaft, die nun einmal für Schule und Kita, vor allem für Schule, zuständig ist, nicht noch mit einem weiteren Megaprojekt und entsprechender Personalbindung belasten sollten.

Es tut mir leid, dass ich mich nicht in die schönen Worte meiner Vorrednerinnen und Vorredner einreihen kann. Wir werden dieses Projekt ablehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, in seltener Einmütigkeit kann ich mich hier Ihren Worten anschließen.

Ich muss allerdings sagen - Kirsten Jahn hat es auch angesprochen -, dass ich mit der Architektur, die das Büro Staab jetzt im zweiten Anlauf vorgelegt hat, meinen Frieden geschlossen habe. Das Ganze hat sich von den Fassaden her sehr verbessert. Die Römer-Ebene macht Lust darauf und vermittelt einen spannenden Eindruck. Das Treppenhaus, das vorher eher nach einer Gesamtschule aussah, vermittelt jetzt auch den würdigen Rahmen eines Museums, auch

wenn es für den Kurt-Hackenberg-Platz immer noch etwas zu hoch ist.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ja, um Gottes willen; ich wollte nichts gegen Gesamtschulen sagen.

Wir sind als FDP-Fraktion aber der Meinung, dass unser Zeughaus die vornehmste Unterbringung für das Kölnische Stadtmuseum ist, die man sich nur vorstellen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in dieser Stadt nur wenige historische Gebäude, die der Zweite Weltkrieg übrig gelassen hat. Es wäre eine Schade, so ein historisches Gebäude aufzugeben wegen eines modernen Betonbaus, auch wenn er etwas näher am Dom liegt.

Da bin ich genauso Ihrer Meinung, Herr Weisenstein. Die Lage ist heute eigentlich ideal. Es ist schade, dass vonseiten der Museumsleitung dieser Standort als innerstädtische Randlage selbst schlechtgemacht wurde.

Man hätte sich viel stärker darum bemühen müssen, gerade die Komödienstraße zu attraktivieren. Dazu gibt es ja entsprechende Ideen. Es ist schade, dass dieser Weg nicht gegangen wird.

Hier höre ich die Lippenbekenntnisse, was die Nachnutzung angeht. Das geben wir jetzt ja alles zu Protokoll, meine Damen und Herren. Irgendwann können wir es dann nachlesen. Das ist aber alles heiße Luft. Denn da ist heute nichts, und da wird auch in Zukunft nichts sein. Schauen Sie sich nur das Gebäude am Ubierring an, das sich noch sehr viel besser für eine Nachnutzung eignet als das Zeughaus. Im Zeughaus können Sie nicht eine Hochschule, ein Hotel oder so etwas unterbringen. Mit dem Zeughaus haben wir also eine - in Anführungszeichen - „viel schwierigere“ Immobilie.

Es existiert keine Idee. Ich habe das Wettangebot gemacht, dass die Stadt das Zeughaus für einen zweistelligen Millionenbetrag saniert und nachher für 1 Euro ans Festkomitee Kölner Karneval vermietet oder verpachtet. Die Wette dagegen hat bisher noch keiner angenommen. Ich sitze hier vorne. Sie können mich gerne noch darauf ansprechen.

Herr Schäfer, der FDP-Vorschlag ist eben nicht teurer. Es ist mir ganz wichtig, das hier noch einmal klarzustellen. Denn wir wollen, dass am Roncalliplatz nur noch die Hohe Domkirche aktiv wird und die Stadt sich auf den Standort an der Zeughausstraße konzentriert. Wir haben deswegen auch nichts mit der Baumaßnahme am Roncalliplatz zu tun und mieten uns dort vielleicht nachher nur für die Verwaltungsbereiche ein. Daher kann es nicht teurer sein - es sei denn, man wendet solche Rechentricks an, wie Herr Weisenstein sie hier gerade schon entlarvt hat, und rechnet einfach das andere Modell schöner.

Frau Jahn, ich habe so eine Ahnung, wohin das mit der Gebäudewirtschaft und der GbR führt. Denn am Ende werden sich die Leute, die heute bei der Gebäudewirtschaft Schulen planen, alle bei der neuen GbR bewerben, und wir werden es als Stadt Köln noch schwerer haben, unsere Pflichtaufgaben hier zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Gerade wurde gefragt, ob wir eigentlich ein Dom-Museum brauchen. Da habe ich in der *WeLT* - das ist eine durchaus seriöse Zeitung - etwas Schönes gefunden, das ich gerne hier vortragen würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Sterck?

Ralph Sterck (FDP): Von wem?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Von Frau von Bülow.

Ralph Sterck (FDP): Ja, Frau von Bülow. - Wird mir das auf die Redezeit angerechnet, oder wird die Uhr dann angehalten? Ich möchte dieses Zitat nämlich noch vortragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das weiß ich noch nicht, Herr Sterck.

(Heiterkeit)

Ralph Sterck (FDP): Na gut. Ich versuche das einmal. - Frau von Bülow, bitte sehr.

Birgitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich beziehe mich auf den Kultur-

ausschuss von heute Vormittag. Das wurde dort nämlich auch diskutiert.

Meine erste Zwischenfrage lautet: Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie als FDP-Fraktion ein Museum beschließen wollen, das dann die Hohe Domkirche in eigener Verantwortung baut, bezahlt und dort hinstellt? Sollen wir das jetzt aus dem Rat heraus beschließen?

(Ralph Sterck [FDP]: Um Gottes willen! Nein! Die Antwort ist Nein!)

Meine zweite Zwischenfrage lautet: Im Ausschuss hat die FDP diesen Punkt zurückgezogen. Gilt das jetzt nicht mehr?

Ralph Sterck (FDP): Die Antwort ist zweimal Nein. Alles klar.

Jetzt komme ich zu dem Zitat aus der *WeLT.* Hier wird geschrieben:

> Dass dieser Stuhl einmal ein Teil eines Baukrans war, ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen. … „Wunderbar“, findet Klaus Hardering, Leiter des Kölner Dombauarchivs. Das geschichtsträchtige Souvenir ist aus dem Holz des Krans geschnitzt, mit dem beim Bau des Kölner Doms die einzelnen Steine in die Höhe gezogen wurden. …
>
> Das jahrhundertealte Holz des Krans wurde weiterverarbeitet und in Form von Souvenirs an verdiente Kölner Bürger verschenkt: Kreuze, Kran-Modelle, die teilweise als Tabakdosen benutzt werden konnten, Engelsköpfe, Federhalter und ein aufrecht sitzender Löwe als Treppenpfostenaufsatz. „Jedes Souvenir hat eine ihm anhängende unsichtbare Geschichte“, erklärt die Kulturhistorikerin Anna Ananieva von der Universität Mainz.
>
> Leider seien nicht alle Souvenirs bekannte und erhalten, bedauert Dombauarchiv-Leiter Hardering. Da der Dom kein Museum hat, können die wenigen Souvenirs im Archiv auch nicht ausgestellt werden.

So abwegig ist diese Idee, die Herr Dombaumeister Wolff wohl auch schon einmal gehabt hat, also nicht. Man muss natürlich mit der Hohen Domkirche darüber reden.

Wir sagen nur: Wir würden uns gerne aus dem Standort Roncalliplatz herausziehen und uns auf die Zeughausstraße konzentrieren. Ich glaube, dass das der richtige Ansatz wäre. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Prof. Klaus Schäfer [SPD]: Darf ich noch eine Frage stellen?)

- Herr Schäfer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie waren ja noch nicht fertig.

Ralph Sterck (FDP): Ich bin noch nicht fertig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber dann ist die Redezeit wirklich abgelaufen.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Herr Sterck, nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass der Vertreter der Hohen Domkirche heute Morgen der Position von Schwarz, Rot und Grün zugestimmt hat?

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Füssenich sitzt ja auf der Tribüne! Mit ihm habe ich auch gesprochen, ja!)

- Lassen Sie mich bitte zuerst meine Frage stellen. - Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie die Rechnung ohne diesen Herrn gemacht haben? Denn Sie haben ein Dom-Museum vorgeschlagen, das die Hohe Domkirche selbst gar nicht bauen will. - Erstens.

Zweitens. Zwischen der Hohen Domkirche und dem Stadtmuseum ist doch verabredet worden, dass die Präsentation, die die Hohe Domkirche hat, durchaus im Stadtmuseum gezeigt werden kann. Daher ergibt sich gar keine Notwendigkeit für die Position der FDP, ein Dom-Museum zu bauen und andere mit den Kosten zu belasten.

Ralph Sterck (FDP): Herr Professor Schäfer, ich sage Ihnen: Wenn sich die Stadt Köln aus dem Projekt Historische Mitte zurückzieht, dauert es keine 48 Stunden, bis Herr Bachner anruft und sagt, dass er das Dom-Museum baut. Da bin ich mir ganz sicher. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kritiker der Idee, dieses Projekt an dieser Stelle wie vorgesehen zu realisieren, haben ja durchaus recht. Der Kostenrahmen wird nicht eingehalten werden. Das kennen wir aus diversen anderen Projekten. Es ist leider Realität. Alles wird sehr viel teurer werden. Sie werden es höchstwahrscheinlich auch nicht schaffen, den Zeitplan einzuhalten. Wird das Projekt problemlos realisiert werden können? Nein. Wir kennen jede Menge Probleme bei vielen anderen Kulturbauten, die wir haben.

Ehrlich gesagt, fällt mir aus der jüngeren Geschichte kein einziger Kulturbau ein, der in Köln problemlos realisiert worden wäre und bei dem alles geklappt hätte. Das gilt selbst dann, wenn man die Rheinufertreppe dazurechnen möchte. Auch da ging alles schief, und es wurde - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Philharmonie.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Die Philharmonie, ja. Aber das ist schon etwas länger her - vor 30 Jahren, ja.

Es gibt also ganz viele gute Gründe, dieses Projekt abzulehnen.

Über die bauliche Ästhetik mag man sich streiten. Das ist Geschmackssache. Darauf möchte ich nicht weiter eingehen.

Die Prioritäten in der Stadt sind doch eigentlich andere. Da hat Herr Weisenstein vollkommen recht. Es ist für die Stadt Köln wesentlich wichtiger, Schulen und vieles andere mehr zu bauen.

Daher bitte ich dringend darum, darauf zu achten, dass die Prioritäten weiterhin klar sind. Frau Rinnenburger sagte zwar in einem Ausschuss, die Gebäudewirtschaft sei mit dem Projekt nicht überfrachtet, da man sich mit der Bauherrenträgerschaft eine neue Konstruktion ausgedacht habe, die das gewährleiste. Aber selbstverständlich muss man darauf achten, dass die Prioritäten weiterhin klar sind.

Im Übrigen müssen wir auch noch andere Kulturbauten fertigstellen. Das dürfen wir ja nicht vergessen. Wir haben noch eine Oper, ein Schauspiel, eine Archäologische Zone und vieles andere mehr.

Ich möchte nie hören, dass wir hier nicht weiterkommen, weil die Kapazitäten nicht da sind und weil wir nicht genügend Personal haben und die Leute nicht einstellen können, weil wir ihnen zu wenig zahlen etc. pp. Wenn man so vehement für ein Projekt eintritt, dann sollte es auch gelingen.

Wir sehen das alles genauso wie die Kritiker. Dennoch werden wir dem Projekt zustimmen, und zwar aus einem ganz anderen Grund. Da muss ich Michael auch ein bisschen widersprechen. Uns geht es um das Kölnische Stadtmuseum. Wir wollen das Kölnische Stadtmuseum in der Tat an diesem Ort haben. Wir halten das Zeughaus im Gegensatz zu Herrn Sterck und den LINKEN für keinen guten Standort. Es wundert mich, Michael, dass du diesen Standort als fußläufig, innenstadtnah etc. empfindest. Ich empfinde das Zeughaus als vom Verkehr abgeschnitten. Es liegt in keiner zentralen Lage, sondern in einer Randlage. Und selbstverständlich hat dieses Museum eine wesentlich - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Cäcilienstraße!)

- Ja. Aber es liegt nicht in der Altstadt. Es liegt nicht im Bereich des touristischen Interesses. Es liegt außerhalb davon. Selbstverständlich ist der Standort am Roncalliplatz wesentlich besser und interessanter - nicht nur für das Museum selbst, sondern auch für die Touristen, die es besuchen wollen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Weil wir das so wollen und weil selbst bei der besten und idealen Lösung alles andere auch eintreten würde - Chaos, Kostenerhöhung etc. -, sagen wir: Wir wollen dieses Museum an diesem Standort.

Wir wünschen uns, dass es dort gelingt. Selbstverständlich geht es jetzt darum, im weiteren Prozess alles so gut wie irgend möglich im Griff zu behalten. Dafür brauchen wir natürlich die Kontrolle in den Ausschüssen und im Rat, damit es nicht, wie andere Kulturbauten in dieser Stadt, komplett aus dem Ruder läuft. Da wollen wir gerne weiterhin mit aufpassen und helfen. Aber den neuen Standort des Stadtmuseums begrüßen wir ausdrücklich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt bitte ich Herrn Wortmann ans Mikrofon.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen das Stadtmuseum am alten Standort mit einem neuen Konzept. Das ist übergeordnet so. Das Bauvorhaben am Roncalliplatz hat aus unserer Sicht überwiegend Nachteile. Es verursacht enorm hohe Kosten, die wir leider - ich erinnere an Thor Zimmermann - nie im Griff haben. Die Domsicht wird total verbaut. Wir geben ein historisches Zeughaus auf - zweckentfremdet; über den weiteren Zweck wird überhaupt nichts erzählt.

Die Verwaltungsvorlage rechnet den Standort Historische Mitte schön und wertet den Standort Zeughaus mehr oder weniger sehr bewusst ab. Die vorliegenden Planungsunterlagen und die Visualisierungen der Historischen Mitte sind einseitig; denn für das Zeughaus und ein mögliches neues Konzept mit Anbau fehlt jede vergleichbare Visualisierung.

Damit komme ich zu dem zentralen Punkt einer Bürgerbeteiligung. So könnten Sie nie eine Bürgerbefragung durchführen, weil hier die Historische Mitte zweifelsfrei gewinnen muss. Hinzu kommen die Abwertungen. Sie geben dem Zeughaus 670 Punkte in einer Skala, die die Historische Mitte mit 1 000 Punkten erfüllt. Das ist nicht fair.

Wir werden eine Bürgerinitiative unterstützen, die sich gerade gegründet hat und deren Website online gegangen ist. Sie heißt www.domklotz-stopp.de und wird von uns aktiv unterstützt.

Ich zeige Ihnen hier einmal einen Bericht der *FAZ.*

(Der Redner hält eine Zeitungsseite hoch)

Das ist in Mainz gewesen. Dort hat gerade eine Bürgerbeteiligung verhindert, dass der Dom mit einem weiteren Gebäude zugebaut wird.

Wir haben da sehr klare Vorstellungen. Die Freien Wähler sehen in einem total sanierten Zeughaus einschließlich eines großzügigen Erweiterungsbaus eine exzellente Chance, den vernachlässigten Standort und dessen Umfeld aufzuwerten und zu beleben. Deshalb schließen wir uns dem Punkt 1 des Änderungsantrags der FDP vollumfänglich an. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich Ihnen den Hinweis geben, dass der schon angesprochene aus dem AVR verwiesene Änderungsantrag des Vertreters der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik eben bereits wortgleich in der Sondersitzung des Ausschusses Kunst und Kultur einstimmig beschlossen wurde - siehe Anlage 17. Er wird also von der Beschlussempfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur erfasst und ist mit im Paket drin. Daher muss er hier nicht getrennt zur Abstimmung gestellt werden.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FDP nach Einzelpunkten abstimmen, dann über den Antrag insgesamt und anschließend über die Vorlage in der Fassung der Sondersitzung des Kulturausschusses, Anlage 17.

Wer dem Punkt 1 des Änderungsantrags der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die LINKEN, Herr Wortmann, Rot-Weiß und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Wer stimmt dem Punkt 2 zu? - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der FDP gesamtabstimmen. Zustimmung? - Die FDP-Fraktion, Rot-Weiß und die AfD-Fraktion stimmen zu. Enthaltungen? - DIE LINKE und Herr Wortmann enthalten sich. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der Fassung der Sondersitzung des Kulturausschusses, Anlage 17, abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die LINKEN, die FDP-Fraktion, Rot-Weiß und die AfD. Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Wortmann. Dann ist dem mit großer Mehrheit zugestimmt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.6 Einleitung eines Planfeststellungsverfahren zum Weiterbetrieb der Deponie Vereinigte Ville
0865/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs - Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln
3458/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppen BUNT und GUT und von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1899/2017

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/0708/2018

Dazu liegt mir eine unvollständige Rednerliste vor. Sie beginnt aber mit Herrn Kockerbeck oder Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Weder noch. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir unseren Änderungsantrag zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der allen bekannt ist. Wir ziehen ihn ebenfalls zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Meine Damen und Herren, dann sehe ich es im Moment so, dass wir über die ursprüngliche Vorlage abzustimmen haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nehmen wir zur Kenntnis!)

Wünscht jemand, das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Die LINKEN und die Ratsgruppe GUT nehmen das gar nicht zur Kenntnis. Weiß jemand nicht, ob er das zur Kenntnis nehmen will, enthält sich also?

(Zuruf)

- Das geht nicht. Okay.

(Zuruf: Ich habe es gelesen!)

- Ich habe es auch gelesen, ja. - Dann ist das mehrheitlich so zur Kenntnis genommen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.8 Offene Ganztagsschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2018/2019
3611/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
0559/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018
hier: Netzwerktreffen für Schwarze Menschen und People of Color und Informationsabend mit der Initiative „In Gedenken an Oury Jalloh“
0582/2018

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Baentsch.

Wolfram Baentsch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich sehr kurz fassen. Ich möchte aber, dass der Rat weiß, worüber er beschließt, wenn er die Initiative Oury Jalloh mit finanziert.

Das ist ein Projekt der Ultralinken, der Roten Zora in Hamburg, die behauptet: Oury Jalloh, gestorben am 7. Januar 2005, ermordet in Dessau von der Polizei.

Diese Initiative bekämpft die Polizei. Das tut sie nicht etwa allein verbal, sondern sie bekämpft sie

körperlich mit dem Einsatz höchster Gewalt. Das ist eine perfide Initiative.

Ich bitte den Rat, diese Vorlage zurückzuweisen und die Finanzierung nicht zu übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018
hier: Abschlussveranstaltung zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“
0946/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme „Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Festwiese Eil und Leidenhausener Platz)“ in Köln-Porz-Eil aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung der externen Planungsleistungen inkl. Umsetzung eines Workshops
0692/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2017; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2017
0949/2018

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen auf der BAB 3
hier: Konzept zur Verwendung der nicht in Anspruch genommenen Mittel
0913/2018

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Dr. Krupp.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Breite hat es ja gerade schon in den Raum gegeben: Der hat das doch schon im Finanzausschuss gesagt. - Das ist auch richtig. Allein: Sie hören nicht auf mich. Deswegen stehe ich wieder hier, um Ihnen eine letzte Chance zu geben, es doch noch richtig zu machen.

Meine Damen und Herren, wir erinnern uns alle an den falsch eingestellten Blitzer an der BAB 3 und die zu Unrecht eingenommenen Bußgelder - immerhin 11 Millionen Euro -, die eigentlich den Betroffenen zurückerstattet hätten werden müssen. Die Stadt Köln hat das auch bis zu einem gewissen Punkt eingesehen und ein Antragsverfahren aufgesetzt, sodass die Leute einen Antrag stellen mussten, um das Geld zurückzubekommen. Wir haben das damals bereits kritisiert, weil wir der Meinung waren: Das ist zu umständlich; die Verwaltung muss sich hier schon die Mühe machen und den Leuten das Geld zurücküberweisen. - Das wäre für die Verwaltung sicherlich komplizierter gewesen. Es wäre aber ein Gebot der Fairness gewesen. Das mahnen wir nach wie vor an.

Zum Zweiten ist Folgendes zu konstatieren - das sehen Sie, wenn Sie sich die Vorlage einmal durchlesen -: Das Geld ist - das mag haushaltstechnisch notwendig sein - schon in den Haushalt des letzten Jahres eingeflossen. Wenn man das Geld jetzt wieder für Verkehrsmaßnahmen, über deren Sinnhaftigkeit man sich streiten kann - dazu komme ich gleich noch -, verausgaben will, muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass das nur geht, wenn auf der anderen Seite bei entsprechenden Haushaltstiteln konsolidiert wird. Es wird jetzt also wieder Geld weggenommen. Das will ich nur in aller Deutlichkeit sagen.

Den entscheidenden Punkt will ich Ihnen heute doch noch einmal zu Gehör bringen, weil ich finde, dass es sich dabei um etwas handelt, was alle Fraktionen betreffen sollte - es sei denn, sie wären an der Erarbeitung dieser Verwaltungsvorlage beteiligt gewesen. Und das kann ich mir nicht vorstellen; denn in dieser Stadt sind Verwaltung und Politik, wie wir wissen, streng getrennt.

Wir haben hier eine Vorlage, die acht rein verkehrstechnische Punkte anspricht und 10 Millionen Euro verausgaben will, um Verkehrsmaßnahmen zu treffen, in erster Linie zur Förderung des Radverkehrs. Da kann man über jede einzelne Maßnahme reden. Ich will das gar nicht in der Detailtiefe tun. Denn entscheidend ist etwas anderes. Sie geben hier 10 Millionen Euro für Verkehrsmaßnahmen aus, ohne den Verkehrsausschuss und damit die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker des Rates und der Fraktionen mit diesen Maßnahmen zu befassen. Das halten wir für einen großen Fehler. Schließlich ist das viel Geld. Es muss sinnvoll eingesetzt werden. Da sind wir bei Ihnen. Aber dann sollen sich doch bitte auch die Fachpolitiker damit befassen.

An die Dringlichkeit, die über diese Vorlage geschrieben wurde, mache ich einmal ein Fragezeichen, zumal uns ja bekannt ist, dass das Antragsverfahren schon länger abgeschlossen ist. Es hätte also durchaus ohne Weiteres die Möglichkeit bestanden, den Verkehrsausschuss zu beteiligen. Das geschieht hier nicht. Daran, dass die Verkehrspolitiker von Schwarz-Grün sich das gefallen lassen, kann man ein Fragezeichen machen. Aber, wie gesagt: Verwaltung und Politik sind in dieser Stadt bekanntlich streng getrennt.

Sie geben hier insgesamt 10 Millionen Euro aus - für manche Maßnahmen mehr Geld, für manche Maßnahmen weniger Geld. Ich nehme einmal zwei Maßnahmen heraus, ohne dass ich mich als Nicht-Verkehrspolitiker zu sehr in die Fachlichkeit einmischen möchte. Sie sagen: Wir machen hier ein Add-on und geben das Geld für den Radverkehr aus. - Alles klar; darüber können wir ja reden.

Dann sagen Sie: Wir geben 6 Millionen Euro für die Unterhaltung von Verkehrswegen aus. - Das ist aber eine Aufgabe, die die Stadt Köln ohnehin leisten muss, wie wir alle wissen. Insofern kann man die Frage stellen, ob das wirklich etwas ist, bei dem man den Leuten sagen kann: Wir haben euer Geld für einen Mehrwert eingesetzt - und nicht für etwas, was wir ohnehin hätten leisten müssen.

Außerdem sehen Sie andere Maßnahmen vor, zu denen die Stadt Köln nicht verpflichtet ist, die aber durchaus sinnvoll klingen - zum Beispiel 1 000 Fahrradhelme für Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten, die sich das vielleicht nicht ohne Weiteres leisten können. Dafür geben Sie aber nicht 6 Millionen Euro aus, sondern lediglich 25 000 Euro, was dann auch nur für 1 000 Fahrradhelme reicht.

Umgekehrt muss doch ein Schuh daraus werden. Wenn ich hier Geld quasi - so ist ja Ihr Duktus - übrig habe und es als Add-on für Verbesserungen ausgeben will, sehe ich doch nicht 6 Millionen Euro für Maßnahmen vor, die ich ohnehin leisten muss, nämlich für die Straßen- und Wegeunterhaltung, sondern sehe ich entsprechend viel Geld für Maßnahmen vor, die zusätzlich dazukommen und wirklich einen Mehrwert für die Leute bedeuten. Dann stelle ich eben nicht 1 000 Fahrradhelme für Kinder zur Verfügung, sondern 10 000 Fahrradhelme; denn das Geld wäre da gewesen.

So macht die Aufteilung aus meiner bescheidenen nicht fachpolitischen Sicht keinen Sinn. Allein: Es wäre Aufgabe des Verkehrsausschusses, darüber zu reden und sich ein Bild zu machen. Dass das nicht geschieht, ist nicht in Ordnung. Deswegen findet diese Vorlage auch nicht unsere Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Ich will es nur kurz vom Platz aus machen. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon einmal beschlossen, dass wir dieses Geld in diesen Fonds geben wollen, nämlich hier im Rat. Daher ist es auch gut, dass jetzt der Rat über die weitere Verwendung dieser Mittel entscheidet. Eigentlich ist das ja nur die Ausführung oder Nachverfolgung eines Beschlusses, den wir vor einiger Zeit schon einmal gefasst haben.

Nun zur Sinnhaftigkeit oder Unsinnhaftigkeit, wie es gerade durchklang, der einzelnen Maßnahmen: Wir haben im Verkehrsausschuss in den letzten Jahren - in den letzten zehn Jahren, würde ich jetzt glatt einmal sagen - diverse Beschlüsse getroffen. Es wird auch hier immer wieder konstatiert, dass wir in dieser Stadt weder ein Erkenntnis- noch ein Beschlussdefizit haben,

sondern ein Umsetzungsdefizit. Wenn wir es dann schaffen, durch solche Mittel, die damals auch explizit für Verkehrsmaßnahmen und Verkehrssicherheitsmaßnahmen bereitgestellt wurden, eine Verbesserung zu erreichen, ist es doch gut, dass wir jetzt endlich einmal einen Sprung nach vorne machen. Auf diese Art und Weise können wir auch endlich Geld ins Radverkehrskonzept Innenstadt stecken. Dort sind viele Maßnahmen inzwischen auch planungsreif, weil wir in den letzten Haushaltsplanberatungen dafür gesorgt haben, dass entsprechende Stellen vorhanden sind. Die Stellen sind auch besetzt. Jetzt ist endlich auch das Geld da.

Daher freue ich mich persönlich darauf, dass wir mit einem solchen kleinen Add-on jetzt noch schneller in die Pedale treten können, damit die Beschlüsse, die wir hier teilweise schon vor kleinen Ewigkeiten gefasst haben, dann auch endlich umgesetzt werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion, von Rot-Weiß und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe BUNT. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0682/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 17.2 ist von der Verwaltung zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag der Gruppe BUNT betr. „Umbesetzung von Ausschüssen“
AN/0661/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. „Nachbesetzung Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn“
AN/0698/2018

Wie mir zugetragen wurde, gibt es zu TOP 17.4 eine mündliche Korrektur. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Ja. Da müssen wir einen der Kandidaten bitte austauschen, Frau Oberbürgermeisterin, und zwar Herrn Pohl gegen Herrn Erkelenz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also statt Herrn Pohl Herrn Erkelenz?

Niklas Kienitz (CDU): Ja. Da ist ein Fehler passiert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betr. „Neubesetzung von Gremien“
AN/0711/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. „Nachwahl Bauausschuss/Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft“
AN/0710/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 KOMM-AN
0533/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Ich schließe an dieser Stelle den öffentlichen Teil der heutigen Ratssitzung und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.30 Uhr)